

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zwei Krupp-Heilige.

I. Der Superintendent.

Unsre kritischen Artikel über die Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen haben bisher in keinem Unternehmerorgan auch nur den Versuch einer Widerlegung gefunden. Die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ sind der größte Stolz der kapitalistischen Welt und man versteht es darum, daß man der Unannehmlichkeit durch Loischweigen zu entgehen sucht, diese Einrichtungen als Schwindel entlarzt zu sehen. Jetzt unternimmt es nun der Superintendent C. Klingemann in Essen, der am Grabe Krupp's die Leichenrede gehalten hat und auch nach seiner sonstigen Wirksamkeit als der geistliche Beistand der Firma Krupp bezeichnet werden kann, wie diese Firma ihren juristischen und ihren politischen Beistand hat, im letzten Heft der „Deutschen Wochenschrift“ ein langes Loblied auf die Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen zu singen. „Die nationale Bedeutung der Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen“ überschreibt er seine Arbeit. Der Titel ist insofern zutreffend, als in der That diese Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen das Ideal der Wohlfahrtspolitik unsres nationalen Unternehmertums bedeuten. Diese Wohlfahrts-Einrichtungen kosten im Grunde genommen nicht viel. Was die Arbeiter bekommen, müssen sie zum großen Teil selbst und ihre Arbeitsgenossen durch lange Jahre hindurch an Beiträgen zusammensteuern. Die in den Wohlfahrts-Einrichtungen angelegten Betriebsüberschüsse bieten, wenn auch eine nur mäßige, so doch immerhin eine Verzinsung und sind keinem Risiko ausgesetzt. Dafür aber sind die Arbeiter vollständig willenlos gemacht. Die Aussicht auf die späteren Unterführungen sowie auf die gezahlten Beiträge, deren man bei der Kündigung verlustig geht, nehmen dem Arbeiter jede selbständige Spannkraft gegenüber den Zumutungen seitens des Kapitals. Und je länger er im Betriebe arbeitet, je näher der Zeitpunkt der „Pensionierung“ und andererseits je höher die Beiträge angewachsen sind, desto willensloser wird der Arbeiter. So hat das Unternehmertum einen beständig wachsenden Stamm von „zufriedenen“ Arbeitern, d. h. abhängigen Arbeitsflaven, die es nicht wagen, ein Wort des Widerstandes laut werden zu lassen. Diese Wohlfahrtspolitik der Stumm, Krupp und Genossen hat allerdings für das Unternehmertum „nationale Bedeutung“, während es im Interesse der Arbeiter läge, sie alsbald zu beseitigen und durch den Ausbau der staatlichen Socialpolitik zu ersetzen.

Die Krupp'sche Socialpolitik ist nicht etwa eine Erfindung des verstorbenen Krupp, sondern seines Vaters, des Stanonenkönigs. Der war ein zu praktischer Mann, als daß humanitäre Rücksichten auf seine Arbeiter ihn viel beschweren hätten könnten. Er begann seine Socialpolitik mit dem Bau von Arbeiterwohnungen. Dazu zwang ihn die Ueberfüllung Essens, die Steigerung der Wohnungsmietpreise. Superintendent Klingemann liefert zur Feststellung dieser Thatfache, freilich nicht in böser Absicht, selbst das Material. Er zeigt uns die Bevölkerungssteigerung Essens. 1830: 5457 Einwohner, 1852: 10 552, 1861: 20 811, 1871: 51 513, 1890: 78 722, 1900: 118 868. Dazu Altdorf mit 63 272 Einwohnern, so daß Essen nach dessen Eingemeindung 182 135 Köpfe zählte. Die Zahl der Wohnungen betrug in Essen 1840: 840, 1871: 3322; „sie vervierfachte sich, während die Bevölkerung auf das achtfache sich hob. Dem entspricht genau, daß 1840 auf ein Haus 7,53 Einwohner, dagegen 1871: 15,50 kamen. „In den eigentlichen Arbeitervierteln war dies natürlich weit ungünstiger und hatte hohe Sterblichkeitsziffern zur notwendigen Folge“. So Klingemann selbst. Daraus geht hervor, daß Krupp einfach zum Bau von Wohnungen für seine Arbeiter gezwungen war. Hohe Mietpreise, schlechte Wohnungen, ungelungene Zustände, das hielt die Arbeiter fern oder veranlaßte häufigen Wechsel oder führte zu Lohnforderungen. Deshalb begann die Firma 1871, als sie sich vor neuer Arbeitervermehrung sah und sehr zum Leidwesen der Essener Hausagrarier, ihre umfassende Bauhätigkeit, die dazu führte, daß sie heute in Essen und Umgegend 4274 und ferner auf den Außenwerken 1195 Wohnungen besitzt, in denen 26 678 Personen wohnen.

Diese Wohnungspolitik war ganz im Interesse der Firma. Den Arbeiter, der mit der Kündigung die Wohnung verlor, machte sie abhängig; sie hatte Gelegenheit, die zuströmenden Arbeitermassen unterzubringen und riskierte gar nichts. Im Gegenteile! Obwohl sie den Arbeitern die Wohnungen „tief unter dem ortsüblichen Durchschnitt“ vermietete, erzielte sie dennoch eine zweidreiviertelprozentige Verzinsung ihres hineingesteckten Kapitals. Dabei muß man wissen, daß die kapitalistische Firma nicht etwa so unklug ist, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, Häuser zu erwerben. Sie läßt sie nur zur Miete wohnen, die Häuser behält sie in der Hand. Dadurch bewahrt sie sich vor selbständigen und somit oppositionellen Elementen in ihren Arbeiterkolonien und gleichzeitig sichert sie sich die ungeheueren Vorteile aus der Wertsteigerung des Grund und Bodens, die sie jederzeit, wenn sie will, auszunützen vermag. Fast wie ein Hohn läßt es sich bei solcher profitablen Wohlfahrtigkeit, wenn der Seelsorger der Firma Krupp pathetisch ausruft: „Auch das ist nicht unwichtig, daß die Miete vom Lohn abgezogen wird, also Rück-

stände und Schulden nicht entstehen können.“ Nein, das ist nicht unwichtig — für die Firma Krupp!

Die die Wohnungen, so die Konsumanstalten; ihre Entstehung war das kapitalistische Bedürfnis des Großbetriebes. Superintendent Klingemann muß zugeben, daß auch in der Beschaffung der Lebensmittel „die Entwicklung der Stadt mit der Entwicklung des Wertes nicht Schritt halten konnte“. Er führt auch Zahlen an. „Die Zahl der Handeltreibenden wuchs mit außerordentlicher Geschwindigkeit und stieg von 1855 bis 1875 von 220 auf 1267. Aber unter den rasch entstandenen Geschäften waren viele Winkelgeschäfte, deren Betrieb auf gewissenlosem Kreditgeben sich aufbaute, zahlreiche Kleinhandlungen mit Schnapsauschank, mindervertigierte Wirtschaften.“ Um es deutlicher zu sagen: zahlreiche bei Krupp entlassene oder bei ihren Kameraden beliebte Arbeiter machten vor den Thoren des Riesenwerkes kleine Läden oder Wirtschaften auf und wurden von ihren Kameraden unterstützt. Diese selbständigen Elemente konnten der Firma bei ihren Arbeitern als „Geher“ gefährlich werden. Weiter aber hatte die Firma alle Ursache, den Lebensmittelpreis niedrig zu halten, sonst würden die Arbeiter zu Lohnforderungen gezwungen. Dabei riskierte sie auch hier nichts. Die Betriebs-Konsumanstalt mit ihren 50 Zweiggeschäften verkauft in den Kolonien, in denen andre Läden nicht zugelassen sind. Ehe die Arbeiterfrau den weiten Weg zur Stadt macht, kauft sie lieber bei gleich hohen Warenpreisen in der Anstalt. So kommt es, daß heute die Anstalt 750 Personen — abhängige Arbeiter, keine „Geher“ — beschäftigt, an 21 496 rabattberechtigte Warenbezugsbücher ausgiebt und 7 Proz. Rabatt, pro Buch 36,97 M. Rabatt zahlt. Der Seelsorger der Firma Krupp hätte nicht nötig gehabt, auf diese Socialpolitik ein langes Loblied zu singen und dabei vollständig zu vergessen die Thatfache anzuführen, daß alle Käufer, die im Laufe des Geschäftsjahres, selbst kurz vor Schluß desselben, aus dem Krupp'schen Betrieb hinausgehen, auch ihres Rabatts vollständig verlustig gehen!

Auch bei der „Wohlfahrtsklasse“ schweigt sich der Herr Superintendent über die Arbeiterbeiträge gründlich aus. Daß der Arbeiter in die Pensionstasse gezwungen wird, daß er beim Eintritt 6 M. Einjahresbeitrag los wird, daß er jährlich durchschnittlich 34,8 M. Beitrag zahlen muß, das er verloren hat, wenn er aus dem Betrieb ausscheidet, daß er erst nach 20jähriger Dienstzeit Pension für sich oder seine Hinterbliebenen zu fordern berechtigt ist, sofern er tot oder von zwei Ärzten als arbeitsunfähig bezeichnet ist — kein Wort davon. Dafür allerlei Redensarten: der Widerspruch eines Teiles der Arbeiterschaft gegen den Zwang der Beteiligung zeuge „von beschränkter Einsicht“; Fälle, in denen Arbeiter infolge vorzeitigen Ausscheidens aus dem Werke ihre Beiträge verloren hätten, seien „nicht häufig“. Und dabei muß dieser Gottes- und Krupp-Streiter selbst zugeben, daß im Jahre 1899 7799 Arbeiter den Krupp'schen Betrieb verlassen haben!

Die Invalidentät, die beiden Kapellen, die Krankenhäuser, die Widerei und Leihhalle — alles Wohlfahrt im Interesse des Kapitalismus. „Die täglich ausgeleihen 700 Bände sind eben auch eine „geistige Waffe“ gegenüber den Arbeitern, die ihren Sinn von anderer Lektüre fernhalten soll. Denn daß die Schätze der Krupp'schen Bibliothek siebenmal gestiebt werden und kein „destruktives“ Werk sich darin befindet, liegt auf der Hand. In diese Bibliothek hat Herr Klingemann sicher das meiste hineinzureden.“

Es entspricht nur der richtigen Lage der Sache, daß sich ein Geistlicher zur Verteidigung der kapitalistischen Wohlfahrts-Einrichtungen erhebt, die nur dem Kapitalismus nützen. Denn ganz am Schluß und aus gelegentlichen Bezugnahmen verrät Herr Superintendent Klingemann, daß seine Arbeit ein Reinigungsversuch gegenüber unsren früheren Angriffen auf die Arbeiterwohlfahrt des Krupp-Kapitalismus ist. Daß dieser Glorifizierungsversuch nur noch deutlicher die wahren Ursachen der kapitalistischen Wohlfahrtspolitik und ihre Arbeiterfeindlichkeit enthüllt hat, liegt nicht an dem Ungeschick des Essener Superintendents, sondern darin, daß es hier eben nichts zu beschönigen giebt. Schweigen wäre noch das Beste!

Aber der Kapitalismus lobt selbst seine Wohlfahrt über das Bohnenlied und bezeichnet als „national“, was in Wahrheit das Volk schädigt und in Fesseln schmiedet.

II. Der heilige Paasche.

Die beiden Artikel „Zur Geschichte des Hauses Krupp“, die der „Vorwärts“ im Dezember vorigen Jahres veröffentlichte, als die kapitalistische Presse in theatralischem Pathos den Wohlfahrtsgeist und den edlen Patriotismus des Krupp'schen Hauses pries, haben den heiligen Paasche in seinem Gleichgewicht gestört. Er ergriff im Reichstage die Gelegenheit, um mit der ihm so wohl ziemenden sittlichen Entrüstung nachträglich gegen jene Artikel zu protestieren und ihre Angaben als gehässige Entstellungen des „Vorwärts“ hinzustellen.

Ueber den ersten der beiden Artikel glitt Herr Paasche glatt hinweg; die Thatfache, daß seine vielgerühmte Vaterlandsliebe den „alten“ Krupp nicht abgehalten hat, dem Kaiser Napoleon zu einer Zeit, als wegen der luxemburgischen Fragen zwischen Preußen und Frankreich ein Krieg aus-

zubrechen drohte, seine Kanonen anzubieten, läßt sich trotz aller Uebung des Herrn Paasche im Dementieren nicht ableugnen. Desto mehr hielt er sich an den in Nr. 207 des „Vorwärts“ enthaltenen zweiten Artikel, speciell an unsre Ausführungen über die Krupp'sche Pensionstasse. Irgendwelche Unrichtigkeiten konnte Herr Paasche unsern Mitteilungen über die Klasse nicht nachweisen; er mußte zugeben, daß die Arbeiter als Beitrag 2 1/2 Proz. ihres Lohnes zahlen müssen, daß sie zum Beitritt gezwungen, daß sie nur bei völliger Erwerbsunfähigkeit 40 Proz. ihres letzten Durchschnittslohnes erhalten usw.; nur eins wußte Herr Paasche zu berichtigen; wir hatten geschrieben, daß bei der Berechnung der Karenzzeit Krankheitsdauer nicht mitgerechnet werde, dagegen wußte Herr Paasche nach Erkundigung bei der Firma Krupp mitzuteilen, daß eine Krankheitszeit bis zur Dauer von 13 Wochen mitberechnet werde, nur die darüber hinausreichende Krankheitsdauer werde von der Karenzzeit in Abzug gebracht. Eine reine Nebenfache. Ueberdies wußte er noch zu erzählen, daß es Witwen in Essen giebt, die bis zu 700 M. pro Jahr erhalten und daß eine noch ganz junge heiratsfähige Witwe schon 109 M. erhalte. Dagegen verschwieg er klüglich, daß die Arbeiterpensionstasse sich bisher vollständig allein aus den Beiträgen der Arbeiter erhalten hat, die Zuschüsse der Firma also überhaupt noch nicht zur Verwendung gekommen sind und nur Reklamezwecken dienen. Nach den Geschäftsberichten betrug nämlich:

	Die Einnahme ohne Kassenbestand und ohne Beiträge der Firma	Die Ausgabe an Pensionen	Der Ueberschuß aus Arbeitermitteln gegenüber gezahlten Pensionen
1895	643 252	602 881	40 371
1896	834 361	697 913	136 448
1898	1 129 074	850 006	279 068
1899	1 297 157	962 060	335 097
1900	1 845 947	1 077 221	268 726
1901	1 286 429	1 174 451	111 977

Auch daß der Arbeiter, der eine Wohnung von der Firma mietet, die Verpflichtung übernimmt, mit dem Tage, an welchem er aus der Arbeit tritt, seine Wohnung zu räumen, vermag Herr Paasche nicht zu leugnen, ebenso wenig, daß für die Stundung der Baupfandgelder 5 Prozent Zinsen gefordert werden; nur meint Herr Paasche, der Boden wäre 20- oder 25mal so viel wert, als wie er berechnet würde. So ein Baupfand für ein Wohnhäuschen, den die Firma zu 1000 M. abgebe, müsse auf 25 000 M. taxiert werden. Man denke für einen Baupfand nicht etwa in Essen, sondern in den ländlichen Kolonien, welche die Firma angelegt hat, draußen auf der Fläche! Sollte nicht Herr Paasche bei seinen Grundstücks-Abschätzungen die Bodenpreise im Centrum Berlins zu Grunde gelegt haben?

Geradezu komisch aber wird Herr Paasche, wenn er als Beweis der Krupp'schen Wohlthätigkeit auf die Konsumanstalten hinweist, die der Firma nicht nur nichts kosten, sondern aus deren Erträgen auch noch nebenbei andre sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen unterführt werden. Allerdings diese Anstalten vergüten nur 5-7 Proz., andre Konsumvereine 15 Proz. und mehr; aber in den Krupp'schen Anstalten ist seit 1871 das Brot und das Wehl billiger geworden. Herr Paasche weiß auscheinend nicht, daß dies auch anderswo der Fall gewesen ist. Zudem gilt Schwarzbrot seit längerer Zeit in den Krupp'schen Konsumanstalten als ein Artikel, auf den nichts aufgeschlagen werden dürfe, während andre Artikel vielfach höher im Preise gehalten wurden, als in Kleinhandels-Geschäften. Deshalb heißt es dem auch im Mey'schen Buch „Bei Krupp“, einem Nachwerk, das direkt zur Verherrlichung des Krupp'schen Hauses geschrieben worden ist:

„Im großen und ganzen kommt in der Preistabelle der Krupp'schen Konsumanstalt der allgemeine Verlauf der Kleinhandelspreise zum Ausdruck, wie sie im 7. Jahrgang des Jahrbuchs deutscher Städte niedergelegt sind. Doch ergeben sich auch bei dieser Vergleichung für einzelne Lebensmittel ganz bedeutende Preisunterschiede. Außerordentlich auffällig sind die Differenzen der Preise für Schwarzbrot.“

Und gerade dieses Extra-Schwarzbrot hat Herr Paasche sich als Demonstrationsobjekt für die Güte der Krupp'schen Wohlthätigkeit ausersehen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Februar.

Festsetzung des Wahltermins und die Geschäftslage des Reichstages.
Der Seniorenkonvent des Reichstages hat am Mittwoch unter Vorsitz des Präsidenten über die Geschäftslage des Reichstages beraten. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung beabsichtige, die **Neuwahlen Mitte Juni** d. J. stattfinden zu lassen. Eine Folge hiervon sei die Notwendigkeit, die Session vor Ostern zu schließen, weil die Abgeordneten nach Ostern durch die Beteiligung an der Wahl-agitation in Anspruch genommen seien. Als Schluß der Session ist der 3. April in Aussicht genommen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Etat bis zum 1. April fertiggestellt wird.

Ein Material liegen dem Reichstag außer dem Etat und einigen Rechnungssachen noch die dritte Beratung des Kinderzuschlaggesetzes, die zweite und dritte Beratung des Phosphorgegesetzes, welches in der Kommission nur sehr langsam vorwärts kommt,

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Solonelle oder deren Raum 40 Wfr. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Artikeln 20 Wfr. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Wfr. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“.

sowie eine Anzahl Berichte der Geschäftsordnungs-, Petitions- und Wahlprüfungs-Kommissionen vor. In Vorlagen stehen noch in Aussicht die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz, sowie die Änderungen des Wahlreglements (Sicherung des Wahlgheimnisses), möglicherweise auch noch ein Nachtrags-Gesetz.

Auf eine Frage des Abg. Singer, ob der Entwurf betreffend die Kaufmannsgerichte nicht noch in dieser Session vorgelegt würde, erklärte der Präsident, daß ihm darüber keine Mitteilung zugegangen ist, daß er aber deswegen anfragen werde.

Der Präsident stellte weiter fest, daß das Kinderschutz-Gesetz unter allen Umständen erledigt werden solle, und daß es sehr wünschenswert sei, wenigstens die erste Lesung der Krankenversicherungs-Novelle in dieser Session vorzunehmen. An eine Verabschiedung dieses Gesetzes, welches höchst wahrscheinlich Kommissionsberatung erfordere, sei nicht zu denken, ebenso werde auch das Gesetz betr. die Kaufmannsgerichte — wenn es noch eingeht — nicht zur Verabschiedung gelangen können.

Da im ganzen bis zum Schluß der Session nur noch 43 Sitzungstage zur Verfügung stehen und die Etatsberatung sehr im Rückstande sei, so müsse mit Nachdruck dahin gewirkt werden, daß die Etatsberatung gefördert wird. Der Präsident richtete die Bitte an die Mitglieder des Seniorenkongresses, in ihren Fraktionen die Geschäftsliste zu besprechen. Da bei der chronischen Verschlußunfähigkeit des Hauses an zwingenden Schluß der Diskussion nicht gedacht werden könne, so appelliere der Präsident an den guten Willen aller Mitglieder, ihn in seinem Bestreben, den Etat bis Ende März fertig zu stellen, zu unterstützen.

Von seiner Seite wurde der Absicht, die Beratung des Etats rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, widersprochen, wohl aber auf die Schwierigkeit der Durchführung aufmerksam gemacht.

Die Vertreter des Centrums erklärten, ohne Diäten keine Möglichkeit, ein beschlußfähiges Haus zusammen zu halten, zu besitzen. Der Vorschlag, Abendigungen abzuhalten, wurde als unpraktisch bekämpft, dagegen der Vorschlag, die Sitzungen bis abends 7 Uhr auszudehnen, allseitig acceptiert, weil man sich hier von einer wirksamen Förderung der Etatsberatung verspricht. —

Reichstag.

Am Mittwoch bot sich unserm Genossen Hoch die Gelegenheit, in einer zweifelhafte Rede mit den Gegnern abzurechnen. Er schickte sich eingehend mit den Ansichten des Grafen Posadowsky und der bürgerlichen Mittelstandsdreher über die Aufgaben des Mittelstandes auseinander und führte die Behauptung von der allseitigen Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse durch den Nachweis auf ihr richtiges Maß zurück, daß die höheren Löhne vielfach eine Folge von Heberarbeit seien und durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise wieder aufgehoben würden. Gegenüber der Arbeitslosigkeit legt die bürgerliche Gesellschaft die Hände in den Schoß, welche fürchterlichen Umfang sie erreicht hat, zeigt eine in Frankfurt a. M. aufgenommene Statistik, aus der die Thatsache besonders bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosen sich zu zwei Dritteln aus gelehrten Arbeitern zusammensetzen. Unser Redner polemisierte dann gegen den Freiherrn v. Sehl und erinnerte ihn an die Feindschaft, die er gegen die Gewerkschaftsorganisation in seinem eignen Betriebe beweist. Hieran schloß sich eine eingehende Kritik der Socialpolitik des Centrums, die kurz vor den Wahlen immer einen auffälligen Johannisstreich zeitigt. Im besonderen forderte unser Redner dann die Verbesserung der Baukontrolle durch Arbeiterkontrollen. Seine Schlussfolgerungen über den Zollwucher der Mehrheit trugen ihm einen Ordnungsruf des nationalliberalen Vizepräsidenten Böfing ein.

In seiner Erwiderung versprach Graf Posadowsky zunächst, dem Wunsch des Centrumsabgeordneten Jäger auf Vorlegung einer Denkschrift über das Wohnungsproblem bei Beginn der nächsten Session zu entsprechen. Er bekannte sich dabei als eifriger Anhänger des Erbbaurechts. Es kann dem Staatssekretär gewiß geglaubt werden, daß auch den geringen socialpolitischen Anläufen sehr viele offene und versteckte Gegner, die sehr einflussreiche Männer sind, gegenüberstehen. Er verteidigte damit die Notdürftigkeit der Novelle zur Krankenversicherung. Es ist sicherlich beschämend für unsere Zustände, daß der Staatssekretär sich mit Recht etwas darauf zu gute thun kann, alle gesetzgebenden Faktoren auch nur auf die Linie dieser mehr als beschämenden Reform geführt zu haben. Merkwürdig sind die Grundsätze, die die Staatsregierung bei der Beschaffung von Arbeiterkongressen leiten. Die roten Embleme sind es, die bisher die Herren fern gehalten haben. Verschwinden die verpönten Abzeichen, dann sind sie bereit zu kommen. Diese Mitteilungen des Grafen Posadowsky wurden auf unseren Bänken mit Heiterkeit aufgenommen.

Nach ihm fühlte der Zudehüllige Paasche das Bedürfnis, die Wohlfahrtsvereinigungen der Firma Krupp gegenüber den „Verleumdungen“ des „Vorwärts“ zu verteidigen.

Wenn auch die Verteidigung gerade durch Herrn Paasche an sich schon das Bedenklichste ist, was einer Einrichtung geschehen kann, so werden wir uns dennoch in diesem Falle in besonderer Darlegung an anderer Stelle ein wenig mit den Ausführungen des Mannes befassen.

Eine Rede des freisinnigen Abg. Müller-Meinungen suchte den bösen Eindruck zu vertreiben, den die Ausführungen seines Parteifreundes Krüger hervorgerufen hatten. Herr v. Waldow und Reigenstein unternahm es wieder einmal, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften reinzuwaschen, und Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung endlich sprach hauptsächlich über die Wohnungsfrage.

Während der letzten Reden war es so leer im Hause geworden, daß Präsident Graf Vallasstrem Bedenken trug, noch weitere Redner vor leeren Bänken sprechen zu lassen, und deshalb wurde die Weiterberatung auf Donnerstag verlagert.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch den Etat des Ministeriums des Innern in zweiter Lesung zu Ende beraten. Bemerkenswert als das, was die Herren sich erzählten, war das, worüber nicht gesprochen wurde. Der Minister Freiherr v. Hammerstein nahm die Gelegenheit nicht wahr, seine mit den Thatsachen nicht im Einklang stehenden Mitteilungen über polizeiliche Mißgriffe richtig zu stellen. Im Interesse seines eignen Ansehens wird er das hoffentlich in der dritten Lesung nachholen. Ohne Debatte wurden die meisten Etatsartikel vom Hause bewilligt, darunter auch die 300 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei. Die Freisinnigen offenbarten dadurch, daß sie keinen Widerspruch gegen die Annahme dieser Position erhoben, wieder einmal ihre politische Halbheit. In den letzten Tagen konnten sie nicht genug Entrüstung über den Bespitzelungsversuch des „Vorwärts“ zur Schau tragen; trotzdem protestierten sie nicht dagegen, daß denselben Minister, der jenen Bespitzelungsversuch nicht ableugnen konnte, weitere 300 000 M. bewilligt werden.

Eine längere Diskussion riefen nur die Besoldungsverhältnisse der Landgenossen und die Handhabung

des Fürsorgegesetzes hervor. Ueber beide Fragen herrschte im Hause ziemliche Uebereinstimmung. Alle Parteien wünschten eine Aufbesserung der Gendarmen, und alle Parteien stimmten darin überein, daß der Grundgedanke des Fürsorge-Erziehungsgesetzes ein guter sei, daß aber seine Handhabung in der Praxis viel zu wünschen übrig lasse, namentlich nachdem das Kammergericht eine Entscheidung getroffen habe, die nicht im Sinne des Gesetzgebers liege. Revidiert das Kammergericht seine Anschauung nicht, so wird wohl eine Novelle zum Gesetz erforderlich werden.

Am Donnerstag beginnt die Beratung des Etats der Justizverwaltung. —

Deutsches Reich.

Zum Fall Rappaport finden wir in der „Breslauer Zeitung“ einige Einzelheiten der Unterhaltung des Anwalts der von dem Minister schwer beleidigten Frau mit dem Freiherrn v. Hammerstein:

„Sofort nach der Begrüßung nahm der Herr Staatsminister das Wort, um, wie er betonte, sogleich einen Irrtum zu berichtigen, der ihm leider unterlaufen sei: In seiner Rede hatte er nämlich unter der Heiterkeit des Hauses betont, die Frau habe bei der ärztlichen Untersuchung im Polizeigefängnis einen Anspruch geübt, der, wenn er wahr wäre, allerdings ein großes Streiflicht auf die Sitten der Frau werfen würde; der Herr Minister hatte diese Worte als thatsächlich gesprochen hingestellt, der Gefängnisarzt soll sie gehört haben. Nunmehr rektifiziert sich der Minister dahin: nicht der Gefängnisarzt, sondern der Gefängnisinspektor Niedorf habe diese Worte vernommen. Herr Dr. Levi hielt dem Herrn Minister sofort entgegen, daß dieser Inspektor inzwischen verstorben sei. Auf die Aussage dieses toten Zeugen sei doch nichts zu geben, er war unüberdelt, und sonderbarerweise habe man während der Gerichtsverhandlung diese intrinimierten Worte nicht als Waffe gegen Frau Rappaport-Hein gebraucht; auch später habe der Chef der Altonaer Polizei, Geheimrat Rosenhalsen, der doch gewiß davon hätte Gebrauch machen sollen, weder in seiner einer Zeitung zugefandten „Berichtigung“, noch in seiner bekannten Verteidigungsrede in den südlichen Kollegien zu Altona diese Auslage erwähnt. Der Herr Staatsminister versprach dem Anwalt, diese Richtigstellung vom Ministerialbüro des Abgeordnetenhauses aus zu verhandeln, und ferner mitzutheilen, daß die Frau Rappaport-Hein niemals wegen Ehebruchs gefangen sei. Das sei lediglich eine Behauptung der gegnerischen Partei gewesen, die das Gericht aber gar nicht geglaubt habe, da es darauf nicht eingegangen sei. Auch in den Urteilen sei nichts davon erwähnt. Bei beiden Ehescheidungen sei Frau Rappaport-Hein, wie der Minister nun aus den Akten ersehe, die Klägerin gewesen, und beide Male ist die Ehescheidung auf ihren Antrag erfolgt. Der Verteidiger, Herr Dr. Levi, legte dem Herrn Minister dann noch umfangreiche Schriftstücke und Akten vor, aus denen hervorging, daß die Frau Rappaport keinesfalls eine Verlon sei, wie sie von ihm in seiner Landtagsrede geschilbert ist. Der Herr Minister mußte auf Schwagen zugeben, daß seine Informationen sich lediglich auf die Auskunft der Altonaer Polizei stützten; er mußte auch den Einwand annehmen, daß die Altonaer Polizei natürlich alles hervorgehoben habe, um möglichst viel Günstiges über ihre Organisation an ihren höchsten Chef, eben den Minister, und möglichst viel Ungünstiges über die Frau Rappaport-Hein berichten zu können; letzteres vielleicht, ohne es ordentlich zu prüfen.“

Der Minister kann froh sein, daß die von ihm — ohne jeden Beweis — um ihren Ruf geredete Frau nicht die Tochter oder Schwester eines preussischen Generals ist! —

Der Artilleriekampf zwischen Krupp und Ehrhardt.

Ein offizielles Dementi unserer Mitteilung, daß bei Krupp in Essen bereits munter an der Umgestaltung unserer Geschütze in das Rohrrücklauf-System gearbeitet werde, liegt bislang nicht vor. Die zuweilen halbamtliche „Neue Politische Korrespondenz“ erklärt, daß zwar eine Aenderung der Lafetten „erwogen“ werde, daß man dagegen auf Schuttschilde verzichte wolle. „Das seit Jahr und Tag Versuche mit der Rohrrücklauf-Lafette bei uns angestellt werden, trifft zu“, erklärt schließlich die Korrespondenz. Diese Versuche scheinen gegenwärtig einen ungewöhnlichen Umfang angenommen zu haben!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt hinzuwiederum unter allerhand ironischen Ausfällen gegen den technischen Berater der Firma Ehrhardt, General v. Reuhenau, der ein fünfcentimeter-Geschütz mit starkem Panzergehäuse konstruiert hat, einen lobenden Hinweis auf einen in den „Neuen Mitteilern“ erschienenen Artikel, der dies fünfcentimeter-Geschütz als minderwertig vertreibt, dagegen einen leichten Panzergehäuse für acceptabel erklärt.

Diese Auslassungen bestätigen also die Richtigkeit unserer Meldung über die Kruppische Thätigkeit bis zu einem gewissen Grade!

Der ganze Kampf, der in den offiziellen und halbamtlichen Blättern um die rationellste Geschützform geführt wird, trägt seiner Form nach mehr und mehr den Charakter eines Kampfes zwischen der Firma Krupp und ihrer Konkurrentin, der Firma Ehrhardt. Wie dieser Kampf auch definitiv entschieden werden mag, die schwersten Wunden werden in jedem Falle gewaltig bluten müssen! —

Die neue Kavallerie-Vorlage. Der „Tag“ schreibt:

In dem Leitartikel unserer gestrigen Morgenausgabe über angebliche militärische Neuerungen H. u. a. auch erwähnt worden, daß ein hochangesehener Kavallerie-General dem Heere mindestens 100 neue Eskadrons, d. h. etwa 32 neue Kavallerie-Regimenter mit 17—18 000 Mann und der gleichen Anzahl von Pferden hinzuzufügen wolle. Dergleichen werden wir von militärischer Seite ersucht, festzustellen, daß in letzter Zeit aus der Armee heraus ein Mehrbedarf von 27 neuen Regimentern und 118 Eskadrons als militärisches Mindestbedürfnis nachgewiesen, nicht aber die sofortige Deckung dieses Mehrbedarfes von der Regierung verlangt wurde.

Die neue Kavallerie-Vorlage kommt also tatsächlich, wenn auch nicht „sofort“, Hebers Jahr also?!

Christliche Socialpolitik.

Unter der Spitzmarke: „Eine Beamtenmaßregelung in der Petitionskommission“ berichteten wir in unserm Nummer vom 5. Februar kurz über die Beratung und Beschlußfassung über die Petition eines Post-Unterbeamten, welcher nach sechzehnjähriger Dienstzeit aus dem Postdienste entlassen worden ist, weil er das „Ausbrechen“ begangen hatte, auf die Zeitung „Deutscher Postbote“ zu abkommen und weil er ferner einen, 52 Druckzeilen enthaltenden Artikel für das genannte Organ der Postunterbeamten geschrieben hatte. Wir führten dabei aus, daß der in der Petitionskommission von den Abgg. Lengmann (freis. Sp.) und Thiele (Soz.) gestellte Antrag, die Petition des betreffenden Postbeamten — welcher Wiedereintritt in den Postdienst forderte — dem Reichsfiskus zur Berücksichtigung zu überweisen, von den Abgg. Dr. Senler (natl.), Hegelmaier (L.) und Sittard (Centr.) bekämpft und dabei unter anderm hervorgehoben wurde, daß die Postverwaltung das Recht habe, Beamte zu entlassen, welche die Warnungen ihrer Vorgesetzten, die im Interesse des Publikums und der Disziplin erlassen würden, nicht beachten.“

Durch diesen Bericht haben wir nun den hellen Jörn der frommen „Germania“ entzündet. Vom bösen Geistes geplagt, raunt und das christliche Blatt wie folgt an:

„Der Berichtshatter des „Vorwärts“ hat sich hier einer tendenziösen Verdrehung der Thatsachen schuldig gemacht. Der

Abg. Sittard hat in der Kommission ausdrücklich erklärt, wenn es sich nur um das Halten des „Postboten“ und auch nur um das Schreiben eines Artikels für denselben handle, würde er und seine Parteifreunde ein so schiefes Vorgehen der Postbehörde gegen den betr. Beamten in Uebereinstimmung mit den socialdemokratischen Abgeordneten entschieden mißbilligen; es handle sich aber um mehr, der erste Teil des von dem Beamten geschriebenen Artikels fordere die Beamten geradezu zum Ungehorsam gegen die Behörde auf.“

Diese Beschwerde des Organs für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ giebt uns Veranlassung, uns den betreffenden Artikel des gemäßigten Beamten, welcher in Nr. 14 des „Deutschen Postboten“ vom 7. April 1901 enthalten ist, etwas genauer anzusehen, dessen erster Teil den Abg. Sittard dazu bewogte, der schwereren Strafe — der Dienstentlassung nach 16jähriger Dienstzeit —, welche den Verfasser des Artikels traf, seine Zustimmung zu erteilen.

Der Gemäßigtere schrieb wörtlich folgendes:

„Vor allem möchte ich meinem neuen Berater, dem „Deutschen Postboten“, meine Freude über sein andauerndes wackeres Verhalten ausdrücken. Es ist doch ein wirklich angenehmes Bewußtsein, eine Zeitfrist zu besitzen, welche unsere Interessen nach jeder Richtung hin voll und ganz vertritt. Durch ihre Erleichterung bringen wir unserm Stande wöchentlich eine Erinnerung, wer uns vortwärts gebracht hat, denn wer hat sich früher um uns gekümmert? Nur seit Bestehen unserer Zeitung hat die Öffentlichkeit von unserm Stande Kenntnis bekommen. Darum, liebe Kollegen, laßt den treuen Berater, den „Deutschen Postboten“, erhalten und wir diese liebe Zeitung, so werden alle unsere gerechten Wünsche in Erfüllung gehen. Denn wenn wir beharrlich unserm Ziele zustreben, in einem ruhigen und unabhängigen Tone, so geben wir niemand Veranlassung, unser Thun zu verdammen.“

In diesen Aeußerungen des Beamten fand also der Abgeordnete Sittard und mit ihm seine Fraktionsgenossen in der Petitionskommission ein so strafwürdiges Verbrechen, daß ihnen die Dienstentlassung als eine gerechte Strafe erschien, und die „christliche“ „Germania“ verteidigt wieder diese Barbarei der Centrums-Abgeordneten.

Aber noch andre Gründe veranlassen die „Germania“, der Maßregelung des betreffenden Postbeamten zuzustimmen; sie sagt:

„Abg. Sittard wies auf neun Vorstrafen (Ordnungsstrafen) des Petenten und auf sein raffiniertes und doch feiges Vorgehen hin, da er seine Frau als den schuldigen Teil hinstellte usw.“

Also neun „Ordnungsstrafen“ hat sich der entlassene Postbeamte in 16 Jahren zugezogen und auch diese gab den Abgeordneten des Centrums Grund genug ihr „kreuzige! kreuzige!“ zu rufen. Welcher Art die Dienstvergehen waren, derentwegen der betreffende Beamte mit den neun Ordnungsstrafen belegt wurde, das hat die „Germania“ so wenig erfahren, wie die Mitglieder der Petitionskommission. Obwohl dem Regierungskommissar nahegelegt wurde, die Strafthaten des Petenten zu bezeichnen, ist er diesem Wunsch mehrerer Kommissionsmitglieder nicht nachgegeben. Wären es grobe Dienstvergehen gewesen, stichhaltig für die Dienstentlassung, dann hätte sie der Herr Postrat der Petitionskommission wohl unangefordert einzeln mitgeteilt. So aber ist anzunehmen, daß er mit der Aufzählung der Strafthaten oder Dienstvergehen keinen Eindruck auf die Petitionskommission hervorrufen konnte, deshalb schweig er. Er hätte vielleicht mitteilen müssen: „Der entlassene Postbeamte hat bei der Kleiderbesichtigung einmalden Anforderungen seines Vorgesetzten nicht erfüllt; er hat keine schwarze Binde getragen oder im Verkehr mit dem Publikum seinen Rock nicht vorchriftsmäßig zugeknöpft.“ Auf diese Weise ist es ja leicht möglich, in 16 Jahren mit neun Ordnungsstrafen belegt zu werden, die nun von Herrn Sittard mit als Gründe für die Dienstentlassung ins Feld geführt werden.

Wir führten in unserm Bericht aus der Petitionskommission an, daß der gemäßigtere Beamte von seiner Frau, mit der er in Ehescheidung lag, bei der Postbehörde als der Verfasser des Artikels im „D. P.“ denunziert worden sei. Diese Denunziation hat den Unwillen der „Germania“ und des Herrn Sittard anscheinend nicht sonderlich erregt, dafür sucht man dem Gemäßigteren einen Strich zu drehen, indem man ihn einen Feigling nennt, weil er bei seiner Vernehmung vor der Entlassung angab, seine jetzt von ihm geschiedene Ehefrau habe ihm den fraglichen Artikel im „Deutschen Postboten“ diktiert. Nun, ob der Mann hier die Wahrheit gesagt oder nicht, das können wir nicht unteruchen; hat er die Unwahrheit gesagt, so wollen wir ihn deshalb nicht verteidigen. Der sollte ihn, um der drohenden Dienstentlassung zu entgehen, in seiner Rolle der Grundlag geleitet haben: „Der Zweck heiligt die Mittel!“ —

Ueber die Stichwahl in Schleswig-Holstein werden vom „Wolffschen Bureau“ folgende Endziffern mitgeteilt:

Spethmann (freis. Volkspartei) wurde mit 7383 Stimmen gegen Hoffmann (Soz.) mit 5277 Stimmen gewählt.

Bei der Hauptwahl erhielten Spethmann 5124, Hoffmann 4480 Stimmen. Für den Freisinn sind also in der Stichwahl 2250, für die Socialdemokratie 707 Stimmen mehr abgegeben worden. Für den Freisinn sind also viele nationalliberale und wahrheitsliebende bündlerische Stimmen abgegeben worden, während die Socialdemokratie auf ihre eignen Kerne angewiesen blieb. Herrn Eugen Richters geistesfesterische Aeußerungen haben also getrogen. —

Die Peters-Umtriebe

werden mit Hochdruck fortgesetzt. Zunächst veröffentlicht der mehrerwähnte Herr v. Lohberg in der „Deutschen Hochwacht“ einen Artikel gegen den Legationsrat v. Hellwig, der in den Peters-Prozessen 1896 als Vertreter des Auswärtigen Amtes die Rolle des Anklägers gegen Peters spielte. Wie leicht zu Tage liegt, verfolgte die Ausforderung Hellwigs durch Lohberg eine ganz bestimmte Absicht der Peters-Partei. Peters hatte bekanntlich versucht, einen Hauptzeugen gegen ihn, den Lieutenant Bronsart v. Schellendorf, als angeblichen Bewährungsmann Vebels in der Fuder-Vrief-Affaire unglaubwürdig zu machen. Dieser Schwachsinn mißlang derart, daß nun jetzt Peters genötigt gesehen hat, in den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ seine gegen Bronsart v. Schellendorf erhobenen Bezeugungen zurückzunehmen.

Nunmehr versucht man es augenscheinlich, den Vertreter der Anklage gegen Peters, Herrn v. Hellwig in Nihilcredit zu bringen. Daß durch die dabei ausgeführten Entstellungen das Ansehen des Repräsentanten der Staatsbehörde aufs höchste gefährdet wird, kümmert unsre kolonialen Statistiker nicht im geringsten. Lohberg z. B. erzählt in seinem Artikel ganz ungewiert, daß Legationsrat Hellwig ihm in seiner Unterredung mit ihm am 28. Januar auseinandergelegt habe, daß bei dem Vorgehen gegen Peters lediglich persönliche Antipathien und Stellenjägerie mitspielt hätten, daß man aber trotzdem dem Peters als Abfindung noch die Landeshauptmannstelle am Tanganjika angetragen habe und daß lediglich Vebels Anklagerede die Eröffnung des Verfahrens gegen ihn veranlaßt hätte. Ja, Hellwig soll am 28. Januar d. J. erklärt haben, daß als Hauptvergehen Peters dessen falsche amtliche Berichterstattung in die Wagtschale gefallen sei; denn das Hängen könne man ihm gern verzeihen.“

Nun läßt sich aber gerade heute die „Postliche Zeitung“, die auf einmal, gleich dem „Berl. Tagebl.“, gegen die Underschwärzungen des Peters gleich spaltenlang polemisiert — auf weisen Auegung und Information hin, bleibe dahingestellt — unter anderm:

„Die Ausreden, mit denen Dr. Peters sein Verhalten zu beschönigen vermag, hängen bei dem Gerichtshof ohne Wirkung. Eine Darstellung, als ob das ungetreue Regemädchen eine Verschwörerin gewesen sei, durch deren Einfluß die Sicherheit der Station und das Leben der Europäer gefährdet gewesen sei, hatte nur das Lächeln aller Afrikaner erregt. Deshalb stellte Peters sich auf den Standpunkt, daß in Afrika andre Moralbegriffe herrschten als in Europa.“

Jeder Regierhaupteil, der in seinen ehesten Rechten gekränkt werde, lasse die Schuldigen aufknüpfen. Dasselbe Recht nehme er für sich in Anspruch. Der Gerichtshof aber erlaßt mit Würde und Nachdruck es für völlig unstatthaft, wenn Europäer sich zu den Anschauungen der Regemoral belassen wollten; ihre Aufgabe sei es vielmehr, die Regemoral auf den Standpunkt der höheren europäischen Moral zu erheben. Die von dem Berliner Kammergerichtspräsidenten als Vorsitzenden verhandelte Begründung läßt keinen Zweifel, daß das Gericht in den „Einsichtungen“ der beiden „Chefredakteure“ den Kernpunkt der Anklage erblickt hat und daß sie für die Urteilsfindung ausschlaggebend waren.

Und dieses für jeden civilisierten Europäer allerdings den Kernpunkt der Anklage bildende Moment soll der ehemalige Ankläger Hellwig als etwas Leicht Verzeihliches dargestellt haben?!

Das sind ja allerliebste Einblide hinter die Coulissen unserer Kolonialpolitik! — Ob Hellwig gegen Vohberg Klagen wird? —

Wahlvorbereitungen.

Aus Dortmund wird den „Verl. N. N.“ geschrieben: „Der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, der nationalliberale Abgeordnete Bergwerksdirektor Hilke, der um eine Wiederwahlstellung angegangen wurde, gab die Erklärung ab, daß er zu kandidieren nur dann bereit sei, wenn ihm gestattet werde, der nationalliberalen Partei nicht beizutreten, sondern liberal zu bleiben.“ Aufcheinend sind dem Herrn Hilke die nationalliberalen Freunde allzu — agrarisch.

Im Wahlkreise Koburg ist Herr Fahig, Generalsekretär der nationalliberalen Partei, von den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden. Der Kreis ist jetzt durch den Abg. Vech von der freisinnigen Volkspartei vertreten. Die „Freis. Ztg.“ sagt, daß das Vorgehen der Nationalliberalen geeignet sei, den Kreis in die Hände der Socialdemokratie zu liefern.

In Braunschweig, das seit langen Jahren durch seinen Genossen Bloss vertreten ist, haben sich Konfessionelle, Nationalliberale und Bund der Landwirte auf die Kompromißkandidatur des Kreisdirectors Langerfeldt geeinigt. Die freisinnige Volkspartei und die Welfen sträuben sich noch gegen die Teilnahme an diesem Kompromiß.

Ausland.

Das englische Friedens-Protokoll

in der Venezuela-Affaire hat nach einer Laffan-Meldung folgenden Inhalt:

Die Blockade wird aufgehoben. Die Frage der Vorzugsbehandlung wird an das Haager Schiedsgericht verwiesen. Venezuela zahlt an jede der drei verbündeten Mächte sofort 27 500 Dollar.

Das Schiedsgericht in Haag setzt einen Plan für die Verteilung der 30 Prozent der Vorkriegseinnahmen von Puerto Cabello und La Guayra unter die Gläubiger Venezuelas fest.

Zur Regelung der britischen Forderungen wird eine britisch-venezolanische Kommission eingesetzt.

Falls diese Kommission nicht zu einer Einigung gelangen kann, soll ein europäischer Herrscher erucht werden, die strittigen Punkte als Unparteiischer zu entscheiden.

Falls Venezuela nicht innerhalb eines Monats nach Beginn der festgesetzten Zeit mit der Zahlung aus den Vorkriegseinnahmen beginnt, soll Belgien erucht werden, die Verwaltung der Zölle von La Guayra und Puerto Cabello zu übernehmen.

Dies Protokoll ist von Vowen angenommen worden. Wenn auch Deutschland mit einem gleichlautenden Protokoll einverstanden sein sollte, wäre der Venezuela-Krieg glücklich beigelegt. Renommieren könnten freilich die Erhaltungsmächte mit diesen Präliminarien-Bedingungen nicht! —

Frankreich.

Die Affaire Dreyfus und der Kriegsminister. Der General André hat an sämtliche Militärbehörden ein Circular gerichtet, in welchem er allen Beamten des Kriegsministeriums und der Militärbehörden sowie den Offizieren des Heeres untersagt, sich in irgend einer Weise an der gegenwärtig wieder angehängten Polemik zur Dreyfus-Affaire zu beteiligen oder Mitteilungen weiter zu geben. —

Italien.

Der Prozeß gegen die „Propaganda“ soll nach mehrfachen Versetzungen nunmehr bestimmt am 17. d. M. in Neapel stattfinden. Die „Propaganda“ ist wegen ihrer Artikel zum Fall Krupp wegen „Verletzung der Ehrlichkeit“ angeklagt. —

Die Papiere Crispis. Vor dem Appellationshof zu Neapel wird am 15. Februar der langjährige Streit um den literarischen Nachlaß Crispis entschieden werden. Die Papiere des Ministers waren nach dessen Tode mit Beschlagnahme belegt, und der Gerichtshof von Neapel hat entschieden, daß die Papiere nur von einem Vertreter der Regierung zu sichten seien. —

Spanien.

Die Ausstandsbewegung.

Madrid, 11. Februar. (V. Z.) Der Generalausstand in Neus ist beendet, nachdem die Arbeitgeber den Reumstundentag bewilligt haben. In Barcelona ist die Ausstandsbewegung in Abnahme. In Vigo dauert der Ausstand der Eisenbahnbediensteten fort. In Corunna zeigt sich eine bedeutliche Gärung der Schmelzhüttenleute. In Cadix hatte der Ausstand gestern fürchterliche Narben im Gefolge. Die Schlachthäuser und Bäckereien sind geschlossen. Tausende Ausständiger durchzogen farnend die Straßen der Stadt, die sie stundenlang förmlich in ihrer Gewalt hatten. Die Polizisten wurden vielfach über den Haufen geworfen. Zahlreiche Zusammenstöße und Verhaftungen kamen vor. Eine Ansammlung von 8000 Arbeitern versuchten einen roten Arbeiter auf den Schultern durch die Stadt zu tragen. Sie griffen mit Steinwürfen die Gendarmen an, die sie daran verhindern wollten. Diese gaben an fünfzig Schiffe ab. Drei Arbeiter wurden verwundet, einer tödlich. — Der Gouverneur ließ ein Verbot von Ansammlungen ausrufen. Truppen wurden in den Kasernen konzentriert.

Cadix, 11. Februar. (V. Z.) In Nord der hier im Hafen liegenden Schiffe mangelt es infolge des Bäckereistreiks an Brot. Der Gouverneur drohte die Verhängung des Belagerungszustandes bei Fortdauer des Streiks an.

Barcelona, 11. Februar. (V. Z.) Die Polizei entdeckte ein geheimes Versammlungskolal der Schriftsetzer. Der Gouverneur beabsichtigt die sofortige Aufhebung des Buchdrucker-Streiks und des Komitees des Central-Arbeiterverbandes sowie die Verhaftung der Mitglieder des Komitees; letztere sind jedoch geflüchtet.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom Mittwoch, den 11. Februar, 11 Uhr. Am Regierungstische: Fehr, v. Hammerstein. Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Landgendarmarie“. Das Kapitel wird nach längerer Debatte bewilligt. Es folgt das Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei“ (darunter Titel 1: Für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei — 300 000 M.).

Abg. Köpff (fr. Sp.) wünscht, daß den Kriminalbeamten zur Ergreifung von Verbrechern größere Summen zur Verfügung gestellt würden.

Abg. v. Tappenheim (L.) spricht seine Gemüthung darüber aus, daß der Fonds für die Zuschüsse an die Kommunalverbände zur Ausführung des Fürsorge-Erziehungsgesetzes um 400 000 Mark erhöht ist. Die Anstalten sollen nur das ängstliche Mittel sein; wenn es irgend möglich ist, sollen die Kinder der Familie erhalten bleiben. Die Anstalten können den Kindern, und möge es ihnen noch so gut gehen, nie den Vater oder die Mutter ersetzen. (Sehr richtig!)

Abg. Schmitt-Düsseldorf (C.): Die meisten Verbrecher sind durch die Pflichtvergessenheit der Eltern schon in früher Jugend auf die abschüssige Bahn gedrängt worden. Leider hat das Gesetz nicht alle Erwartungen erfüllt, da das Kammergericht dessen Wirkungskreis weitestgehend eingeschränkt hat. Es hat für dieses Gesetz eine Interpretation gegeben, dahingehend, daß die Fürsorge-Erziehung erst erforderlich ist, wenn eine subjektive Verwahrlosung vorliegt. Während wir mit allen Kräften eine Erweiterung dieses Gesetzes erstreben, hat bedauerlicherweise das Kammergericht einen dem wirren fast entgegengelegten Standpunkt eingenommen. Nach diesem Urteil sollen wahrscheinlich nur die Kinder unter das Gesetz fallen, bei denen eine körperliche Verwahrlosung infolge mangelnder Erziehung der Eltern vorliegt. Nach dieser Praxis steht das Gesetz nur auf dem Papier, denn es kann auf die Kinder vermögender Eltern überhaupt nicht angewendet werden. Die nach dem Urteil des Kammergerichts nicht unter dieses Gesetz fallenden Kinder müssen der Armenziehung anheimfallen. Die Armenziehung verlagert aber mit dem 14. Lebensjahre. Was soll dann mit den Kindern geschehen? (Bravo! im Centrum.)

Abg. Koele (natl.): Infolge des Kammergerichts-Urteils hat mit Recht eine gewisse Entmutigung Platz gegriffen. Einer Abänderung des Gesetzes werden meine politischen Freunde aber nicht zustimmen, da eine solche sehr schwierig sein wird. Alle Streitfragen würden von neuem aufgerollt werden. Die Fürsorge-Erziehung ist die strengste Maßregel, sie soll nur in den allernotwendigsten Fällen zur Anwendung kommen. Der Text des Gesetzes läßt darüber keinen Zweifel, daß auch wohlhabende Kinder der Fürsorge-Erziehung überwiesen werden können. (Sehr richtig!) In dieser Hinsicht mißbillige ich das Urteil des Kammergerichts, wenn ich auch sonst nicht Herrn Schmitt in seiner Kritik desselben unterstützen kann. Allerdings wird bei wohlhabenden Kindern dieser Fall ziemlich selten eintreten.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Wenn der Zweck des Gesetzes durch das Kammergerichts-Urteil vereitelt werden sollte, so würde ich die Regierung um Vorlegung einer Novelle bitten. Hoffentlich ist nicht erst eine solche Novelle nötig, um den idealen Zweck des Gesetzes zu erreichen.

Abg. Kühr (fr. Sp., schwer verständlich) bekämpft das Kammergerichts-Urteil, ebenso Abg. Lachhoff (H.).

Minister Freyer v. Hammerstein: Die Fürsorge-Erziehung hat bisher sehr segensreich gewirkt. Es ist erklärlich, daß sich im Anfang des Bestehens dieses Gesetzes ein übereinstimmendes Urteil über seinen Wirkungskreis nicht ergiebt. Bei dem hier oft erwähnten Kammergerichts-Urteil handelt es sich nur um einzelne Fälle. Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß durch das Urteil des Kammergerichts die Ausführung des Gesetzes in gewissem Sinne erschwert ist. In wenigen Jahren wird sich aber eine einheitliche Praxis ergeben. Abwarten möchte ich davon, schon jetzt eine Abänderung des Gesetzes vorzunehmen. Wir müssen erst weitere Erfahrungen sammeln.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Strafanstalts-Verwaltung“.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) bringt den Fall der Inhaftierung des Dr. Schulze zur Sprache. Dieser ist während der Untersuchungshaft in einer Weise behandelt worden, daß der Herzfeldongreß diese Behandlung als eine Verletzung der ärztlichen Standesehre aufgefaßt hat. (Hört! hört! links.) Der Bericht über diesen Vorgang ist in der „Köln. Ztg.“ veröffentlicht worden und der Medizinalrat wurde wegen Beamteneileidigung verurteilt. In der Verhandlung ist festgestellt worden, daß dem Untersuchungsgefangenen die Selbstbefähigung eine Reihe von Tagen vorenthalten worden ist. Außerdem hat Herr Dr. Schulze seine Zelle selbst reinigen müssen. Eine solche Behandlung eines Untersuchungsgefangenen kann als eine humane nicht anerkannt werden. (Bravo! links.)

Gesichtsrat Krosche: Gestatten Sie, daß ich Ihnen die Rehrseite der Medaille zeige. Ein Arzt wurde verhaftet und vorläufig im Kölner Polizeigefängnis untergebracht. Ueber die Behandlung des Gefangenen während der Untersuchungshaft ist nun nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ auf dem Herzfeldongreß in Hildesheim von zwei Ärzten folgender geäußert worden: „Er (der Untersuchungsgefangene) wurde in ein feuchtes Loch ohne Fenster geworfen (Hört! hört! rechts), so daß er an Rippenfell-Entzündung erkrankte; außerdem wurde er mit gewöhnlichen Verbrechern zusammengepackt, hat zehn Tage Gefängnisloft erhalten, kurzum, er wurde behandelt, als wenn er bereits eines Verbrechens überführt wäre.“ (Hört! hört! rechts.) Wegen dieses Berichtes hat der Regierungspräsident gegen den Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“ Strafantrag gestellt, ebenso gegen die beiden Ärzte. Vor dem Kölner Landgericht ist festgestellt worden, daß die Einrichtungen des Polizei-Gefängnisses allen Anforderungen entsprechen und daß die Beamten im vollen Umfang ihre Schuldigkeit gethan haben. (Hört! hört! rechts.) Die beiden Ärzte wurden wegen verleumdender, der Medizinalrat wegen einfacher Beleidigung verurteilt. Hiergegen erhoben die Angeklagten Revision und verlangten Jubilung des § 193. Das Reichsgericht hob das Urteil aus diesem Grunde auch auf und verwies die Sache an das Vorne Landgericht. Hier wurden alle Angeklagten wegen einfacher Beleidigung verurteilt. Es ist anzuerkennen, daß eine so vornehme Zeitung, wie die „Kölnische Zeitung“, alles gethan hat, um ihren ersten Artikel umgekehrt zu machen. Der schwere Vorwurf war aber in die Welt gesetzt worden und mußte gerügt werden. Redner sucht nun eingehend nachzuweisen, daß Dr. Schulze genau nach den Vorschriften der Strafgerichts-Ordnung behandelt sei.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die beiden Ärzte mögen sich ja einer Beleidigung schuldig gemacht haben. Der Redner hat aber nicht karggestellt, weshalb gegen die „Köln. Ztg.“ eingeschritten ist, die doch nur einen referierenden Bericht gebracht hat. (Zustimmung links.)

Das Kapitel wird bewilligt; ebenso ohne wesentliche Debatte der Rest des Etats.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Interpellation Edels betreffend Aufhebung der Gerichtsferien, 2. Lesung des Justiz-Etats.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

In der Sitzung am Mittwoch wurden die noch ausstehenden einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen unbedeutend angenommen. Ebenso die meisten einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Geändert wurden nur einige Positionen.

In einer längeren Debatte kam es bezüglich der Beleuchtung der Eisenbahnzüge. Verlangt wurde allgemein, daß die Beleuchtung der Eisenbahnwagen verbessert event. die elektrische Beleuchtung eingeführt werde. Die Vertreter der Eisenbahnverwaltung teilten mit, daß noch fortgesetzt Versuche in dieser Beziehung gemacht würden. Auch seien die neuen Lokomotiven stark genug, um noch die nötige Kraft für die Beleuchtung zu liefern. Bei den alten Lokomotiven werde allerdings die Lieferung der nötigen Kraft sehr schwierig sein. Auch eine übermäßige Belastung des Personals in den Eisenbahnzügen sei nicht zu befechten. — Beamtendat wurden ferner die großen Ueberforderungen, welche bei den Ausgaben für Kohlen gemacht worden seien.

Schließlich wurde lebhafteste Frage darüber geführt, daß die Eisenbahn-Verwaltung den praktischen Einrichtungen im Auslande, namentlich in Amerika, zu langsam folge. Auch jetzt wieder beteuerte die Eisenbahn-Verwaltung, daß sie durchaus auf der Höhe der Zeit stehe, und daß, wenn uns manche praktische Einrichtung, welche das Ausland schon längst habe, noch fehle, dies nur in den anders gestalteten Verhältnissen seinen Grund habe.

Nächste Sitzung am Freitag.

Wahlprüfungs-Kommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Will (1. Adolfin) füllte die ganze Mittwoch-Sitzung aus und wird noch mehrere ausfüllen. Zunächst beschäftigte eine im Wahlprotokoll behauptete Wahlfälschung im Bezirk Alt- und Neu-Damerow die Kommission. 60 Zeugen gaben im Protokoll an, den freisinnigen Kandidaten gewählt zu haben, aber in der Wahlstube fanden sich nur 40 freisinnige Stimmzettel, 40 Zeugen wurden eidlich vernommen, davon bestätigten 47 bestimmt ihre früheren Angaben, zwei der Zeugenangaben waren unklar; die weiteren elf Zeugen kamen nicht zur Vernehmung, weil fünf verstorben und sechs verzogen waren. Von den letzteren sechs wohnen vier in Dortmund, die man trotz der Kenntnis ihres Wohnorts nicht vernommen hat. Das ist auffällig. Die Kommission stellte diesen Fall zu einer späteren Entscheidung zurück, da vermutlich die große Zahl anderer Wahlbeeinflussungen zur Käuflichkeit der Wahl führen werden.

In einem andern Wahlbezirk bei Stolp kontrollierte der Wahlvorstand die Stimmzettel und bezeugte die aufgestellten erkannten als liberal. Die Kommission lasierte die 67 konservativen Stimmen dieses Bezirkes. Den Güteleuten eines andern Bezirkes wurde Roggen und Schnaps geschenkt, doch fehlte dieser Wahlbeeinflussung das kriminelle Merkmal der Bestechung. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Mittwoch über eine Petition des Bayerischen Handwerkerbundes zu München, welche die gesetzliche Einführung eines Arbeitsbuchs für alle Werkstätten und Arbeiter fordert. Der Berichterstatter Dr. Marcour beantragte, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überreichen, während von socialdemokratischer Seite der Antrag gestellt war, die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Der Antrag Marcour wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.

Der Deutsche Werkmeister-Verband in Düsseldorf petitioniert um Abänderung der Gewerbe-Ordnung in dem Sinne, daß den Werkmeistern, wie es bei den Handlungsgesellen schon jetzt der Fall ist, in Krankheitsfällen das von den Krankenkassen bezogene Krankengeld vom Gehalt nicht in Abzug gebracht werden darf. Auch in Bezug auf die Konkurrenz-Kaufverträge verlangen die Werkmeister mit den Handlungsgesellen gleichgestellt zu werden. Ihre Petition soll dem Reichskanzler ebenfalls als Material überreicht werden. Derselbe Beschluß wurde gefaßt, bezüglich mehrerer Petitionen, die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes betreffend. Bei dieser Gelegenheit kritisierte der Abg. F u r e r (Soc.), daß eine Anzahl ähnlicher Petitionen, bezüglich deren die Kommission bereits am 19. Februar 1902 die Ueberweisung an den Reichskanzler beschloffen hatte, bis heute, also nach Ablauf eines Jahres, noch kein Beschluß des Plenums herbeigeführt worden sei, obwohl sich der Bundesrat zur Zeit mit der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes beschäftigt.

Ein Herr Richter in Kreischa fordert in seiner Petition die Abänderung des § 216 des Strafgesetzbuches. Er will, daß den Verurteilten das Recht zuerkannt werde, unheilbaren Kranken, deren Ableben bevorsteht, den Todeslapp dadurch zu erleichtern, daß ihre Auflösung durch Hilfe der Ärzte beschleunigt werde. Die Petition wurde für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet. —

Die Ehescheidung in Sachsen.

Aus Dresden wird telegraphisch berichtet: Das 4 Uhr 20 Minuten in dem Eheprozeß verkündete Urteil lautet:

„Im Namen des Königs. Die am 21. November 1891 geschlossene Ehe der Parteien wird wegen Ehebruchs der Frau Bellagten mit dem Sprachlehrer Andre Giron vom Bande geschieden. Die Frau Bellagte trägt die Schuld an der Ehescheidung. Die Kosten des Verfahrens werden der Frau Bellagten auferlegt.“ Die ganze Verhandlung wurde hinter verschlossenen Thüren betrieben.

Wien, 11. Februar. Dem „Freundenblatt“ wird von seinem Korrespondenten in Brüssel telegraphisch: Giron hat gestern Abend Brüssel wieder verlassen, um sich nach Genf zu begeben, wo er wegen Erleichterung des Aufenthalts der Prinzessin in der Metairie verhandelt wird. Die Beziehungen zwischen Giron und der Prinzessin sind nach zuverlässigen Informationen nicht endgültig abgebrochen.

Genève, 11. Februar. Giron ist kurz vor 2 Uhr nach Lyon abgereist, begleitet von Leopold Bölling.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsbank hat heute ihren Diskont, der seit dem 4. Oktober vorigen Jahres 4 Proz. betragen hat, auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt und zugleich den Lombardzinsfuß von 4 1/2 auf 4 Proz. ermäßigt. In der Sitzung des Centralanstaltens befürwortete, nämlich der Präsident Dr. Koch im Gegensatz zu seinen Ausführungen in der letzten Sitzung eine Herabsetzung um 1/2 Proz., indem er geltend machte, daß seit der letzten Centralanstaltens-Sitzung der Privatdiskont sich um 2 Proz. ermäßigt und daß die maßgebenden Wechselkurse eine rückgängige Bewegung eingeschlagen hätten. Auch die Inanspruchnahme der Reichsbank sei im Ausmaß begriffen. Zudem habe die schlauke Placierung von rund 10 Millionen Mark Reichsbankausweisungen in offenen Markt den Beweis dafür erbracht, daß dieselben ein Geldüberfluß bestände.

Konferenz der Verbände der deutschen Börsen. Auf Einladung des Vorkommens-Kollektivums der Kaufmannschaft hielten heute in Berlin die Verbände der deutschen Börsen, mit Ausnahme derjenigen der Hamburger und Dresdener Börse, eine Konferenz ab, um über einige Änderungen bisheriger Börsenstatuten sowie über die Reform der Börsengesetzgebung zu beraten. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Stadtrathsen Kumpff erhielt der Staatskommissar Dr. Hempfenmacher das Wort zu einer kurzen Begrüßungsrede, und dann referierte Bankier B. Wöhme über die Frage, ob es sich empfiehlt, die Dividendensteuern der Aktien erst dann abzutreten, wenn die Einlieferung beschloffen ist, ferner über die Berechnung von Stückzinsen. Nach längerer Debatte wurde mit 14 gegen 2 Stimmen (Stettiner und Essener Börse) beschloffen, die Dividendensteuern in Zukunft an zweiten Werttag nach Festsetzung der Dividende von den Stücken zu trennen. Vom Ablauf des Geschäftsjahres ab darf der letzte Dividendenchein bei Lieferung der Effekten eine andre Nummer tragen als die Stücke. Für die Vertheilung der Stückzinsen wurden 11, dagegen 5 Stimmen abgegeben.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Reform des Börsengesetzes, hatte Bankier Arons das Referat übernommen. Er wies auf die Schwächen hin, die die neueste Börsengesetzgebung dem Bankgewerbe gebracht habe. Der Reichstag habe die größte Interesse, daß eine Abänderung des Börsengesetzes vorgenommen werde, da die Börsenreform trotz der Erhöhung ständig zurückgegangen sei. Redner empfahl, der veranfaßten Enquete die größte Interesse entgegenzubringen. Es sei wünschenswert, daß eine wesentliche Herabsetzung der Steuern eintrete, insbesondere der Umsatzsteuer bei fest verzinssenden Papieren und des Effektensteuers, da diese Steuer das Arbitragegeschäft völlig unterbunden habe.

Auch hieran schloß sich eine längere Besprechung, die mit der Empfehlung und Annahme folgender Resolution endete: „Die am 11. Februar d. J. auf Einladung der Vertreter der Kaufmannschaft zu Berlin versammelten Vorkonferenzen der deutschen Vorkonferenzen auf Grund der von ihnen gemachten Erfahrungen die Überzeugung aus, daß die Steuererhebungsstellen von 1891 und 1900 das solide Geschäft und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Vorkonferenzen, ebenso den Verkehr mit den Auslandsbörsen in hohem Maße geschädigt, in einzelnen Zweigen sogar vollständig vernichtet haben. Damit die Vorkonferenzen ihre wirtschaftlichen Aufgaben wieder erfüllen können, ist es notwendig, sowohl die Umsatzsteuer als auch den Effektenstempel erheblich herabzusetzen.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gesellen-Ausschüsse und Lehrlingsprüfungs-Kommissionen Berlins.

Am Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10¹/₂ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, eine Konferenz sämtlicher Gesellen-Ausschüsse und Lehrlingsprüfungs-Kommissionen statt. Wir erlauben um vollzähliges Erscheinen, da äußerst wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen.

Die Kommission der Gesellen-Ausschüsse Berlins,
J. A.: Otto Wels, Engel-Ufer 15.

Taschner, Rieter, Sattler! In der Taschen- und Lederverwarenfabrik von Aug. Differ u. Co., Alexandrinenstr. 110, sind geringfügiger Differenzen wegen sämtliche dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden. Zugang ist strengstens fern zu halten.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattler-Verbandes.

Achtung, Metallarbeiter! Am Mittwoch, den 11. d. M., haben sämtliche Schlosser, Dreher und Hilfsarbeiter der Firma Rewes, Kottick u. Co., Schönhauser Allee 78, wegen Accordreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Verwaltung Berlin.

Lagearbeiter! Bei der Firma Königsberger in Posen sind die Kollegen, durch erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse genötigt, in den Ausstand getreten. Da die Firma versuchen wird, von Berlin Arbeitskräfte zu erhalten, seien die Kollegen hierdurch gewarnt. Der Gewerkschaftsrat.

Zum Streit der Jungbier-Kutscher. Bewilligt haben bis jetzt die Firmen Kömpfer-Weihensee, Bannick-Reidenbergerstraße 66, Kust, Reichenbergerstraße 121, Kaul, Frankfurter Allee 118, Soltsbrauhaus, Schönhauser Allee, Brauerei Weizenblüte (Majestä), Schönhauser Allee und Hoffmann, Hirschstraße. Die Brauerei Reinhardt-Rummelsburg hat ihre vor zwei Tagen unterzeichnete gegebene Bewilligung gestern wieder zurückgezogen, was die dortigen Kutscher zu sofortiger Arbeitsniederlegung veranlaßt. Auch ein Arbeitswilliger hat sich in den Reihen der Kutscher gefunden, doch will dessen Weizen nicht recht blühen. Als er nämlich gestern für die Brauerei Fischer, Waldemarstraße Vier nach der Glasblase Stralau-Rummelsburg liefern wollte, waren die Glasarbeiter bereits von der Qualität dieses Kutschers unterrichtet und gaben ihm kurz den Bescheid, er möge mit seinem Bier nur getrost wieder verschwinden. Interessant ist es, wie sich die Brauereibesitzer um polizeilichen Schutz bemühen. Die Kutscher sind nämlich so frei, vor den Brauereien mit polizeilicher Erlaubnis Petz an die Kaufmannschaft zu vertreiben, auf denen die Ursachen des Streits aufgeleitet sind. Natürlich ist das den Brauereibesitzern unangenehm. Sie beschwerten sich auf den Polizeirevierern bitter über die Petzverteiler und fordern deren Entfernung, bis jetzt allerdings ohne den gewünschten Erfolg.

Der Geschäftsführer der Firma Otto Jachmann, Herr Otto Thomas, schreibt uns:

Auf Grund des Preßgesetzes erlaube ich Sie um Aufnahme einer Berichtigung des Artikels in Nr. 30 Ihres Blattes: „Vom Maßregelungsbureau der Metall-Industriellen“. Es ist von mir keineswegs verweigert worden und brauchte auch nicht verweigert werden, daß alle Streitenden wieder anfangen könnten, weil alle Stellen bereits kurz nach Ausbruch des Streits besetzt waren. Das Ausmaß des Streikens bezog deshalb Mitte Januar eine Deputation meiner früheren Arbeiter — da Verbandsvertreter überhaupt nicht vorgelassen wurden — den Wunsch nach Beendigung des Streiks mit der Bitte auszusprechen, bei Einstellung weiterer Kräfte oder Erlass unangelegener Personen vorzugsweise die früheren Arbeiter zu berücksichtigen, und obgleich hierzu vorläufig nur recht geringe Aussicht war, ließ es sich doch durch verschiedene Abgänge ermöglichen, mehr Leute vom alten Personal unterzubringen, als ursprünglich vorausgesetzt werden konnte. Außerdem richtete ich im Interesse derjenigen, die inzwischen anderweitig unterkommen konnten, das Ersuchen an den Verband der Metall-Industriellen, die bisher gesperrten Leute aus der Sperre zu entlassen, welche Maßregel auch einigen zu gute gekommen ist. Ich habe ferner erklärt, gegen niemand — mit Ausnahme von 2 Personen, welche sich durch ihr Verhalten unmöglich gemacht haben — vorgegangen zu sein.

Gleichzeitig mit dem vorstehenden Schreiben des Herrn Thomas erhalten wir folgende Zusätze:

Die in Nr. 30 des „Vormärts“ unter der Stichmarke „Vom Maßregelungsbureau der Metall-Industriellen“ von uns gemachten Darstellungen müssen wir nach nochmaliger genauer Untersuchung auf Wunsch der bei der Firma Jachmann beschäftigten Arbeiter in einem Punkte berichtigen. Dies betrifft den Geschäftsführer der Firma Jachmann, Herrn Thomas. Es ist nämlich festgestellt, daß nicht Herr Thomas daran schuld ist, daß mehrere der bei der Firma Jachmann am Streik beteiligten gewesenen Arbeiter gemahnt sind, sondern die Maßnahmen, die trotz der Forderung des Herrn Thomas nicht allen Streitenden einen Arbeitschein ausstellen. Damit fällt der Herrn Thomas gemachte Vorwurf des Wortbruchs.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Berliner Filiale der Vereinigung der Maler usw. hat bei der am Dienstag vollzogenen Delegiertenwahl der Orts-Krankenkasse einen beachtenswerten Erfolg errungen. Die Wahl, welche statutenmäßig bereits im November vorigen Jahres stattgefunden hat, ist damals beanstandet und von der Aufsichtsbehörde als ungültig erklärt worden. Aus diesem Grunde wurde am Dienstag die Wahl nochmals vorgenommen. Während in früheren Jahren diese Wahlen unter sehr schwacher Beteiligung und ohne jede Opposition zustande kamen, boten die Wahlen am Dienstag ein lebhaft bewegtes Bild. Die Beteiligung seitens der Kassennmitglieder war eine ungewöhnlich starke, und das kam daher, daß diesmal zwei Kandidatenlisten aufgestellt waren. Es kann also sozusagen von einem Wahlkampf gesprochen werden. Die Vereinigung (Verband) der Maler hatte eine eigne Liste aufgestellt, der eine andre Liste gegenüberstand, die von den in den größeren Geschäften arbeitenden, meist unternehmerfreundlichen Schülern aufgestellt war, die auch bisher den größten Einfluß in der Vertretung der Klasse ausübten. Diese Gegensätze hatten sich übrigens schon bei den Wahlen im November bemerkbar gemacht. Die Wahl am Dienstag endete mit einem Siege des Verbandes, dessen Kandidaten mit einer Mehrheit von etwa 30 Stimmen gewählt wurden.

Deutsches Reich.

Die Leitung des „Sulkan“ in Wegeha macht in der „Allgem. Schiffahrts-Zeitung“ den Versuch, die rücksichtslose Aussperrung der Arbeiter, welche der Verdringung eines im Betriebe verunglückten Arbeiteres beizuhelfen, zu „rechtfertigen“. Den Anlaß zu diesem Rechtfertigungsversuch bietet die Besprechung des Falles durch unseren Genossen Warm im Reichstage. Die Verflechtung behauptet zwar, die Darstellung Wurms sei unrichtig, aber doch geht aus dem, was die

Verflechtung zu dieser Sache angeht, hervor, daß die Ausführungen Wurms sowohl, wie die Berichte unserer Parteipresse in allen wesentlichen Punkten zutreffen. Die Verflechtung bestreitet, daß nach dem bisherigen, von ihr selbst gebilligten Brauch, sämtliche Arbeiter derjenigen Abteilung, in welcher der Verunglückte beschäftigt war, an der Verdringung teilgenommen haben. Auch bei dem vorletzten Fall dieser Art hat sich die Verflechtung nach Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß mit der Ablehnung des bisherigen Brauches einverstanden erklärt, so daß — wie die Verflechtung zugibt — auch angesichts des letzten Todesfalles die Arbeiter der Abteilung waren, daß alle in der betreffenden Abteilung Beschäftigten dem Tode des Verunglückten folgen könnten. Die Leitung bestand aber darauf, daß für diesen Fall zum erstenmal mit dem bisherigen Brauch gebrochen wurde, und nur ein von ihr bestimmter Personenkreis an der Leichenfeier teilnehmen dürfe, womit die Arbeiter bekanntlich nicht einverstanden waren. — Was eigentlich die Verflechtung veranlaßt hat, die Arbeiter gegen deren Willen an der Ausübung einer Pflicht der Pietät durch einen Nachspruch zu hindern, das wird in dem Rechtfertigungsversuch nicht gesagt. Rücksichten auf den ungestörten Fortgang des Betriebes können es nicht gewesen sein, denn die Verflechtung konnte doch, um die pflichternten Arbeiter zu strafen, den Betrieb durch eine fünfzügige Aussperrung unterbrechen. Es wird also schon so sein, wie Genosse Warm im Reichstage sagte: der Verflechtung ist es unangenehm, wenn durch ein zahlreiches Leidengedölk die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß schon wieder ein Unfall mit tödlichem Ausgang auf der Werft sich ereignet hat. Deshalb das Verbot, dem als weitere Behandlung des Herzenspunktes der Verflechtung die Aussperrung folgte, deren größere Ausdehnung ja durch Verhandlungen mit den Arbeitern im letzten Augenblicke erfreulicherweise verhindert worden ist.

Sociales.

Das Phosphorgebiet in der Kommission.

Die Reichstagskommission begann am Mittwoch die Beratung über den Gesetzentwurf zum Verbot der Phosphorhändlerwaren. Der schriftliche Bericht für das Plenum wird der Abg. Zehnter (C.) erstatten. Die Debatte wird nach folgenden drei Gesichtspunkten geführt:

1. Notwendigkeit des Gesetzes.
2. Brauchbarkeit des Erlaßmittels (Patent).
3. Möglichkeit der Verwendung einheimischen Holzes.

Auf Antrag Warm (Soz.) wird zunächst die zweite Frage behandelt. Das Patent, das vom Deutschen Reich erworben und den Händeholzfabriken unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden soll, wird bereits seit Jahren von der Fabrik von Miram in Bettenhausen bei Kassel zur Herstellung der Triumphhölzer benutzt. Regierungsrat Sprenger giebt eine eingehende Darstellung der Händeholzfabrikation. In den Schwefelholzfabriken werde Holzdraht aus einheimischem Kadelholz verwendet, für paraffinierte Zylinder ausländisches Asphenholz. Die Schwefelholzfabrikation bedarf wenig oder gar keiner Maschinen, die Fabrikation der schwedischen Zylinder sei vollständig maschinell, eine Einrichtung koste an 80 000 Mark. Von der bisherigen Fabrikation seien zwei Fünftel Schwefelzylinder, drei Fünftel schwedische. Ertere werden besonders noch bei Arbeiten im Freien benutzt, da sie nicht so leicht ausgedehnt wie schwedische.

Bei der neuen Methode wird roter (ungiftiger) Phosphor und chloraures Kali verwendet mit gewissen Zusätzen, die noch geheim gehalten werden, bis das Patent vom Reich erworben ist. Die gefährlichste Explosionsgefahr ist bei der feuchten Mischung ausgeglichen; ein Eintrocknen bei der Fabrikation kann durch einfache Vorrichtungen vermieden werden. Aber auch beim Eintrocknen kann nur Entzündung, nicht Explosion stattfinden. Proben, die in der Kommission vorgezeigt wurden, bewiesen, daß im Handel befindliche Weißphosphorzylinder weit explosiver sind als die neuen Triumphhölzer. Die Fabrikation ist dieselbe wie bei der Schwefel-Weißphosphor-Zylinder. Beim Lagern verändern sich die Triumphhölzer nicht, wie an Proben aus dem Jahre 1898 nachgewiesen wird. Explosionsgefahr sei ja bei Verarbeitung von chloraurem Kali stets vorhanden, aber das dieses bei der Fabrikation von schwedischen Zylindern schon seit Jahrzehnten verwendet wird und dort noch keine Explosionen vorfallen, sei bewiesen, daß die Handhabung leicht zu regeln sei. Der einzige gefährliche Punkt des Fabrikationsprozesses sei, daß bei größeren Betrieben eine eiserne Mischmühle benutzt werden müsse, an deren Mündung Austrocknung eintreten könnte; dies müsse durch stetes Anfeuchten vermieden werden. Die neuen Triumphhölzer lassen sich in jeder bisherigen Weißphosphor-Zylinderfabrik nach wenigen Stunden und ohne technische Einrichtungen herstellen, nur daß bei größeren Betrieben die Mischmühle erforderlich ist.

Der Vertreter des Gesundheitsamts giebt zahlenmäßige Belege für Entzündungs- und Explosionsgefahr und Verhalten gegen Feuchtigkeit. Vergleichende Versuche ergaben für die gewöhnlichen Weißphosphor-Schwefelholzfaser als niedrigste Entzündungstemperatur 82–87 Grad. Explosion bei einer Schlagkraft von 0,00 Kilogramm. Triumphhölzer entzündeten sich bei 170–175 Grad, explodierten bei 0,33 Kilogramm Schlagkraft. Schweden entzündeten sich bei 104–109 Grad, und 1,5 Kilogramm Schlagkraft. Gegen Feuchtigkeit sind die Triumphhölzer so haltbar zu machen wie die besten Schwefelweißphosphor- und Schwefelzylinder. Der Preis der Triumphhölzer ist derselbe wie der der Weißphosphorzylinder; als das Preisstreitensyndikat der Fabrikanten bestanden habe, seien die Schwefel-Weißphosphorzylinder teurer gewesen.

In der Debatte wurden noch verschiedene Fragen gestellt, deren Beantwortung im vorstehenden Resümee nicht enthalten ist. Die Kommission wünscht einstimmig unter Zuziehung von Fabrikanten der Weißphosphorzylinder zu verhandeln. Staatssekretär Graf Wofadowsky hatte erklären lassen, daß dies in einer Kommission unter amtlicher Anwesenheit der Regierungskommissare nicht angängig sei. Die Kommission beschließt, zunächst eine nicht-offizielle Zusammenkunft ihrer Mitglieder stattfinden zu lassen, hierzu einige Fabrikanten und Regierungsvertreter einzuladen und daß nach dieser Zusammenkunft wieder eine offizielle Kommissionssitzung abzuhalten. Die nicht-offizielle Zusammenkunft wird nächsten Mittwoch, den 18. Februar, stattfinden.

Das Arbeiterssekretariat Nürnberg hat jetzt sein achttes Betriebsjahr hinter sich. Der Jahresbericht, den aus diesem Anlaß die Sekretäre in der Jahresversammlung am Dienstag erstatteten, ließ wieder einen Blick thun in die reiche Fülle sozialpolitischer Beobachtungen, die die Sekretäre bei ihrer Tätigkeit machen können und die ein wertvolles Material für die Gesetzgebung bilden. So wurden hinsichtlich der Bekämpfung über die Ruhezeiten im Gastwirts- und Bierbrauergewerbe die Erfahrungen gemacht, daß das Personal oftmals erklärt, daß es die vorgeschriebenen Ruhepausen nicht wolle, und der Unternehmer versicherte, daß er selbst wiederholt vergeblich auf Einhaltung der Vorschriften gedrungen habe. Diese eigentümliche Erscheinung beruht darauf, daß das Personal fürchtet, wenn es die Ruhepausen einhält, durch Aushilfspersonal, für das die Vorschriften nicht gelten, verdrängt zu werden, außerdem gehen ihm während der Pausen die Trinkgelder verloren, auf die das Hotelpersonal angewiesen ist.

Zahlreich sind die Ueberletzungen in Bezug auf den Schutz der Wäcker- und Arbeiter, nicht minder häufig wird geklagt über Unreinlichkeiten in Betrieben; es ist jedoch schwierig, den Beweis hierfür zu liefern, da die Gefellen und Begehler in Gegenwart des Meisters oft die von ihnen vorher selbst angegebenen Mängel verschweigen. Die Vorschriften über den Lechtungsbeschau scheinen von den Wäckermeistern gänzlich ignoriert zu werden. Als unzulänglich hat sich auch der Schutz der Wäcker- und Färbearbeiter gegen die Milzbrand-Gefahr erwiesen. Es fehlt besonders an einem Verbot, Material, bevor es desinfiziert ist, an Heimarbeiter abzugeben. Ein großer Mangel ist es, daß nur das ausländische Rohmaterial dem Desinfektionszwang unterliegt, nachdem auch schon bei Ver-

arbeitung inländischen Materials Mißbrauch-Ansiedlungen vorgekommen sind. Es muß deshalb unablässig der allgemeine Desinfektionszwang gefordert werden.

Betreffs der Krankenversicherung ist über die Mißstände bei der Gemeinde-Krankenkasse zu klagen, die, um ihr Defizit herabzumindern, ihre Leistungen auf das Mindeste einschränkt, den Ärzten einschärft, bei Verschreibung von Medikamenten recht sparsam zu sein, möglichst billige Medikamente zu verschreiben, die Besuche nach Möglichkeit einzuschränken usw. Die Arbeiter sehen immer mehr ein, daß die Gemeindeversicherung in jeder Hinsicht ungenügend ist und es wurde wiederum beim Magistrat um Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse nachgesucht.

Das Verhältnis des Sekretariats zu den Behörden habe sich im allgemeinen befriedigend gestaltet. Viele Behörden verfahren offiziell mit dem Sekretariat und rufen die Zahlungen für die Parteien direkt an dasselbe. Im Archiv sammelt sich ein außerordentlich reichhaltiges Material an; auch die Bibliothek wird immer umfangreicher und umfaßt zur Zeit 1100 Bände. Die Zahl der Ausfunftsuchenden, die im ersten Geschäftsjahre 6839 betrug, ist auf 17 000 gestiegen.

Verfammlungen.

Eine Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten, einberufen vom Verbands der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands, tagte am Montag in den „Arminshallen“. Rechtsanwalt Roth sprach über die Befugnisse der Aufsichtsbehörde nach dem Krankenversicherungs-Gesetz und nach der angekündigten Novelle. Der Redner verwies darauf, daß in den 20 Jahren seit Bestehen des Krankenversicherungs-Gesetzes sich die Arbeiterkraft bei der Selbstverwaltung ausgezeichnet bewährt und mit großem Fleiß und Intelligenz in den Krankenkassen gewirkt hat. Trotzdem dürfe man sich nicht täuschen, daß immer noch eine starke Strömung für die Verflechtung der Selbstverwaltung vorhanden sei. Der Referent erläuterte sodann eingehend die Befugnisse, welche der Aufsichtsbehörde bisher schon nach den §§ 44, 45, 46, 58 und 64 des Krankenversicherungs-Gesetzes eingeräumt sind und die nach den gemachten Erfahrungen vollständig ausreichen, um wirksam eingreifen zu können. Der § 58 des Krankenversicherungs-Gesetzes überträgt der Aufsichtsbehörde auch noch richterliche Funktionen. Die Klassen müssen mit aller Schärfe darauf achten, daß eine Vermischung, die oftmals eintreten wird, vermieden und die Grenze zwischen dem Aufsichtsrat und den richterlichen Funktionen streng innegehalten wird. Das einschneidende Mittel gegenüber den Klassen ist durch den § 46 gegeben, wonach die Aufsichtsbehörde unter den bestimmten Voraussetzungen die ganze Verwaltung der Klasse in ihre Hände nehmen kann. Jedenfalls sind der Aufsichtsbehörde gegenwärtig schon so viele und bedeutende Befugnisse den Klassen gegenüber gegeben, daß eine weitere Ausdehnung ihrer Befugnisse in keiner Weise gerechtfertigt werden kann. Der Redner wendete sich sodann gegen die in der in Aussicht genommenen Novelle enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Vorstandsmitglieder, Klassen- und Rechnungsführer, die abgesehen von ihrer Unbestimmtheit und daß sie nach Willkür ausgesetzt werden können, so daß schließlich auch die politische Befähigung außerhalb des Amtes als eine „große Pflichtverletzung“ gedeutet werden könnte, überhaupt jeder vernünftigen Begründung entbehren. Jedenfalls hätten die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten alle Ursache, sich gegen derartige Bestimmungen zu wehren und außerdem alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jedwede Beschränkung der durchaus gut bewährten Selbstverwaltung zu vermeiden. — Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der auch verschiedene Fälle angeführt wurden, wonach sich die Aufsichtsbehörde nicht in den Grenzen ihrer Befugnisse gehalten und Anforderungen an Klassenverwaltungen gestellt hat, wogegen sie nicht berechtigt ist.

Die Möbel- und Fabrikantler wählen in ihrer letzten Versammlung folgende Mitglieder in die Werkstatt-Kontrollkommission: Diefinghaus als Obmann und Stübner, Berg, Dufert, Köppen, Larnawa und Teunert als Kommissions-Mitglieder.

Spandau. Am Sonntag verteilten unsere Genossen in der Stadt und ihrer nächsten Umgebung ein Flugblatt „Was drückt den Spandauer Arbeiter“, womit sie den Wahlkampf eröffneten. Am Nachmittag fanden zwei stark besuchte Volks-Versammlungen statt. Im Krügerschen Saale in Tiefwerder, wo etwa 500 Personen anwesend waren, referierte S. Litzin-Berlin unter lebhaftem Beifall. Im Technischen Saale in Halensee, der von etwa 600 Personen bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach Leo Schmidt-Berlin, oft von stürmischem Beifall unterbrochen. In beiden Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der die Anwesenden sich zur Sozialdemokratie als der einzigen und wahrhaftigen Arbeiterpartei bekennen und sich verpflichten, dafür zu sorgen, daß der Wahlkreis Potsdam-Spandau-Ostbaerland bei der bevorstehenden Reichstagswahl für die Sozialdemokratie gewonnen werde. Ein Zuwachs von circa 50 Abwonten auf die Arbeiterpresse und ca. 25 Mitgliedern für den Wahlverein war der augenblickliche Erfolg der Versammlungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bernehmung der Stuttgarter Seite im württembergischen Landtage.

Stuttgart, 11. Februar. (B. Z. V.) Kammer der Abgeordneten. Bei Beratung eines sozialdemokratischen Antrages auf stärkere Vertretung der Stadt Stuttgart im württembergischen Landtage erklärte der Ministerpräsident v. Breiling, die Regierung erkenne die Berechtigung des Antrages an, insbesondere im Hinblick auf das eventuelle Ergebnis der Verhandlung bezüglich der Eingemeindung von Rammstadt, Wangen und Unterriethheim; sie halte es nicht für geraten, den Antrag, der die Frage der Verfassungsrevision aufrollt, besonders zu behandeln, sie werde vielmehr, sobald eine Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, die Vorarbeiten zu einer Revision der hiesigen Verfassung in die Hand nehmen, sie mit allen Parteien und einigen Vertretern des anderen Hauses zusammen fördern und einen Entwurf vorlegen, nachdem die Steuerreform und die Reform der Gemeinde- und Bezirksordnung erledigt seien. Nach dieser Erklärung brach die Kammer die Beratung ab, um den Fraktionen Zeit zu lassen, zu dem Antrage Stellung zu nehmen.

Engleitz.

Langensfeld, 11. Februar. (B. Z. V.) Amtliche Meldung. Bei Durchsicht des D-Zuges 6 Berlin-Frankfurt heute 3 Uhr 53 Min. nachmittags sind fünf Wagen im Bahnhof Langensfeld entgleist. Reisende sind nicht verletzt. Das Geleise Debra-Frankfurt ist im Bahnhof voraussichtlich zwölf Stunden gesperrt. Betrieb ist nicht gestört. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Zum Tode verurteilt.

Stolz i. Pom., 11. Februar. (B. Z. V.) Der Arbeiter Ventin, welcher im Oktober d. J. in einem Gehöft bei Daberow zwei Frauen und drei Kinder erschlagen hat, wurde heute vom Schwurgericht wegen fünffachen Mordes für jeden Hölz zum Tode wegen Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Giron.

Genf, 11. Februar. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Giron, welcher in Lausanne mit Leopold Bässler zusammentraf, kam heute nachmittag in Genf an, um von dem Ausgange des Dresdener Eheprozesses Kenntnis zu erhalten. Da er sie nicht erhalten konnte, reiste er abends über Lausanne wieder nach Brüssel ab. Giron war nicht im Sanatorium La Retraite und wird nicht dorthin gehen.

Reichstag.

256. Sitzung. Mittwoch, den 11. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Präsident Graf v. Helldorf teilt mit, daß der verstorbenen Staatsminister Dr. v. Desbret der Bibliothek des Reichstages eine Reihe wertvoller Bücher vermacht habe.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat des Reichsamtes des Innern fortgesetzt.

Abg. Hoch (Zoc):

Das Wort meines Freundes Bunn: zwischen Besitzenden und Besitzlosen giebt es nur Kampf, hat vielen Widerspruch gefunden. Wer auch heute noch an seinen Träumen von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht aufgewacht ist, wie besonders Herr Dr. Krüger, der ist allerdings dem ewigen Schlafe verfallen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Krüger führte als Beweis für seinen Standpunkt die Thatsache an, daß gerade Wurm nicht Arbeiter, also nicht Klassenangehöriger sei. In allen Zeiten hat es aber Leute gegeben, die einfanden, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen zugleich im Interesse des allgemeinen Fortschritts liege und die Charakter genug beläßen, sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, trotzdem sie nicht direkt zu ihnen gehörten. — Weiter hat Herr Krüger den Gewerkschaften gedroht, wenn sie Kampforganisationen seien, würde er ihnen nicht die Rechte gewähren können, die sie verlangen. Nun verlangen aber die Gewerkschaften für ihre Organisationen nur diejenigen Rechte, welche die Unternehmer für ihre Verbände, die auch Kampforganisationen sind, besitzen. Die Haltung des Herrn Krüger beweist also nur, wie wenig es den Herrn Krüger mit dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ ernst ist. Freilich, Herr Krüger übt ja hier nur dieselbe Taktik, wie in Kreuznach den angeblich socialdemokratischen Genossenschaften gegenüber. Die Gewerkschaften aber werden sich nicht lächerlich machen lassen von den freisinnigen Drohungen, sie werden ruhig ihre Ziele auf Besserung der Arbeitsbedingungen forsetzen. Graf Posadowsky suchte es als unwahr zu erweisen, daß immer größere Volksmengen in das Proletariat versinken. Er suchte vielmehr ein Steigen aus dem Arbeiterstand in den Mittelstand nachzuweisen. Der Mittelstand befindet sich allerdings in einer Umbildung. Was versteht aber Graf Posadowsky darunter? Die allgemeine Auffassung geht doch dahin, daß die Zugehörigkeit zum Mittelstand nicht von einer bestimmten Höhe des Einkommens, sondern von einer bestimmten Stellung im wirtschaftlichen Leben abhängig ist. Den Keimen selbständigen Handwerkers und Kaufmanns wird durch die kapitalistische Entwicklung die Grundlage unter den Füßen weggezogen, so daß der Mittelstand mit der Zeit vollständig aufhört zu existieren. Nicht die Socialdemokratie, wie Dr. Vertel meinte, sondern das Großkapital hat den Mittelstand auf den Aussterbe-Etat gebracht, wir haben nur früher als alle anderen auf diese mit Naturnotwendigkeit sich vollziehende Entwicklung in unserem Programm hingewiesen. Wir machen den Mittelstand nicht, wie die Mittelstandsdemokraten, bloßen Dumm vor. Charakteristisch für die Art, wie bei uns Socialpolitik getrieben wird, ist es, daß Staatssekretär Graf Posadowsky, trotzdem er hier genau derselben Ansicht ist wie wir, trotzdem durch allerhand kleine Mittel, wie den Befähigungsnachweis, Zwangsinnungen usw. den Mittelstand zu erhalten sucht. Diese Mittel haben den Hoffnungen der Handwerker und Kaufleute in keiner Weise entsprochen und nicht entsprechen können. Wie wenig der Befähigungsnachweis Mißstände verhindern kann, zeigt der eben jetzt in Berlin sich abspielende Kurpfuscher-Prozess. Trotzdem die Apotheker den Befähigungsnachweis und besondere Privilegien haben, entstehen so schlimme Mißstände! Vielfach scheint äußerlich noch ein Mittelstand zu bestehen, wo er in Wirklichkeit nicht mehr existiert. So schmeien viele kleine Baumeister noch selbständige Unternehmer zu sein; sie können sich aber nur halten durch Uebernahme von Teilarbeit bei großen Bauten. Der Herr Staatssekretär sagt, er erkenne vollständig die Bedeutung der Gewerkschaften an. Um so wunderbarer ist es, daß bei dieser so wichtigen Frage, die Arbeiterorganisationen überhaupt nicht gefragt sind. Der Herr Staatssekretär hat den Mittelstand auch auf die Genossenschaftsbildung verwiesen. Mir persönlich erscheint es sehr zweifelhaft, ob der kleine Mann durch Genossenschaften wird gerettet werden können, so sehr ich sonst den Wert der Genossenschaften anerkenne. Damit, daß sich ein neuer Mittelstand bildet, hat der Herr Staatssekretär in gewissem Sinne recht, aber auch alle diese Leute sind vom Großkapital abhängig, sie können jeden Tag auf die Straße geworfen werden wie andre Arbeiter auch, gehören also thatsächlich zum Proletariat. Auch sie werden allmählich einsehen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus durchaus in ihrem Interesse liegt.

Der Herr Staatssekretär glaubte eine Desserung der Einkommensverhältnisse aus der Einkommensteuer-Statistik nachweisen zu können. Wenn wir auf die Steigerung der Umsätze hinweisen, so behauptet man stets: es werden jetzt viel mehr Fälle zur Anzeige gebracht. Genau so liegt es hier: von Jahr zu Jahr werden immer weitere Kreise der Arbeiter zur Besteuerung herangezogen. Die Einkommensteuer-Statistik beweist also für die Behauptung des Grafen Posadowsky nichts. Wo ein Mehrverdienst der Arbeiter sich ergeben hat, rührt er nicht von einer Erhöhung des Arbeitslohnes, sondern von der Ueberarbeit her, die die Leute gemacht haben. Die Ueberarbeit aber geschieht auf Kosten der Gesundheit und der Erwerbsfähigkeit der Arbeiter. Trotz dieser Ueberarbeit ergibt sich nur ein ganz minimaler Mehrverdienst, der noch nicht einmal so hoch war wie die Steigerung der Lebensmittelpreise, was ich zum Beispiel für die Jahre 1891—1900 berechnet habe. Zu berücksichtigen ist auch, daß auf die gute alte schlechte Geschäftszeit folgt und daß der Mehrverdienst dann aufgezehrt wird durch die eintretende Einschränkung der Arbeit. Dabei ist von großer Bedeutung, daß in der jetzigen Zeit der Krise meist gelernter Arbeiter auf das Pfahler gestellt sind, während die Zahl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zugenommen hat. Das bestätigt auch die Statistik der Gewerkschaften. Eine in den letzten Tagen vorgenommene Fählung der Arbeitslosen in Frankfurt a. M. hat die Zahl von 8303 männlichen und weiblichen Arbeitslosen ergeben, von denen 1888, d. h. drei Fünftel gelernt, dagegen nur zwei Fünftel ungelernete Arbeiter waren.

Ein viel größerer Teil der Arbeiter arbeitet auch mit verminderter Arbeitszeit und demgemäß verringerten Löhnen. Dabei sind die Lebensmittelpreise gestiegen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter sind also direkt zurückgegangen infolge der Krise. Im Gegensatz zum Herrn Staatssekretär muß ich also behaupten, daß der Gegensatz zwischen Besitzlosen und Besitzenden nicht kleiner, sondern immer größer wird.

Herr v. Hehl meinte, um den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, bedürfe es der Socialdemokratie nicht, viele Unternehmer bewilligen die Forderungen der Arbeiter ganz von selbst. Wie steht es denn mit dem wichtigsten Recht der Arbeiter, dem Koalitionsrecht, in der Gegend des Herrn Hehl v. Hehl selbst? Als ich seiner Zeit auf Grund von Mitteilungen von Arbeitern des Herrn Freiherrn v. Hehl behauptete, seine Arbeiter dürften sich nicht organisieren, meinte Herr v. Hehl, seine Arbeiter hätten es so gut, daß sie gar nicht das Bedürfnis fühlten, sich zusammenzuschließen. Ich kann konstatieren, daß mir bei Gelegenheit einer Versammlung in Worms

Arbeiter des Herrn v. Hehl selbst erzählt haben, sie dürften sich nicht organisieren, und sie haben mich, wenigstens im ersten Jahre nicht davon zu sprechen, es könnte sonst durch Spiegel festgestellt werden, wer von ihnen in der Versammlung gewesen sei. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich kann mich auf die „Wormser Volkszeitung“, das dortige Lokalblatt, berufen (Zuruf des Abg. Hehl v. Hehl) — nein, es ist kein socialdemokratisches Blatt, ich behaupte, daß sie das nur wider besseres Wissen können, jedenfalls ist es eine objektive Unwahrheit — also die „Wormser Volkszeitung“ hat auf Grund ihrer lokalen Kenntnis erklärt, daß die Verhältnisse in Worms genau so liegen, wie ich sie dargelegt habe. Herr v. Hehl hat bis jetzt noch keine Gelegenheit genommen, sich dagegen zu wehren. (Abg. v. Hehl ruff: Schundblatt!) Nun, über den Begriff Schundblätter wollen wir uns nicht streiten.

Mehrere Redner haben behauptet, daß es der Socialdemokratie gar nicht bedürfe, um zu socialpolitischen Fortschritten zu gelangen, und sich dabei auf den kaiserlichen Erlass von 1881 und die Februar-Erlasse berufen. Im Erlass von 1881 ist aber ausdrücklich gesagt, daß er provoziert worden ist durch die Socialdemokratie. Es heißt darin, man müsse die bestehenden Mißstände beseitigen, nicht nur durch Depression der socialdemokratischen Tendenzen, sondern auch durch positive Mitarbeit an sozialen Reformen. (Zuruf rechts: Logik!) Sie haben noch eine ganz andre Logik entwickelt. Lehren Sie doch vor Ihrer eignen Thür. Selbst Redner vom Centrum haben zugeben müssen, daß die Forderungen der kaiserlichen Erlasse noch nicht einmal verwirklicht worden sind. Das Großkapital ist mächtiger und hat die Verstärkung dieser Erlasse zu Schwanden gemacht. In Wirklichkeit ist einzig und allein durch den Druck der Socialdemokratie für den Arbeiterschutz etwas erreicht worden. Zeigen Sie mir doch diejenige Bestimmung der Gewerbe-Ordnung, die nicht auf unsere Anregung hineingekommen ist. Herr Trimbom hat sich sehr zurückhaltend gezeigt gegenüber der einzigen Bestimmung, die gegen unsern Widerspruch auf die Initiative des Centrums in die Gewerbe-Ordnung gekommen ist, wonach durch Dröfstatut festgesetzt werden kann, daß der Arbeitslohn minderjähriger Kinder den Eltern ausbezahlt werden muß. Hier, wo Sie (zum Centrum) ein einziges Mal selbständige Arbeit geleistet haben, sind Sie vollständig gescheitert. Diese Bestimmung hat geradezu korrumpierend auf das Kindergemüt gewirkt. Sie hat zu Fälschungen der Zahl geführt und die Kinder angetrieben, sich der elterlichen Autorität zu entziehen. Dabei haben Sie (zum Centrum) ganz vergessen, eine Strafbestimmung für diejenigen Unternehmer einzusetzen, die sich der Befolgung dieser Vorschrift entziehen. Alle anderen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung sind zurückzuführen auf socialdemokratische Anregungen, obwohl sie teilweise durch Verschleierungsanträge der Mehrheit verbalhört sind.

Jetzt, kurz vor den Wahlen, kommen Sie (zum Centrum) nur mit einem Mal mit einer Reihe arbeiterfreundlicher Anträge. Ich habe zu meinem großen Bedauern gehört, daß die Debatte über das Reichsamt des Innern abgeklärt werden soll. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber ich würde es sehr bedauern, ich hätte gehofft, daß die Debatte noch einige Wochen weitergehen sollte und daß das Centrum tagtäglich noch mit ein paar solchen Anträgen käme, um zu zeigen, wach gutes Herz es hat. Ich traue aber Ihrer (zum Centrum) Arbeiterfreundlichkeit nicht im geringsten, ich sehe darin nichts als Wahnmänder! Wenn Sie so viele arbeiterfreundliche Wünsche auf dem Herzen haben, weshalb kommen Sie damit erst so kurz vor den Wahlen zum Vorschein? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Trimbom wird mir antworten, ähnliche Anträge seien auch schon früher von seiner Partei gestellt worden. Ja, Herr Trimbom, wir stehen auch nicht zum erstenmal vor den Wahlen! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es ist die Furcht vor den Wahlen, die Sie (zum Centrum) zu solchen Scheinmändern treibt! Sie sagen, Sie seien leider nicht die ausschlaggebende Partei, sonst hätten Sie noch mehr erreicht. Aber als der Drotwucher auf dem Spiele stand, da haben Sie bewiesen, daß Sie doch die ausschlaggebende Partei sind, da haben Sie den Zolltarif wider Recht und Gerechtigkeit hier durchgedrückt und die Minderheit vergewaltigt. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Nur wenn es sich um den Arbeiterschutz handelt, da werden Sie auf einmal ganz unfähig, etwas durchzusetzen! Herr Trimbom hat trotzdem die Socialpolitik des Centrums überhöchlich verherlicht. Durch seine ganze Rede ging die Ansicht: „Wie haben wir es doch so herrlich weit gebracht!“

Es wird so viel Wesens gemacht von den Verbesserungen der Arbeiterversicherungs-Gesetze. All diese Verbesserungen haben wir aber von vornherein vorgeschlagen, und weil sie abgelehnt wurden, haben wir gegen die Gesetze gestimmt. Warum ist denn die Verbesserung der Invalidenversicherung gekommen? Weil die ostpreussischen Versicherungsanstalten infolge ihrer verfehlten Organisation vor dem Bankrott standen. Ein Beweis, wie die Arbeiter jahrzehntelang arbeiten müssen, um nur die geringste Verbesserung zu erringen, beweisen die Verhältnisse im Bauarbeiter-Schutz, die ich von hier Jahr für Jahr beleuchtet habe. Die Parteien haben jahrelang dazu geschwiegen, bis zum vorigen Jahre, wo endlich das Centrum, gedrängt von unserer ständigen Bearbeitung, den Mund aufgethan hat. Die Baukontrolle ist noch heute vollständig ungenügend. Der Herr Staatssekretär hat die Bauarbeiter seiner Zeit auf die Berufs-genossenschaften vertraut. Bei der Reform der Unfallversicherungs-Gesetze hat er dahin gewirkt, daß gewisse Verschärfungen der Bestimmungen, die sich auf die Ueberwachung der Betriebe beziehen, in das Gesetz kamen. Vor zwei Jahren sagte er, das Reichsamt des Innern habe Fählung genommen mit den Unternehmerkreisen, und es sei zu erwarten, daß auf dem Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes etwas mehr geschehen werde als bisher. Kollege Pauli fürchtete ja damals im Gegenzug zu ihm, es sei schon viel zu viel Kontrolle auf den Bauten vorhanden. Leider ist von diesen viel gerühmten Verbesserungen sehr wenig zu merken. Die Zahl der Bauinspektoren hat sich nur sehr wenig vermehrt. Auf die einzelnen Beamten kommen noch immer viele hundert Betriebe. In der Hessen-Rassauischen Bau-gewerkschaft hat ein Arbeiter 14345 Betriebe zu kontrollieren. Selbstverständlich kann er nur einen ganz verschwindend kleinen Teil derselben anschauen. Alle Unfall-verhütungs-Vorschriften sind vollständig wertlos, wenn nicht die genügende Kontrolle vorhanden ist. Eine Steigerung der Umsätze ist auch jetzt wieder zu verzeichnen, trotzdem wir uns nicht mehr in der Zeit der aufsteigenden Konjunktur befinden, sondern in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Der Herr Staatssekretär ist verpflichtet, die Versuche, die auf dem Gebiete der Baukontrolle gemacht werden, mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. In München hat man mit der Dezanzeigung von Arbeiterkontrollen die besten Erfahrungen gemacht. Bei dieser Gelegenheit mache ich den Herrn Staatssekretär darauf aufmerksam, daß in einigen Wochen hier in Berlin der zweite Kongreß der Bauarbeiter stattfinden wird, auf dem Bauarbeiter aus allen Teilen des Landes durch freigeählte Vertreter ihre Wünsche und Forderungen aussprechen lassen werden. Auf dem Kongreß vor 5 Jahren war das Reichsamt des Innern nicht vertreten. Ich erwarte, daß nach dem Vorgange des Gewerkschafts-kongresses nun die Regierung auch zu diesem Kongreß Vertreter entsenden wird. Ich lege Wert darauf, daß die Regierung erklärt, daß das, was wir vortragen, nur der Widerhall dessen ist, was die Arbeiter selbst verlangen.

Herr Trimbom hat mit besonderer Genugthuung auf die Witwen- und Waisenversorgung hingewiesen. Der Staatssekretär hat uns aber gesagt, daß nur die Hälfte der hierfür erforderlichen Summen beschafft werden kann; mehr aufzubringen erlauben die Ausgaben für Heer und Marine nicht. Mit der angeblichen „festen Grundlage“ dieser Versicherung ist es also sehr schlecht bestellt. Diese „Versicherung“ ist geradezu eine Verhöhnung der Witwen- und Waisenversorgung, eine Verfertigung für die Schwindlust und den frühzeitigen Tod! Außerdem soll ja nicht jede Witwe Unterstützung erhalten, sondern nur die erwerbsunfähige. Herr Trimbom hat auch in seinem Eifer vergessen, was er selbst in der Kommission gesagt hat: „Durch eine solche Versorgung würde der Wirkung der durch den Zolltarif herbeigeführten Preissteigerungen eine gewisse Schärfe genommen.“ Das Centrum wollte eben mit dieser Versicherung der Erbitterung der katholischen Arbeiter entgegenarbeiten, und deshalb kommt es jetzt auch mit diesen socialpolitischen Anträgen.

Den Vorschlag der Abg. v. Hehl und Trimbom, daß jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen keine Arbeit nach Hause mitgegeben werden dürfe, haben wir früher gemacht, aber damals setzte das Centrum ihm Widerstand entgegen. Am charakteristischsten ist die Haltung des Centrums zur Frauenarbeit. Am 22. Januar 1898, also in derselben Situation vor der Wahl wie jetzt, als dem Centrum wieder einmal das Feuer aus den Fingern brannte, hat das Centrum eine Enquete über die Arbeitszeit der verheirateten Frauen (nicht aller Frauen) beantragt. Ich habe schon den Argwohn gehabt, daß man hier wieder versuchen werde, Quertreibern zu machen und die Sache auf die lange Bank zu schieben. Diese Bedenken habe ich am 14. Januar 1901 hier vorgebracht. Im folgenden Jahre, am 8. Januar 1902, als Dr. Südekum wieder ähnliche Verfürchtungen äußerte, ist das Centrum wieder einmal den Arbeitern in den Rücken gefallen, indem sein Redner äußerte, die Zeit der Krise erlaube keine materiellen Zugeständnisse an die Arbeiterinnen. Warum begnügen Sie sich mit einer Resolution, bringen Sie doch Initiativ-anträge ein, wir sind sofort damit einverstanden, daß diese Anträge noch vor den Wahlen Gesetz werden. Jedenfalls erwarte ich mit Bestimmtheit, daß die Krankenlassen-Rovelle, die einen großen Fortschritt bedeuten würde, noch vor den Wahlen erledigt wird. Was die Herabsetzung der Arbeitszeit anlangt, so ist ja die Hauptsache die Einführung eines allgemeinen Maximalarbeitstages. So lange aber dieser nicht eingeführt ist, muß die Arbeitszeit wenigstens in den Betrieben, die besonders gesundheitsgefährlich sind, verkürzt werden. In dieser Beziehung möchte ich den Herrn Staatssekretär auf die Verhältnisse der Gold- und Silberarbeiter aufmerksam machen. Es ist festzustellen, daß unter diesen Arbeitern sich eine auffallend große Zahl von Lungenkranke findet. Die Krankenliste und der Fachverein der Gold- und Silberarbeiter in Danau haben sich verständigend an den Gewerbe-Inspektor in Fulda gemandt, er möge sie bei Ausarbeitung einer Statistik über die Gesundheitsverhältnisse der Gold- und Silberarbeiter unterstützen. Sie wurden abschlägig beschieden und in dem Bericht des Gewerbe-Inspektors findet sich von diesen Vorgängen kein Wort. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Hier zeigt sich, ein wie wenig zuverlässiges Bild die Gewerbe-Inspektions-Berichte thatsächlich liefern. Der Herr Staatssekretär sagte gegenüber meinem Freunde Bunn, wenn die Besitzenden sich gleichgültig gegen die Besitzlosen verhielten und nur ihre Interessen vertreten, dann würde unsere Gesellschaft in zwei Klassen geteilt sein. Ist es denn nicht in der That so? Beim Schlußwucher sind die Mitglieder der herrschenden Klassen ganz schonungslos vorgegangen, sie haben gegen Gesetz und Ordnung gehandelt, nur um ihren Profit zu vergrößern...

Vizepräsident Böhm: Ich darf wohl annehmen, daß Sie nur von Mitgliedern außerhalb dieses Hauses sprechen.

Abg. Hoch: Nein, von Mitgliedern dieses Hauses!

Vizepräsident Böhm: Dann rufe ich Sie wegen Ihrer Ausdrucksweise zur Ordnung.

Abg. Hoch (fortfahrend):

Der Zustand, wie ihn der Herr Staatssekretär als nicht vorhanden annahm, besteht in der That. Das muß Erbitterung erregen. Wir werden uns bemühen, mit allen Kräften die Arbeiter aufzuklären, und ich hoffe, daß Sie bei den nächsten Wahlen die Früchte dieser Aufklärung sehen werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Raab hat gestern die Frage der Schiffs-ladelinie angeregt. Ich kann ihm die Mitteilung machen und thue das gern, um zu zeigen, daß die See-Versicherungsgenossenschaft fortgesetzt bemüht ist, die Verhältnisse der Saisier zu verbessern, daß die See-Versicherungsgenossenschaft eine Verordnung betreffend die Schiffs-ladelinie ausgearbeitet hat. Sie liegt dem Reichs-Versicherungsamt vor und wird auf der nächsten General-Versammlung der See-Versicherungsgenossenschaft im Mai dieses Jahres Gegenstand der Beschlußfassung sein. Ich hoffe, daß diese Frage dann eine gründliche und befriedigende Lösung finden wird.

Abg. Jäger hat gestern den Wunsch ausgesprochen, daß dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt eine Denkschrift vorgelegt werden möchte darüber, was in allen Einzelheiten zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse geschehen ist. Demgleich das vom Abg. Dr. Jäger über die Wohnungsverhältnisse geführte Buch außerordentlich gründlich ist und fast das gesamte Material in sich vereinigt, so bin ich doch gern bereit, dem Hause bei seinem nächsten Zusammentritt eine derartige Denkschrift vorzulegen. (Beifall.) Ich habe mich gefreut, daß auch Dr. Jäger anerkannt hat, daß der beste Weg, um billige Wohnungen für die unbemittelte Bevölkerung zu schaffen, in dem Ausbau des Erbbaurechtes liegt. Die Kommunen werden auch thun, sich in der Nähe der Städte Grund und Boden zu sichern, so lange die Preise noch zu erschwingen sind, um dort auf dem Wege der Genossenschaftsbildung für die ärmeren Bevölkerungsschichten Wohnungen zu errichten. Auf andre Weise ist es geradezu unmöglich, den Arbeitern noch billige Wohnstätten in der Nähe ihrer Arbeitsstätten zu schaffen.

Daß eine große Anzahl von Personen aus dem Arbeiterstand in die Klassen übertritt, deren Einkommen dem des Mittelstandes entspricht, beweist die Statistik, z. B. die der Bergbauverwaltung für Oberschlesien. Dort betrug das Durchschnitts-Einkommen eines Bergarbeiters 1880 160 M., im Jahre 1899 201 M. Die socialdemokratischen Redner haben wieder die Fortschritte der Socialpolitik im letzten Jahre als ganz ungenügend hingestellt. Ich rühme mich nicht gern dieser Fortschritte, aber die Gesammmlung erweist doch, daß in Wirklichkeit viel mehr geschehen ist. Man hat sich auch beklagt darüber, daß die Ausarbeitung der Krankenversicherung-Rovelle sehr viel Zeit erfordere. Ich bin sehr froh, daß es so weit gekommen ist, daß dieses Gesetz dem Bundesrat vorliegt. Die Fassungen darüber waren sehr verfaßten. Die Kunst des Gesetzgebers besteht darin, sich die Zustimmung aller gesetzgebenden Faktoren zu sichern. Ich betrachte es als einen nicht leichten Erfolg, daß dies Gesetz vorausichtlich in allernächster Zeit von den verbündeten Regierungen erledigt werden wird.

Was die Verkürzung der weiblichen Arbeitszeit anlangt, so habe ich früher offen ausgesprochen, alle Gesichtspunkte, die für die Beschäftigung verheirateter Frauen gelten, auch für die Mädchen gelten. Deswegen waren keine neuen Erhebungen nötig, sondern beswegen, weil die Frage der Verkürzung der weiblichen Arbeitszeit außerordentlich tief einschneidet in unsere Industrie, weil sie zum

Zell zusammenhängt mit der männlichen Arbeitszeit und weil man, ehe man hier etwas dekretiert, selbstverständlich sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber hören muß. Die Verträge der Gewerbe-Zuspektoren werden vom Reichsamt des Innern so abgedruckt, wie sie uns von einzelnen Regierungen geliefert werden. Wir ist auch keine Regierung bekannt, die die Zuspektoren beeinflusst hätte.

Ich stehe auch heute noch auf dem früher von mir dargelegten Standpunkt, daß seitens der Reichsverwaltung keine Beamten in solche Arbeiterversammlungen als Zuhörer geschickt werden, in denen durch die äußerliche Dekoration des Raumes ihr monarchisches Gefühl verletzt werden kann. Sie können nicht verlangen, daß kaiserliche oder königliche oder städtische Beamte Kongressen betreten, bei denen die äußeren Zeichen eine andere Staatsform verkörpern. Das wird auch in Zukunft nie geschehen. Beim Stuttgarter Gewerkschaftskongress waren die Dekorationen nicht geeignet, das monarchische Gefühl der Abgeordneten in irgend einer Weise zu verletzen. Dafür waren der württembergischen Regierung besondere Garantien gegeben worden.

Abg. Hoch hat sich auch über den Bauarbeiter-Schutz ausgesprochen und die zu geringe Anzahl der Kontrollen getadelt. Die Zahl dieser Beamten ist aber fortgesetzt gestiegen. Ob die technischen Aufsichtsbeamten auch als Rechnungsrevisoren benützt werden, ist mir nicht bekannt. Ich könnte aber auch kein großes Unglück darin sehen. Die Vorstände mehrerer Sektionen der Bau-Vereinigungen haben sich bisher geweigert, trotz der Vorstellungen des Reichs-Versicherungsamts durch berufsmäßige Beamte die Baukontrolle zu übernehmen. Das Reichs-Versicherungsamt hält allerdings die jetzige Zahl der Baukontrolleure für zu gering und drängt bei den Bau-Vereinigungen auf eine Vermehrung. Ein Zwangsrecht aber hat das Reichs-Versicherungsamt nicht. Im übrigen wie ich fortgesetzt auf eine strengere Kontrolle seitens der Polizeibehörden. Die bayerische Regierung hat sich dahin geäußert, daß die neu-eingerichtete Baukontrolle im allgemeinen zufriedenstellend wirkt. Weiter hat sich Abg. Hoch über die Arbeitszeit in der Hanauer Bijouterie-Industrie geäußert. Im dortigen Gewerbe-Aufsichts-Bericht ist aber zu lesen, daß ein Antrag der Juwelier-Organisation auf Zulassung von Ausnahmetagen mit verlängerter Arbeitszeit und Sonntagsarbeit abgelehnt ist. Die Behörde hat sich also gegen Überarbeit entschieden. Im Jahre 1898 ist allerdings Überarbeit und verlängerte Sonntagsarbeit gewährt worden, das wird aber wahrscheinlich nicht wieder geschehen. Die Lage dieser Industrie ist übrigens sehr schwierig. Außerhalb der Saison können die Arbeiter kaum beschäftigt werden. Ich werde die einschlägigen Verhältnisse noch näher untersuchen.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Wohin kämen wir, wenn alle zu diesem Etat gemeldeten Redner so lange sprechen wollten wie Herr Hoch. Wir halten aus ehrlischer Ueberzeugung nach wie vor fest an der gesunden Fortentwicklung unserer Sozialpolitik und lassen uns auch nicht im geringsten durch die verlegenden Worte der äußersten Linken irremachen. Wenn hier christliche Anträge gestellt werden, wie die von den Herren Hehl und Trimborn, so verlangen jene Herren gleich das Doppelte und Schreiben von Furcht und Wahmanöver. Gätten wir den nächsten Montag, so würde die Sozialdemokratie den sechs-stündigen Tag fordern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich kann mich nicht für einen allgemeinen gesetzlichen Maximal-arbeitszeit ausprechen, außer dort, wo es aus besonderen hygienischen Rücksichten geboten ist. Auch gegen die Festlegung eines Normal-arbeitszeit für Frauen, wie er im Antrage Hehl-Trimborn vor-gelassen ist, habe ich Bedenken, weil eine solche Normalarbeitszeit auch auf die Männer einen gewissen Zwang ausüben würde. Man soll die Selbständigkeit der Frauen nicht so sehr beschränken. Es ist tief be-schämend, daß hier im Reichstag Männern wie Trimborn und Hehl vorgehalten werden kann, sie wollten das Volk betrügen und ir-rühren mit ihren Anträgen. Dagegen protestieren wir entsetzt. (Leb! Zustimmung b. d. Natl.) Wir haben alles, was wir gethan haben, aus unserm warmen Herzen heraus für die Arbeiter getan. Für die Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma Krupp hatte Herr Wurm nur Hohn und Spott. Die Pensionskasse ist nicht für alle 44 000 Arbeiter, sondern für die 24 000 Arbeiter der Gußstahlfabrik eingerichtet. Wichtig ist, daß die Arbeiter 2 1/2 Prozent ihres Lohnes als Beitrag zahlen, die Firma zahlt für jeden Arbeiter ebenfalls 2 1/2 Prozent seines Lohnes an die Kasse und trägt die Verwaltungskosten. Wichtig ist auch, daß die Beiträge, welche die Arbeiter vor dem achtzehnten Lebensjahre gezahlt haben, ihnen nicht angerechnet werden, dafür werden ihnen aber für diesen Fall besondere Pensionszuläufe ge-währt. (Hört! hört! rechts.) Ebenso ist es richtig, daß Krankheits-zeit über 13 Wochen nicht angerechnet wird. Dafür wird aber die Krankheitszeit bis zu 13 Wochen voll mitgerechnet und die ganze Militär-Dienstzeit wird mit angerechnet. (Hört! hört! rechts.) Herr Wurm stellte es als etwas Unerhörtes dar, daß die Pension erst nach 20 Jahren gezahlt wird. Ja, sollen denn die Arbeiter gleich von vornherein Pension bekommen? (Abg. Singer: Das verlangt niemand!) Keine Pensionskasse kann ohne Karenzzeit auskommen. Viele Arbeiter erhalten auch die Pension schon nach 15 Jahren. Ich habe hier eine Aufstellung über den Verwaltungsbericht vom Jahre 1899. Danach schweben die Pensionen von 1500 M. bis auf 304 M. Unter den Witwenpensionen gibt es solche von 700 M. und nur vier Witwen-pensionen unter 200 M. Eine ganz junge Witwe erhält 100 M. und sie wird sich wahrscheinlich wieder verheiraten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ja, Sie werden doch zugeben, daß man da nicht von Hungerlöhnen sprechen kann. 700 Mark für eine einfache Arbeiterwitwe! Wo haben Sie Einrichtungen, daß Bauern und Handwerker sich eine solche auskömmliche Existenz schaffen können für ihre Witwen und Waisen? Es heißt, daß der Zwang zum Eintritt besteht. In gewisser Beziehung besteht dieser Zwang für jeden Staatsbeamten auch. Dann sagt man, der Arbeiter kann entlassen werden. Es sollen 7700 Arbeiter entlassen worden sein. Im Jahre 1899, von dem Herr Wurm sprach, sind 1100 Arbeiter entlassen, davon 750, die nur ein Jahr da waren, weil sie sich als unbrauchbar erwiesen, 200 Arbeiter, die drei Jahre da waren. Später wurden nur ganz wenige Arbeiter entlassen, die sich irgend etwas haben zu Schulden kommen lassen, die widerständig waren oder gestohlen haben. Von 7700 Arbeitern, die Herr Wurm nannte, sind 6188 schon im ersten Jahre freiwillig ausgeschieden. Das ist die stützende Bevölkerung. Einzelne sind auch nach 19 Jahren entlassen. Geht, auch das kommt vor. Da hat einer eine Gastwirtschaft übernommen, oder eine Erbschaft gemacht. Es kommen doch Fälle vor, daß jemand nicht mehr Arbeiter bleiben will.

Die Firma Krupp zahlt aus einem besonderen Alters-versorgungs-Fonds jährlich 90 700 M. an diejenigen Arbeiter, die vor der Zeit unfreiwillig ausscheiden müssen, ohne Pensions-berichtigung zu haben. (Hört! hört! rechts.) Als 1895 der Beitrag verdoppelt wurde, hat die gesamte Arbeiterschaft zugestimmt. Die Pensionskasse wird verwaltet von vier Vertretern der Firma und vier von den Arbeitern gewählten Vertretern, also ganz nach dem Wunsche der Sozialdemokraten. Nun wird gesagt, die Firma verzinst das Kapital der Pensionskasse mit 4 Proz. und läßt sich von den Arbeitern 5 Proz. Wanzinsen zahlen. Das ist eine ganz falsche Darstellung. Die 5 Proz. werden nicht aus Arbeiterwohnungen bezogen, sondern die Firma Krupp hat von ihrem wertvollen Terrain einzelne Parzellen genommen, um auch den höheren Beamten Gelegenheit zu bieten, sich dort ihre Villen zu bauen, und da hat sie gesagt: „Wir wollen das Terrain nicht verkaufen, sondern wir geben es Dir zum Normalpreis von 1000 M. und diese werden mit 5 Proz. verzinst. Der Grund und Boden ist 20—25 000 M. wert (Hört! hört! rechts) und daraus wird die Behauptung gemacht, daß die Firma Krupp sich an der Pensionskasse noch bereichert. Das charakterisiert ganz die Art und Weise, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) solche Wohlfahrts-Einrichtungen behandeln. Die Firma Krupp hat in den Jahren 1891—1900 außer den gesetzlichen Leistungen für

die Arbeiterversicherung mit 5 100 000 M. noch freiwillig dazu gezahlt 22 1/2 Millionen. (Hört! hört! rechts.) Ist das Ausplünderung der Arbeiter? Dafür sollte man doch Anerkennung haben und nicht Worte des Hohns und des Tadelns. (Auf rechts: Wo ist Herr Wurm?) Ah, Herr Wurm hat schließlich nichts weiter gethan, als die gehässigen Artikel des „Vorwärts“ hier wiederzugeben. Ich trifft schließlich nicht die Schuld. Was schwarz auf weiß gedruckt steht, gilt ja für viele als Wahrheit. Weiter habe ich hier die Zusammenstellung, in der die Preise der Lebensmittel der Kruppischen Konsumanstalten verglichen sind mit den Preisen. Daraus geht hervor, daß der Preis für Schwarzbrot seit 1871 von 18 Pf. pro M. im Laufe der Jahre auf 12 Pf. ge-sunken ist. Ist das Brotverderbung? Für Weizenmehl ist der Preis von 38 Pf. auf 24 Pf. gesunken, trotz der Wucherzölle! Der „Vorwärts“ freilich sagt, das sei keine Wohlthätigkeitsanstalt; die Firma Krupp lasse sich die Ware ganz genau bezahlen. Die Löhne sind in dieser Zeit von 3 M. zunächst gestiegen auf 3,90 M. zur Zeit der Hochkonjunktur 1875, dann zur Zeit der Aufhebung der Eisenzölle um 3 M. herabgegangen und dann fortwährend ge-stiegen bis auf 4,80 M. Durchschnittslohn, jugendliche Arbeiter mit-gerechnet.

Also von 900 M. sind die Durchschnittslöhne auf 1440 M. ge-stiegen. (Abg. Dr. Baasche zeigt den betreffenden Bericht der Firma dem Hause, der Abg. Camp nimmt ihn ihm ab und überbringt ihn unter großer Heiterkeit des Hauses dem Abg. Singer.) — Die ganze Rede der Herren Wurm und Hoch war eine Kriegserklärung in optima forma. Ich bedauere eine solche Erklärung aus dem Munde derjenigen, für die die ganze sozialpolitische Gesetzgebung arbeitet. Ist das der Dank und die Anerkennung dafür, daß hier alle Parteien sich ehrlich bemühen, am Arbeiterschutz fortzuarbeiten. Kein Frieden, sondern Kampf, das ist das Resultat. Herr Crüger meinte, Herr Wurm habe nur übertrieben. Ich aber sage, daß ich Ihr wahres Gesicht, Sie wollen keinen Frieden, Sie wollen den Kampf, weil Sie von dem Kampfe leben. (Unruhe und Jurse bei den Sozialdemokraten.) Herr Stöder hatte Recht: Haß und Unzufriedenheit säen, das ist Ihr Zweck. Wir aber nehmen den Kampf auf. Wir glauben, daß es möglich sein wird, den sozialen Frieden durch eine vernünftige Sozialreform her-zustellen, darin werden wir uns nicht یرre machen lassen. Den andern Parteien aber möchte ich sagen: wenn Ihnen der Kampf geboten wird, dann stehen auch Sie zusammen im gemeinsamen Kampfe. (Lebhafte Freifall bei den Nationalliberalen und rechts. Große Un-ruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Singer ruft: Ihr Mandat ist wohl nicht ganz sicher?)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Wir haben uns an dem sozialpolitischen Wettlauf nicht beteiligt. Ich halte es für eine bedenkliche geschäfts-ordnungsmäßige Aenderung, daß Initiativanträge, die im Laufe der Zeit nicht erledigt worden sind, hier beim Etat als Resolutionen eingebracht und so ihre Beratung ermöglicht wird. — Mit der Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen sind wir einverstanden. Eine schablonen-hafte Maximalarbeitszeit scheint uns aber nicht angebracht. Dem Antrag auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stimmen wir zu. Eine falsche Darstellung ist es, wenn meinen Freunde Crüger vorge-worfen wird, er habe den Gewerkschaften nicht die rechtliche An-erkennung gewähren wollen. Herr Crüger hat vielmehr nur darauf hingewiesen, daß, wenn die Gewerkschaften ihren Charakter als Kampforganisationen betonen würden, sie die Erlangung der Rechtsfähigkeit dadurch sehr erschweren würden. Der neue Antrag des Centrums ist wohl lediglich aus agitatorischen Gründen, veranlaßt durch den social-demokratischen Antrag, gestellt worden. Was die bisherige Debatte anlangt, so glaube ich nicht, daß der agitatorische Ton, der aus den Reden des Herrn Wurm und heute aus der Rede des Herrn Hoch besonders stark hervorklang, den Massen, welche jene Herren vertreten wollen, besonders zu Gute kommen wird. Redner tritt des weiteren für Abschaffung der Lohnzahlungsbücher ein. Was die Gastwirtschaften-Verordnung betrifft, so scheint mir die neu-fällige Aufhebung für jugendliche Weibchen zu kurz. Die Auslegung der Verordnung durch das Breslauer Ober-Landesgericht scheint auch mir ganz verfehlt. Daraus, daß sich auch ein Berliner Gericht auf denselben Standpunkt gestellt hat, geht wohl hervor, daß die Verordnung nicht unmiß-verständlich gefaßt ist.

Die ganze Kellerverordnung bedarf dringend einer Revision. Im Hinblick auf das Breslauer Urteil, das in den letzten Tagen Ausschrei erregt hat, muß ich sagen, daß ein gewisser antisocialer Zug durch unsere Rechtsprechung geht. Ich erinnere Sie an die Erpressungsprozesse bei Arbeits-einstellungen, sowie an die grobe Anjug-Judikatur. So wurde eine Zeitungs-Ankündigung, über einen Bau sei die Sperre verhängt, weil der Unternehmer einen gewissen Stundenlohn nicht habe zahlen wollen, nach dem Groben-Anzugs-Paragraphen bestraft. In Harburg wurde eine Frau, die beim dortigen Gummi-Arbeiterstreik Wachtposten gestanden haben sollte, wegen Ueber-tretung strafpolizeilicher Vorschriften mit 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Haft bestraft; in dem Urteil wurde besonders angeführt, daß die Körperkonstitution der Frau — sie war sehr corpulent — ein besonders schwerwiegendes Verschuldungsmerkmal gebildet habe. (Große Heiterkeit.) In Merseburg wurde in dem Urteil bei einem Prozeß wegen Ausziehens aus einer mit Wanzeng behafteten Wohnung ausgesprochen, daß nicht derselbe Maßstab angelegt werden könne in Bezug auf die Freiheit von Ungezieferei bei Arbeiter-wohnungen und bei Wohnungen der bessergestellten Klassen. (Hört! hört! links.)

Im Vereins- und Versammlungsrecht scheint die Segments-Theorie des Freiherrn v. Hammerstein wieder ausgegeben zu sein. Souff hätten wohl die Agrarier ihre Frauen in den Circus Wusch mitgebracht. Auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts herrscht ein solcher Wirrwarr, daß endlich der Reichsanzler mit den not-wendigen Maßnahmen vorgehen sollte. Die Praxis des immer reaktionärer werdenden Ober-Ver-waltungsgerichts und des Kammergerichts schiebt sich diametral entgegen, sondern den Ausschluß der Frauen von allen als „politisch“ angesehenen Vereinen läßt sich nicht länger aufrecht erhalten. Das bringt mich auf die Frauenbildungs-Frage. Gegen-über einem Gesuch um Errichtung einer Oberrealschule für Mädchen erklärte kürzlich der Oberbürgermeister von Dresden, die Verbindung von Herzogenbildung und Geistesbildung erzeuge nur Ueberweiber. (Hört! hört! links.) Besonders unhaltbar ist der Standpunkt der deutschen Universitäten. Den Stefan-Bosadonosty halte ich für einen warmen Freund des Frauen-studiums. Aber er sollte seinen Anschauungen in der Praxis mehr Nachdruck verschaffen. Wo bleibt vor allem der moderne Herr Reichsanzler, der die Führer der Frauenbewegung so liebenswürdig empfangen hat?

Ein Duzend sozialpolitischer Gesetze kann den Schaden nicht gut machen, der durch die Entlassung von Arbeitern wegen Richtteilnahme an dem Krupp-Adressen-Ent-rüstungsrummel gestiftet worden ist. Mögen der Herr Staats-sekretär und der Herr Reichsanzler dafür sorgen, daß der Arbeit-geber die Arbeiter nicht zu politischem Heucheln nötigt. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der Sozialreform. (Bravo! links.)

Abg. v. Waldow und Reichenstein (L.) verteidigt als landwirt-schaftlicher Betriebsunternehmer und langjähriger Vertrauensmann einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf Grund seiner Er-sahrungen die Unfallversicherungs-Vorlage in der Landwirtschaft gegen die Kritik des Abg. Wurm. Diejenigen Gelegenheiten, bei denen in der Landwirtschaft Unfälle vorkommen, sind seit langer Zeit durch Polizeiverordnungen geregelt. Die zahlen-mäßige Steigerung der Unfälle rührt in erster Linie von dem An-zeigerrecht und der Anzeigepflicht her. Auch die Landflucht vermehrt die Unfälle. Jedenfalls thut die Landwirtschaft alles, um die Zahl der Unfälle zu vermindern. Die Ausführungen des Abg. Wurm er-klären sich nur aus seinem Wunsche, die Klüft zwischen Besitzenden und Besitzlosen zu vergrößern. (Bravo! rechts.)

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Der überraschende Antrag des Centrums auf einen regelmäßigen Maximal-Arbeitszeit von 10 Stunden widerspricht der früheren Haltung des Centrums und kommt in einem Augenblicke, wo seine gründliche Beratung unmöglich ist. Wenn die Antragsteller ihren Antrag begründet haben, werden wir uns Bedenken gegen den tief ein-schneidenden Antrag geltend machen. — Aus dem Vortrage des Abg. Baasche ging hervor, wie großartig die Kruppischen Wohlfahrts-einrichtungen sind. Bedenklich ist nur, daß der Arbeiter beim Aus-scheiden aus der Firma seine Beiträge nicht zurückerhält. Dadurch wird die Lage des Arbeiters äußerst abhängig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will der Firma daraus keinen Vor-wurf machen. Diese Einrichtung entspricht früheren Gewohnheiten, ich rate aber der Firma Krupp, die Einrichtung des Zwangs bald zu beseitigen. Redner wendet sich der Arbeiterwohnungs-Frage zu und empfiehlt den Antrag des Abg. Jäger. Nicht allzuviel haben bisher das Reich und Preußen für die Wohnungsfrage gethan. Es ist zu begrüßen, daß das Reich auch die Thätigkeit der Bau-genossenschaften jetzt zu fördern beginnt. Auch die Kommunen Preußens thun nicht viel; Berlin und Charlottenburg bleiben ganz zurück. Es fehlt überall an dem richtigen Interesse. Von dem Erb-baurecht, daß der Herr Staatssekretär empfohlen hat, darf man sich nicht viel versprechen. Worauf es ankommt, das ist, die Dinge praktisch anzufassen, und da fehlt es überall. Der Bau von billigen Arbeiterwohnungen ist gar nicht so schwierig, wenn sich die Wohlhabenden entschließen wollten, den Baugenossenschaften m. b. H. Hypotheken zu gewähren.

Präsident Graf Ballesfirem:

Trotz der großen Rednerliste glaube ich doch, daß es im Interesse des Reichstages liegt, wie das Haus jetzt da steht (es sind etwa 30 Abgeordnete anwesend), sich zu vertragen.

Ein Widerspruch wird nicht laut.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der Be-ratung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Gemeindeväher. Je ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter wurde gewählt in Eithra in Sachsen und in Emmerstedt in Braunschweig.

Aus der Frauenbewegung.

Ausweis für Künstlerinnen zum Besuch der italienischen Kunst-hallen. Unter den Personen, welche freien Zutritt zu den italieni-schen Kunsthallen erbitten, befinden sich viele Künstlerinnen. Die-selben haben ebenso wie die Künstler zur Erlangung unentgeltlichen Zutritts durch Vorlegung der von italienischer Seite verlangten akademischen Urkunden den Nachweis ihrer Künstlerfähigkeit zu führen. Um sie hierzu in den Stand zu setzen, bestimmt der Kultusminister, daß Damen, welche Künstlerinnen sind, das Attest hierüber nach denselben Grundfögen auszustellen ist, welche hinsichtlich der Künstler bereits früher festgesetzt worden sind.

Briefkasten der Redaktion.

N. 23. 50. Die Invalidenversicherungs-Anstalten können Hypotheken zu niedrigem Zinsfuß auf Arbeiter-Wohnhäuser geben. Auch die Berliner Anstalt thut das. Die Bedingungen kennen wir nicht im einzelnen. Senden Sie sich mit einem entsprechenden Gesuch an den Vorstand der Versicherungs-Anstalt, Klosterstr. 41.

Hilf. Wir. — Raunynstraße. Adressieren Sie einen ein-geschriebenen Brief an die Direktion der betreffenden Firma und fragen Sie direkt an. — Königsbergerstraße. Die Wechsel-Brücke.

Witterungsübersicht vom 11. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Windgeschw. in C
Swinemünde	764	W	6	Regen	Caparanda	721	SW	2	Heiter	—	—
Damburg	769	W	5	Regen	Belersburg	735	SW	4	Schnee	0	—
Berlin	768	W	4	Regen	Cork	775	SW	1	bedeckt	10	—
Kranz/W.	775	SW	4	Wolken	Abbeben	—	—	—	—	—	—
München	779	SW	5	halb. b.	Paris	779	SW	1	bedeckt	7	—
Wien	776	SW	—	Webel	—	—	—	—	—	—	—

Wetter-Vorhersage für Donnerstag, den 12. Februar 1903.

Etwas kühler, zunächst meist trübe mit Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden; später aufklarend.

Berliner Wetterbureau.



Pariser Weltausstellung 1900.

Von der Internationalen Jury wurden den

Singer-Nähmaschinen

der

GRAND PRIX

der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt.

Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familien-gebrauch, Kunstschneiderei sowie industrielle Zwecke jeder Art verdanken ihren Weltruf der mustergetreuen Kon-struktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungs-fähigkeit, welche von jeder aus deren Fabrikate auszeichnen.

Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunstschneiderei.

Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.

Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5472*

Freie Volksbühne.

Sonntag, 15. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Metropol-Theater. | Lessing-Theater.

9/10. Abteilung. | 2/3. Abteilung.

L'intruse. | Dämmerung.

Der Kammersänger. | Schauspiel in 5 Akten

Litteratur. | von Ernst Rosmer.

Die Bühnenhefte No. 6 u. 7 sind in den Zahl-stellen erhältlich. Der Theaterzettel wird im Theater un-entgeltlich verabfolgt.

8. Serie im Metropol-Theater vom 8. März ab:

Helden.

Komödie in 3 Aufzügen von Bernhard Shaw (deutsch von Siegfried Trebitsch), in Scene gesetzt von A. Steinert.

Voranzeige:

März-Fest.

Beethoven-Konzert,

Sonabend, den 14. März, in der Brauerei Friedrichshain.

Festmarken a 50 Pf. vom 20. Februar ab in den Zahlstellen.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 12. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Romeo und Julia.
Schauspielhaus. Der gebornete Stegried. Siegfrieds Tod.
Deutsches. Kora.
Berliner. Mi-Deibelberg.
Leffing. Der blinde Passagier.
Neues. Die Fliege. (La Mouche).
Bücher: Der Oberlehrer.
Reibenz. Luft. (Loute).
Thalia. Der Kamellenkessel.
Central. Madame Scherry.
Velle Alliance. Am Telefon.
Hierauf: Cupido u. Cie.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Waller-Theater.)
Der Meister von Palmyra.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.)
Heimat.
Westen. Tanzballett von W. J. Nadora.
Carl Weis. Das sechste Gebot.
Bundes. Jugend.
Leffing. Der Freischütz.
Kleines. Erdgeist.
Trianon. Die Liebeshaudel.
Kipols. Frau Luna.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Central. Cavalleria rusticana.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Stiehl. Stiehl-Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Irania. Tautenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Biedermaier des H. M. Werber.
Hum 101. Kule:
Madame Sherry.
Morgen u. folgende Abende 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Sonabend, 4 Uhr, halbe Preise:
Schneeweißchen und Rosenrot.

Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Camellien-Onkel.
Poffe mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Leon Leipziger.
Morgen und die folgenden Tage:
Der Camellien-Onkel.
Sonntagvormittag 11 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel des Opern-Theaters des
Westen:
Der Freischütz.
Morgen: Hum 1. Kule:
Der Hüttenbesitzer.
Sonabend: Robert u. Bertram.
Sonntag: 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Der Parrer von Kirchfeld.
8 Uhr: Der Weinschneider.

Belle-Alliance-Theater.
Abendbild 7 1/2 Uhr:
Am Telefon.
Drama in 2 Aufzügen.
8 1/2 Uhr:
Cupido & Cie.
Schwanz mit Gesang und Tanz in
3 Aufzügen.

Casino-Theater
Rohrbringerstr. 37.
Neu! 8 Uhr abends: **Neu!**
Trudy u. Charles Allessy.
Gelehrer Erfolg! Unteroffizier Lehmann.
Bonne! Cavalleria rusticana.
Morgen 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neue Vorstellungsarten, gültig vom
Februar bis Mai, sind an den be-
sammelten Stellen und dortmittags von
10-11 1/2 Uhr an der Kasse gratis zu
haben.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender.
Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung
zum Besten hinterlassener Witwen
invalider Feuerwehmannschaften.
8 1/2 Uhr.
Berliner Luft.
Zwickel. Dir. R. Winkler.
Unerreicht
ist das neue Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Ber-
liner Luft.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Waller-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen
von Adolf Hilbrandt.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Sonabendabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Eudermann.
Freitagabend 8 Uhr:
Heimat.
Sonabendabend 8 Uhr:
Jugend.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntag 3 Uhr,
Wochent. 5 Uhr, Anf. d. Abends-
vorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Ganz Berlin zerbricht sich
den Kopf über
AGA die schwebende
Jungfrau.
Mysteriöses Theaterstück in
1 Akt.
The three Devils: Die
Wettfahrt im Todesring.
Willy Prager prolongiert.
14 neue erstklass. Nummern.

CASTANS
Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Neu! Die tatarische Schönheit
Miss Karri
in ihren klassischen lebendigen
Bildern.
Neu! OTTO REUTTER
Neu! Wiener Damenkapelle
Kranz.
Gr. Promenaden-Konzert.

Trianon-Theater.
Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Heute abend um 8 Uhr:
Frau Luna
Um 9 1/2 Uhr:
Die neuen Spezialitäten:
Neu Original-Cake-Walk-Tänzer Neu
(3 Regier und 3 Regierinnen).
Robert Steidl auf dem Hänge-
boden.
Morgen 8 Uhr: Naktira Hochzeit.
Sonntagvormittag 3 Uhr:
Frau Luna.
In allen Vorstellungen: Das
elektrische Ballett.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.
Residenz-Theater.
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti. (Loute.)
Schwanz in 4 Akten von Pierre Deber.
Deutsch von Max Schönaur.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntagvormittag 3 Uhr: **Seine
Kammerjofe.** (Marie Kessenbohrer.)

Bernhard Rose-Theater-Ensemble
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 12. Februar 1903:
Der Weilschnecker.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Nofer.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Anfang 8 Uhr:
Das sechste Gebot.
Kobeneses Zeit- und Sittenbild in
sechs Vorgängen von Ernst Krencsch.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabendvormittag 4 Uhr.
Anderer Vorstellung: **Die 7 Raben.**

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommendanten- u. Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Cirkus Busch.
Donnerstag, den 12. Februar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey. Elefanten-Schauspiele.
Boeren als Kunstschützer
und **Lassowerfer.**
Elefant und Pferd. Seelöwin.

Buntes Theater
Köpenickerstraße 68.
Abends 8 Uhr:
Volkstümliche Vorstellung bei
bedeutend ermäßigten Preisen.
(Parkett 1,00 M.):
Jugend.
Sonabend, den 14. Februar,
zum 1. Male: **Lorenzo di Medici.**
Schwank in 3 Akten v. R. Rittner.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Luftschlösser.
Poffe mit Gesang von R. A. u. H. A. S. t.
und W. E. l. l. e. r.
Freitag: **Die Räuber.**
Sonabend: **Keine Vorstellung.**

WINTERGARTEN
Yvette Guilbert
und die
Londoner Sensation.
Circling the Circle
ausgeführt von
Original-Noisset-Truppe
(Keine erhöhten Preise!)

Steidl-Theater
Friedrich-
straße 132.
Donnerstag 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neues Programm!
U. a.: **Unser Kakelnest.**
Urkommische Burleske.
Letzte Woche:
Familie Humbert.
Entree 50 Pf.
(Sonnerkauf 40 Pf.) Speerth 1 M.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7.
Wochentags 8 Uhr.
Sam. Schult. neu:
diese Chantire
garnieren in
Chantire von Regal.

Cirkus Schumann
Donnerstag, den 12. Februar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Abend.
Riesen-Sport-Programm.
Direktor Albert Schumanns neueste
Kreationen.
Lecuyère lumineuse Serpentin
Original. geritten v. d. beliebte
jugendlichen Schullehrerin Fr.
Dora Schumann.
Les Brunin. d. unsreichtbaren
Billard-Künstler.
Nur noch kurze Zeit!
Sans rival!
Looping the Loop
Zum Schluss die unverwundliche
Pantomime
Die lustigen Heidelberger.
Sonntagvormittag: **Clown-Vor-
stellung** und die reizende Panto-
mime: **Pierrots Weihnachten.**
Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich rech. Spezialitäten-Vor-
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend
und Sonntag **Tanzkränzen.**
Am Wochent. 8. Sonntag 6 Uhr.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.
Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr,
in Feuerhain, Fehrbellin, Alte Jakobstraße 75:
Vortrag des Stadtverordn. Dr. Alfred Bernstein
über:
Schulhygiene und Schulärzte.
Nach dem Vortrag:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe. 4/9

Freie Gewerkschaft sämtlicher Berufe Berlins
und der Umgegend.
Sonabend, den 14. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr
bei C. Patt, Dragonerstr. 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftführers Herrn W. Schäfer: Der Bund der
Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes, der Revisoren sowie des
Gewerkschaftsausschusses. 4. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Gäste haben Zutritt zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung.
In dieser Versammlung werden die Vereinsbücher sowie
Statuten zur Ausgabe erfolgen.
Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 15. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
Kriegensbergstr. 27 e (oberer Saal):
Ordentliche General-Versammlung
für das 4. Quartal 1902.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Verwaltung. — Bericht des Kassierers und der
Revisoren. 2. Der Streit bei Reines, Kottel u. Co. 3. Neu- und Er-
gänzungsstatuten. 4. Agitation. 5. Gewerkschaftliches.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
280/3
Die Eröberwaltung.

Möbelfabrik „Einigkeit“
Eing. Genossenschaft, in beid. Leitung,
Friedrichstr. 35. 2134b
Wir bringen hiermit zur Kenntnis,
dass die diesjährige
Ordentliche
General-Versammlung
am Sonntag, den 28. Februar,
nachmittags 6 Uhr, in unserem Geschäfts-
lokal, Friedrichstr. 35, Jagdgebäude
2. Treppen, stattfindet.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Geschäftsführers.
2. Bericht über die stat. gefundenen
Rechnungen.
3. Neuwahl des Vorstandes und
Aufsichtsrates.
4. Geschäftliches.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand:
A. Siebert. C. Vorpahl.
Wir machen darauf aufmerksam, dass
die Bilanz den Genossen in unserm
Comptoir, Friedrichstr. 35, zur Einsicht
ausliegt.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus
Franz-Buchholz.
Heute: **Vodkierfest.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger
und **Tanz.**

Gonig! Unversäht. Deutscher
Bienenhonig, best. Qualität,
per Lit. 10 Pfundbottle zu 7,00 M., 5 Pfund,
4,30 M. franco. Garanti. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhöf,
Kugelschn. Oldenbg.

Ziehung 4. März u. folgende Tage
zu Köln a. Rh.
Ste und letzte
Lotterie
zur Erhaltung des
Siebengebirges
1/2 Loos 4 M., 1/2 Loos 2 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra.
12 000 Geldgewinne
ohne Abzug Hauptgewinne:
1 000 000 M.
60 000 M.
40 000 M.
20 000 etc.
Ziehung 24. 25. März der beliebtesten
Berliner Loose & 1 M.
11 Loose 10 M. W. d. Hauptgewinne:
10 000 M. 4 000
6 000 M. 3 000
5 000 M. 2 000
u. s. w., in Saar mit 70 %
Für 3 M. 1/2 Siebengeb. u.
1/2 Berliner Loose
Porto u. 2 Listen 30 Pf. extra
versendet d. General-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestr. 5.
Teleg.-Adr.: Müllermüller.

Gross-Fischerei-Export-Artikel.
Neueste, wahre, billige Preise.
Per Radnabime.
Feinste Salzheringe 1/2, Jah.
400 St. 10 M., 1/2, Jah. 200, 5 M.;
schöner Fisch, größerer zu empf.,
300 St. 11 M., 150 St. 5 1/2 M.;
jarter Fisch, 1/2, Jah. 500 St., 9 M.,
1/2, Jah. 250, 4 1/2 M.
Volhering, Witts und Roggen,
groß, 1/2, Jah. 11 M., 1/2, Jah. 5 1/2 M.
8 Ritter-Lose Bratheringe 3/4, Jah.
100 Gold-Bäcklinge 5/8, Jah. 800 St.
10 M.
Per Post überall franco hin.
4 Ritter-Lose, 100 St. Delikatesser,
Bismarcker, 3 u. 3 1/2, M., **70 Brat-**
heringe 2 1/2, u. 3 M., bis 100 Kol-
mdise 3 u. 3 1/2, M., Russ. Carb. 3 M.
Salzheringe, 70 St., jart. 2,70,
größere, 60 St., 3 M., große Sol-
heringe 3 M.
Riste Gold-Bäcklinge, fein, 120 St.,
3 M., gr. Volk u. Fett-Bäcklinge
3/4, M.
Riste Zprotten 2 1/2, 2 Risten 4 1/2, M.
W. Schwandt, Swinemünde.
Kücherei, Brat u. Marin. Aufst.

Masken-Garderobe
von 2712*
Carl Ernst,
Königsplatz 126, 1 Et.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzüger dieser Kammerer
hält 10 % Preisermäßigung

Billigste Bezugsquelle für Nähmaschinen.
Nur erstklassige deutsche Fabrikate.
Wegen Ersparnis der Ladenmiete und
weil ich keine Reisenden unterhalte, bin ich
im stande, die Maschinen 10 Proz. billiger
zu verkaufen wie jede Konkurrenz. Jeder
Käufer zahlt also bei mir für eine Näh-
maschine bis 17 Mark weniger. [2000b]
Bei Barzahlung höchster Rabatt.
Aug. Günther, Mechaniker,
Nannynstr. nur 43, nahe Oranienplatz.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass mein
lieber Mann, der Krankenassen-
beamte
Johannes Rönch
nach kurzem Krankenlager ver-
storben ist. 21296
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. M., nachmit-
tags 3 Uhr, vom Krankenhaus am
Urban aus nach dem St. Michaels-
Kirchhof in der Hermannstraße
statt.
Die trauernde Witwe Clara Rönch.

Allgemeine Orts-Krankenkasse
gewerbli. Arbeiter u. Arbeiterinnen
zu Berlin.
Am Montag, den 9. d. Mts.,
verliert nach kurzem Krankenlager
der seit dem 5. November 1898
bei unsrer Kasse angestellte Bureau-
beamte
Johannes Rönch.
Sein ruhiges, bescheidenes Wesen
sichern ihm ein bleibendes Andenken.
Die Beerdigung findet am
Sonntagvormittag 3 Uhr vom
Krankenhaus Urban aus nach dem
Michaels-Kirchhof in der Hermann-
straße statt. 270/17
Der Vorstand.

Am Montag, den 9. d. Mts.,
verliert nach kurzem Krankenlager
unser Kollege
Johannes Rönch
im Alter von 38 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen
treuen Freund und Mitarbeiter,
der sich durch sein freundliches
Gegenwärtigen und warmhaftes
Eintreten für die Interessen seiner
Kollegen unter aller Freundschaft
erworben hatte.
Sein Andenken werden wir stets
in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. Mts., nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Krankenhauses am Urban aus nach
dem Michaels-Kirchhof in der
Hermannstraße statt. 270/18
Die Beamten
d. Allgemeinen Orts-Krankenkasse
gewerbli. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Mit der traurigen Nachricht,
dass mein lieber Mann, unser
guter Vater
Adolf Gabriel
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 13. d. Mts., nachm.
2 1/2 Uhr vom Krankenhaus
Bismarck aus nach dem Thomas-
Kirchhof statt. 2141b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Köpenick.
Socialdemokratischer
Wahlverein.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Genosse
Wilhelm Schulz
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 12. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Gartenstraße 10, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
202/7
Der Vorstand.

Am 10. d. Mts. entschlief nach
langem schweren Leiden unser
lieber Vater, der Bauhilfster
Gotthilf Rossmann.
Um hülles Beileid bitten 2146b
Geschwister Rossmann.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 13. d. Mts., nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Emmaus-Kirchhofs aus statt.

Stenographie
Stolze-Schrey.
Neue Unterrichtskurse in der ver-
einfachten Stenographie beginnen
im Arbeiter-Stenographenverein:
Freitag, 13. Februar, bei
Gruppe, Annonenstr. 19. 1900b
Dienstag, 17. Februar, bei
Rottschky, Reichenbergerstr. 19.
Mittwoch, 18. Februar, bei
Lehmann, Schulstr. 29.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Unterrichtsgeld 4 Mark.
Die erste Stunde ist kostenfrei!
Englisch. Unterricht
(Einsel- oder im Circle) erteilt 2002*
G. Swienty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Schenckstraße 57, III.

Es sind mir aus Anlass meines
25jährigen Geschäfts-Jubiläums
von Rah und Fern herzliche Glückwünsche zugegangen. Da es mir bei der großen Zahl der
Gratulanten nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken, so nehme ich Veranlassung, auf diesem
Bege allen meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.
M. Schulmeister,
Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion,
Berlin, Dresdenerstr. 4 und Schöneberg, Hauptstr. 143.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Vorzugspreise für Lebensmittel

soweit der Vorrath reicht:

Gemüse-Conserven.

Pr. Stangenspargel	1/1 Dose	1,55 M.	83 Pf.
Pr. Stangenspargel	1/2 Dose	1,25 M.	68 Pf.
Pr. Stangenspargel	Consum-Spargel	1,10 M.	—
Pr. Stangenspargel	dünn	85 Pf.	—
Riesen-Bruchspargel	allererste Sortierung	1,25 M.	68 Pf.
Pr. Bruchspargel	I. Sortierung	85 Pf.	48 Pf.
Pr. Bruchspargel	Gemüse-spargel	70 Pf.	40 Pf.
Junge Schoten I	feinste Siebung	1,05 M.	58 Pf.
Junge Schoten II	Diner-Schote	80 Pf.	45 Pf.
Schoten	mit Carotten	60 Pf.	35 Pf.
Spinat	(fein)	55 Pf.	33 Pf.
Dicke Bohnen		65 Pf.	38 Pf.
Sellerie	in Schelben	55 Pf.	33 Pf.

Von sämtlichen Conserven stehen Musterdosen zur Ansicht aus!

Frucht-Conserven

Melange-Früchte	1,00 M.	55 Pf.
Reineclauden	85 Pf.	48 Pf.
Aprikosen 1/2 Frucht	1,35 M.	73 Pf.
Kaiserkirschen ohne Stein	1,00 M.	55 Pf.
Kirschen, schwarz, mit Stein	80 Pf.	45 Pf.
Birnen, weiss oder roth, 1/2 Frucht	75 Pf.	—
Birnen Bergamot	95 Pf.	—
Pflaumen, 1/2 Frucht	70 Pf.	—
Preisselbeeren	65 Pf.	—

Obiges Sortiment 10 1/2 Dosen 8,50

Gemischte Frucht-Marmelade 2,10 10 Pfund-Eimer

Fisch-Conserven.

Russische Sardinen	bekannt	23 Pf.
Christiania Anchovis	grosse Gläser	23 Pf.
Bismarck- u. Bratheringe	in ovalen Dosen	45 Pf.
Anchovis in Dose 1/1	1,10 M.	60 Pf.
Anchovis in Dose 1/2	1,00 M.	40 Pf.
Appetit Silt in Dose 1/1	50 Pf.	33 Pf.
Gabelbissen	1/1 Dose	63 Pf.
Sardinen in Oel		
Marke Duvet 1/2 Dose, hoch		1,20 M.
Marke Diplomat (Special)		
1/1	2,55 M.	1/2 1,35 M.
1/4	85 Pf.	
Marke René Les Etoiles	Prinzess	
per Dose	32 Pf.	per Dose 45 Pf.
per Dose	40 Pf.	
Nordsee-Krabben 1/1 Dose	65 Pf.	35 Pf.
Sardellen p. Glas		65 Pf.
Feinster Räucher-Lachs		
per Pfund angeschnitten	1,60	2,00 M.
in ganzen Seiten per Pfund	1,25	1,60 M.

Sansonei
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag
Hofmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solce: Tanz-Kränzchen.
Sott ist dot.
Ereignissparade.
Säle zu Festlichkeiten.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends Einzug Gambirinus mit Gefolge.

Die Kaiser-Reden im Reichstage und die Socialdemokratie. Preis 20 Pfg.
Aus den Etat-Reden der Abgeordneten **Bebel, Vollmar, Stöcker** und des Reichskanzlers **v. Bülow**.
Herren-Moden, elegante Ausbühnung, geringe Teilzahlung. 3082.
J. Kurzberg, Neue Königsstr. 47 II., am Alexanderplatz.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Franzfurterstr. 9, parterre. 437.
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14968.
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Bernstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Brunn, Gadelcher Markt 4, Bohlenhofstraße. 119/5.
Pianino, Perlon, Standuhr, Regulatorien, Spiegel, Stühle, Regulatoren (spottbillig) Leipzigerstr. 6. 57/16.
Pianino, gut erhalten, sofort verkauflich Ritterstraße 120, I. 57/10.
Auflösungshalber, Möbel-Total-Aussverkauf zu namend billigen Preisen. Ziele, Kaserstraße 120, am Gartenplatz. 14928.
Möbelstücke, Braunkohl, neue Spinden 21,00, Bettstellen mit Matratzen 35,00, Spiegel, Trumeaus, Sofas verschiedener Ausbühnung, Küchenmöbel, Kaffee- und Tee-Kessel, Arbeit, Bekleidungs- u. Damast, Dresdenerstraße 124. Nur Keller, kein Laden. 14968.
Cylinderbureau, Kommode, Bettstelle (Matratze) 18,00, Küchenstuhl 10,00, Ruchelbettstellen, Tischchen, Mahagoni u. Nussbaum, Tisch, Stühle, Andreasstraße 57 (Marktball). 15098.
Betten, zwei gute Stand-, umhändelbar (46,00) zu verkaufen Koberstraße 78, I rechts.
Teppiche mit Nordseeflecken, Fabrikniederlage Große Franzfurterstr. 9, parterre. 437.

Krankenzentrale für Zimmer und Küche fürlich und teilweise in allen Dreierlagen. Kopp, Bismarckstr. 95. 128/17.
Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Bobbin, Ringstich, Adler, Schnellnäher, Turmstraße 30, Bernauerstraße 47B. 15048.
Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Weidener, Engel-Wer 20.
Steyppdecken billige Fabrik Große Franzfurterstr. 9, parterre. 437.
Nähmaschinen, nur die vorzüglichsten deutschen und amerikanischen Fabrikate, auf Anzahlung, mit und ohne Anzahlung, nebst Garantie. Karte genügt. Deutsch-amerikanischer Centralvertrieb, Plan-Wer 78. 21369.
Besohlene Kiste Grünweg 3 sind alte Eitel großer Auswahl sehr billig. 21369.
Achtung! Abzugeben zu den billigsten Preisen bei Frau Krüger, Langestraße 88/89, 1 Trepp: 1/2 Sonne, 1/2 Sonne, 10 Liter, 5 Liter-Bücher. *
Kanarienhähne, Schinann-Seiler, verkauft Joachim, Brunnenstraße 97.
Taschenfoto, neu, jeden Preis, Schönholzerstraße 18 I links. 21365.
Rekonstruktion, billige Kiste, ansehliche Wohnung, billig verkauft, Ertragen Franzstraße 34, Mühlgraben. 21375.
Sobellände, gebrauchte, neue Schraubdüse, Schraubzwingen, Werkzeuge billig. Otto, Ledeburstraße 15.
Möbelstücke empfehle mein Fabriklager in einfachen, sowie besseren Wohnungs-Einrichtungen. Billigere gebogene Einrichtung für 344,50. Lagerbestand sehr empfehlenswert. Kolonial billige Preise. Hirschhorn, Mariannenstraße 7a. 15128.
Zwei Mark einsteckend Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Damenhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie eleganteste Reismantel spottbillig. Wäscheabrit Adol Salomonow, Dürrenstraße 21, Nähe Polzeipräsidium. 83/20.

Verschiedenes.
Patentbureau Dammann, Dronienstraße 57 (Korikplatz), bis abends 9. 20018.
Rechtsbureau Jählich, Günter Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbevollmächtigter, Eingabengeld, Materleistung. 20968.
Rechtsbureau, Prozeßbevollmächtigter, Eingabengeld, Materleistung, Hof, Brunnenstraße 10/11. 20925.
Kunstoperette von Frau Kotsch, Steinwegstraße 48, Duergebäude hochparterre.
Gensien, Masken verkauft billig Sellny, Kleine Andreasstraße 12.
Möbel, gebrauchte, laut Lazarus, Andreasstraße 57. 15098.

Vermietungen.
Wohnungen.
Drei Stuben, Zubehör, zum April sehr billig. Hummelburg, Steinstraße 38. 20006.
Brodhauslegion und alle anderen Häuser, leicht, leicht, Kuthausstr. 56, I. Kant VI. 3697.
Bibliothek! Wer sich über diese wichtige Angelegenheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Waisentum, welche unentgeltlich verschickt werden vom Berliner Vereinigungsbund, Königgrüderstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1515.
Verein, Saal mit Bühne Sonntag zu vergeben Ritterstraße 7.
Vereinszimmer, großes frei, Simonstraße 23, III. 1484.
Vereinszimmer, 50 Quadratmeter, täglich frei, Kauerstr. 63, U-Bahnhof.
Vereinszimmer, bis 50 Personen, mehrere Tage frei. H. Weg und Baugisch, Oberbergerstraße 30. 498.
Ziehbarhallen, Restaurationen, Klein, groß, einfach und elegant richtig komplett ein, auch auf Teilzahlung, monatlich 30 Mark, Schiller, Kiedorf, Kauerstraße 9. 21356.
Waschanstalt K. Hellwig, Köpenick, Müggelheimerstraße 36, empfiehlt sich zum Waschen jeder Art Wäsche, großer Bezug 15, Leinwand 10, drei Handtücher 10 Pfennig. Abholung Sonntag abends. 21225.
Wäsche wird sauber, ohne Anwendung scharfer Mittel gewaschen, großer Bezug 0,15, Leinwand 0,10, drei Handtücher 0,10. Abholung und Lieferung Sonnabend. Ernst Pantrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40.
Großes Vereinszimmer, 20 bis 40 Personen, Wanteuffelstraße 111.

Schlafstellen.
Teilnehmer für möblierte Schlafstellen sucht Witwe Jacobson, Kolbergerstraße 26. 8426.
Mietsgesuche.
Alleinstehende Frau sucht leere Etage oder Küche. Offerten an Expedition Brunnenstraße 93. 4145.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Vertrauensstellung sucht febriger, geborener Mann, Ende zwanziger, beste Empfehlungen, keine Skaution vorhanden. Adressen unter F. 1 Expedition dieser Zeitung. 21382.
Wollwäcker, Gesellschaft Kewandendorf, Bernstraße 28.
Wunder Stahlschleifer bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gefertigt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Kaulstraße 27, II. Glöfer.
Stellenangebote.
Hochlohnender Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Herrn. Wolf, Jüdisch, Kaserstraße. 14965.
Wärterlehrling verlangt Brauereiwarenfabrik von Weisse, Stahlfabrik, Kaserstraße 55. 00/20.
Metallschleifer auf exakte Arbeit können eintreten. Demit u. Herz, Georgenstraße 24. 15119.
Korbwäcker, tüchtige Werkmeister können regelmäßig außer dem Hause lohnende Beschäftigung erhalten. Wittkop, Wilhelmstraße 29.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.
Ein Kreisjäger-Schneider wird verlangt. H. Wertmeister, Schindlerstraße 8a. 21276.
Blusenbinden-Saumchen-Steppemächinen. Garmenten-Arbeiterin verlangt Wernaginsky, Schönhauser Allee 134 b, vorn II. 498.
Büchererinnen auf Maschinen im Hause verlangen Leinberger u. Grauborn, Bismarckstr. 6, Greifswalderstraße 13. 83/18.
Wäscherinnen auf Maschinen im Hause verlangen Leinberger u. Grauborn, Bismarckstr. 6, Greifswalderstraße 13. 83/19.
30 tüchtige Wäsche, die viel liefern. Weitz, Eberswalderstraße 2.
Sterbewäsche. Tüchtige Arbeiterinnen auf besseren Öfen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Rechenberg, Große Franzfurterstraße 58. 21315.
Zuarbeiterinnen auf französische Sachen verlangt Max Stein, Jägerstraße 29/31. 21255.
Perfekte Korbwäckerinnen auf französische Sachen verlangt Max Stein, Jägerstraße 29/31. 21246.
Tüchtige Paletenarbeiterinnen bei hohem Lohn verlangt Max Stein, Jägerstraße 29/31. 21255.
Korbwäckerinnen, hochgelehrt, Arbeiterin verlangt Betriebswerkstatt Raaser, Brunnenstraße 84, Fabrikgebäude. 4145.
Wäscherinnen Arbeiterinnen verlangt Quelle, Franzfurter Allee 6. 4117.
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Achtung! Lackierer!
Die Differenzen bei **Orenstein & Koppel** sind noch nicht beigelegt. Zugus ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Der Kurfuscher-Prozess.

Achter Tag.

Die heutige Sitzung wird erst eine halbe Stunde nach der festgesetzten Zeit eröffnet. Einer der ständigen Richter, Landgerichtsrat Davidsohn ist erkrankt, und es muß für ihn der Hilfsrichter Assessor Engelhardt eintreten.

Als Sachverständiger wird zunächst Prof. Dr. Oskar Lassar,

der bekannte Dermatologe, vernommen. Er soll sich darüber äußern, ob bei Gonorrhoe eine mikroskopische Untersuchung notwendig ist. Er erklärt, daß man hier nicht generalisieren könne. Es werde gewiß viele Ärzte geben, die bei Zeitmangel gegenüber der Gonorrhoe so vorgehen, wie die Ärzte früher vorgegangen, ehe man das Mikroskop als Hilfsmittel hatte. Ein vielbeschäftigter praktischer Arzt, der große Routine habe, werde für die Entscheidung bei Gonorrhoe im Einzelfalle, beim Vorliegen ganz akuter Anzeichen der mikroskopischen Untersuchung entzagen können, weil er aus ganz bestimmten Anzeichen aus seiner Erfahrung heraus die Natur des Leidens erkennen kann. Bei verschleppten Fällen und vorliegenden Spätsymptomen sei eine mikroskopische oder sorgfältige Sonden-Untersuchung notwendig. Vom wissenschaftlichen Standpunkte aus sei die verfeinerte, verbesserte Untersuchung zur Feststellung des Falles unbedingt erforderlich. — Präsi.: Der Angekl. Kardenfötter hat kolossale Reklamen in die Welt geschickt und nach seiner Behauptung 75 000 M. jährlich für Reklamen ausgegeben. Darin hat er behauptet, er habe ganz besondere Mittel, um Geschlechtskrankheiten selbst in veralteten Fällen mit Sicherheit zu heilen. Ist dies möglich? — Sachverst. Prof. Dr. Lassar: Diese Frage kann ich ohne weiteres mit „Nein“ beantworten. Ganz verworren ist es besonders, veraltete Fälle brieflich zu behandeln. Für ein verschlepptes Gonorrhoe-Leiden die Diagnose zu stellen, erfordert eine große Kunstfertigkeit und eine Starke auf brieflichem Wege zu absolvieren, ist unzulässig. Ganz unmöglich ist es, Hautkrankheiten, offene Wunden etc. par distanco zu beurteilen. Derartige Dinge muß der Arzt ansehen, es ist oft außerordentlich schwer, selbst für ein geübtes Auge, den wahren Charakter der Krankheit festzustellen. Das ist die Kunst des Arztes; auf das laienhafte Urteil der Kranken bei Beantwortung der Fragebogen kann sich der Arzt nicht verlassen. Die Reklamen und der ganze Geschäftsbetrieb des Angeklagten Kardenfötter tragen alle

Anzeichen des betrügerischen Kurfuschertums und es ist nicht zulässig, als praktischer Arzt seine Dienste einem solchen Institut zu widmen; das sei vom wissenschaftlichen Standpunkte nicht begründbar; vom ärztlichen Standpunkte nicht entschuldbar. Veraltete Leiden brieflich zu behandeln, sei ein Mißbrauch. Ein solcher Fragebogen, wie er hier in Anwendung gebracht worden, sei nicht ausreichend als Unterlage für ärztliche Behandlung zu dienen. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Davidsohn giebt der Sachverständige zu, daß früher wohl verschiedene Verträge briefliche Behandlung beliebt haben. Durch die neuere Gesetzgebung, Einföhrung der Ärztekammer, sei diesem Verfahren der gesetzliche Boden entzogen worden. An das Gutachten knüpft sich noch eine lange Reihe von Fragen medizinischen Charakters, die von dem Gerichtsarzt Dr. Störmer, dem Ersten Staatsanwalt Dr. Pelz und dem Verteidiger Dr. Davidsohn an den Sachverständigen gerichtet werden. Auch der Angeklagte Dr. Kronheim greift mit längeren Ausführungen in diese Erörterungen ein, um sein Verfahren zu rechtfertigen. Als Ergebnis dieser Erörterungen stellt der Vorsitzende und der Staatsanwalt fest, daß das Gutachten des Sachverständigen mit den Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Störmer und auch des Sachverständigen Dr. Kahnt durchaus übereinstimmt.

Es wird hierauf Apothekenbesitzer Pieper vernommen. Er hat nur vierzehn Tage bis drei Wochen mit dem Angeklagten Kardenfötter in Geschäftsverkehr gestanden. Kardenfötters Bestellungen habe er nur auf Grund ärztlich unterschriebener Rezepte angefertigt, dann kamen ununterschiedene Rezepte, bei denen es sich aber nur um Alaun, Valerian-Extrakt usw. handelte, d. h. um Dinge, die jeder Kaufmann abgeben kann. Dann kamen Rezepte mit stark wirkenden Sachen, die er abgelehnt habe, weil es ihm verboten sei, solche ohne ärztliches Rezept abzugeben. Kardenfötter habe ihm darauf geschrieben, daß ihm dies nichts nahe. Er sei dann auch einmal ziemlich arrogant in die Apotheke gekommen und habe ihm dasselbe wiederholt. Er habe ihm darauf gesagt: „Am Scheeren Sie sich aber hinaus!“ Bei den Dingen, die er ohne unterschriebenes Rezept geliefert, handelte es sich ausschließlich um Sachen des Handverkaufs. Alles übrige habe er mit Entschiedenheit abgelehnt.

Der nächste Zeuge ist der Apotheker Dr. Homeyer, Besitzer der „Kronen-Apotheke“ in der Friedrichstraße. Er wird vom Ersten Staatsanwalt Pelz befragt, ob er — wie ein ihm zugedruckenes Schreiben behauptet — am Sonnabend den Angeklagten Kardenfötter zur Bahn gebracht habe? — Der Zeuge verneint dies entschieden. — Erster Staatsanwalt Pelz: Frau Kardenfötter soll in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mit Licht aus Ihrer Apotheke gekommen sein. — Zeuge: Das verneine ich unter meinem Eide. — Erster Staatsanwalt Dr. Pelz: Haben Sie mit Kardenfötter in näherem Verkehr gestanden, oder ist dies bei Ihrer Ehefrau der Fall? — Zeuge: Keineswegs! — Erster Staatsanwalt: Sie setzen also unter Ihrem Eide, daß Sie nicht wissen,

wohin Kardenfötter abgereist ist? — Zeuge: Keine Ahnung! — Der Zeuge bekundet weiter auf Befragen, daß er eine Zeitlang für Kardenfötter Medikamente angefertigt habe. Dies sei aber nur auf Grund unterschriebener Rezepte geschehen. Er habe nicht gewußt, daß Kardenfötter ein Kurfuscher sei, denn derselbe habe einen Arzt als Leiter seines Instituts gehabt. — Kriminalkommissar Müller II: Die Medikamente aus der „Kronen-Apotheke“ seien an Kardenfötter geliefert worden ohne jede Verschreibung; es wurde nur ein abreibbarer, durchlöcherter Zettel angeliefert, auf welchen die Kopie der Medikamente ganz klein geschrieben war. Diese Zettel waren ohne weiteres abzureißen und seien auch von Kardenfötter abgerissen worden. — Der Zeuge giebt dies zu. Kardenfötter habe direkt verlangt, daß solche abreibbaren Zettel angefertigt und die Kopie dort aufgeschriebenen werden sollte. — Präsi.: Sie haben dies also ganz genau gewußt? — Zeuge: Ja! Ich hätte ja gar keinen Einfluß mehr auf den Abnehmer, wenn die Medikamente aus dem Hause waren. — Präsi.: Sie haben uns gesagt, daß Sie die Zettel erst haben anfertigen müssen. Sie haben also im gewissen Sinne

bei dem Betrage die Hand mit im Spiele gehabt? — Zeuge: Ich habe in keiner Weise angenommen, daß hier ein Betrag vorlag. Präsi.: Sie mußten unter den obwaltenden Umständen die ganze Sache ablehnen. Wenn sämtliche Apotheker Berlins es abgelehnt hätten, mit Kardenfötter in Verbindung zu treten, so wäre er lahm gelegt worden. — Zeuge: Ich bin stets ein ordentlicher Apotheker gewesen. Die Bekande trifft jedoch in diesem Falle auch ein Vorwurf. Wenn die Untersuchung 2/3 Jahre im Gange war, hätte sie doch wohl die Apotheker warnen sollen! Der Angeklagte Dr. Kronheim befreit, daß er die Anordnung mit den durchlöchernden, abreibbaren Zetteln getroffen habe. Auf Wunsch des Staatsanwalts wird der früher vernommene Zeuge Privatgelehrter Gartenberg, ein Angestellter Kardenfötters, noch einmal vorgelassen. Erster Staatsanwalt Dr.

Pelz: Nach Auskunft des Kriminalkommissars Basse ist am Montagmorgen jemand in ziemlich beschmutztem Zustande hier an Gerichtsstelle erschienen, hat Sie in aller Eile herandrufen lassen. Sie haben ihm etwas gesagt und derselbe ist in aller Eile per Rad wieder weggefahren. Wer war dieser Mann? — Der Zeuge erklärt, sich auf einen solchen Zwischenfall überhaupt nicht besinnen zu können und bleibt trotz vieler Vorhaltungen dabei. — Erster Staatsanwalt Dr. Pelz:

Ich frage Sie auf Ihren Eid: Wissen Sie, wohin sich Kardenfötter begeben hat? — Zeuge: Nein.

Durch Befragen des Zeugen B e t t e r l i n d stellt der Vorsitzende fest, daß dieser mehrfach lediglich von Kardenfötter ausgeschriebene Rezepte nach der „Kronen-Apotheke“ hinunter gebracht und dort ohne weiteres angefertigt erhalten habe. Die durchlöchernden Zettel mit den Kopien seien dann schon in der Apotheke wieder abgerissen worden. Zeuge Dr. Homeyer befreit dies und der Zeuge Bettelkind bestätigt, daß Dr. Homeyer persönlich dabei nicht in Frage komme.

Zeuge Apotheker Goldmann, Inhaber der „Fortuna-Apotheke“ hat von Mitte März bis August 1901 mit Kardenfötter in Verbindung gestanden. Er hat ihm verträglich die Medikamente zum Selbstkostenpreise mit einem kleinen Aufschlag geliefert und ein festes Entgelt von 100 M. monatlich erhalten. Er will nicht gewußt haben, daß Kardenfötter ein Kurfuscher ist und behauptet, die Medikamente nur gegen unterschriebene Rezepte verabfolgt zu haben. Die Verabfolgung geschah ohne Aufsicht der Kopien, der Zeuge hat sich vielmehr auf Verlangen des Dr. Kronheim darauf beschränkt, die betreffenden Buchstaben des Rezepts als Signum anzufügen. Er behauptet, dies geschah zu haben, weil er die betr. Zettel nur als „Rezeptscheine“ angesehen habe. Diese Auffassung ist von der vorgehenden Behörde nicht gebilligt, dem Zeugen vielmehr eine Rüge erteilt worden.

Auch der Apotheker Barthel, Inhaber der „Immanuel-Apotheke“ hat mit Kardenfötter eine Zeit lang in derselben Weise wie der Vorgezogene in Verbindung gestanden. Auch er will nicht gewußt haben, daß Kardenfötter ein Kurfuscher war. Anfangs sei ihm einiges aufgefallen und er habe gleich die Absicht gehabt, nur die größeren Vorräte, die er von Riedel bezogen, aufzubrauchen und dann die Verbindung mit Kardenfötter abzubreaken, dies sei auch geschehen. Rechtsanwalt Dr. Kempner sucht durch Befragen der Apotheker zu Gunsten seines Klienten Altespiel festzustellen, daß sie ursprünglich gar kein Bedenken gehabt haben, den Versand für Kardenfötter zu übernehmen und daß ihnen erst durch Mitteilungen von dritter Seite einige Bedenken gekommen seien. Dies falle bei Altespiel doch weg.

Gelegentlich dieser Erörterungen kommt zur Sprache, daß Kardenfötter nach an 100 verschiedene Heilmittel zu seiner Berufung hatte und daß sein bester, seiner Frau Vermögen weit größer ist, als er hier angegeben.

Es werden dann Aussagen von Zeugen verlesen, die zu Gunsten Kardenfötters ausgefallen sind. Ein Architekt und Maurermeister hat erklärt: Er habe an Wasserfucht gelitten und verdanke Kardenfötter seine volle Wiederherstellung. „Schon einen Tag nach Genuß der ihm verschriebenen Medikamente sei er um 4 Zoll an Umfang dünner geworden.“

Ein Manglerer aus Hannover, der an Schuppenflechte litt und von zwei Kassenzurgen ohne Erfolg behandelt worden ist, hat bekundet, daß die Kardenfötterschen Mittel ausgezeichnet halfen und er sich keineswegs für betrogen halte.

Ein an Varrflechte leidender Landbriefträger hat ausgesagt, daß er von 5 Ärzten erfolglos behandelt worden sei. Er sei jedesmal mindestens drei Monate in Behandlung gewesen, habe für Konsultation und Medizin wesentlich mehr bezahlt, als bei Kardenfötter, habe aber nur durch den letzteren eine wesentliche Besserung seines Leidens erreicht. Er sei mit Kardenfötter durchaus zufrieden und durchaus nicht betrogen.

Rechtsanwalt Kemmer beantragt, Dr. Kemler und den Geschäftsführer der Firma Riedel, Herrn Meißner, vorguladen. — Der Gerichtshof beschließt, die beiden Zeugen vorguladen. Die Sitzung wird auf Donnerstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Lokales.

Berliner Patriotismus. Eine Korrespondenz meldet: Der Polizeisatz des Kaisers hat seit einigen Tagen eine ganz bedeutende Verschärfung erfahren. Diese Maßnahme ist, wie wir erfahren, auf die eigene Initiative des Kaisers zurückzuführen, und Veranlassung dazu gab folgender Vorfall. Als der Kaiser vor einigen Tagen die Absicht hatte, einen Spazierritt nach dem Tiergarten zu unternehmen, wurde wie gewöhnlich eine Säugmannspostenkette längs des Reitweges aufgestellt. Als nun der Monarch mit seiner Begleitung vom Schlosse her zu Pferde nahte, vergaß das unter den Linden promenierende Publikum alle Gebote der Schicklichkeit und des guten Tones und stürzte ohne alle Rücksicht über die Kasernenanlagen hinweg dem Reitwege zu, um dem Kaiser seine Huldigung darzubringen. Die Säugleute hatten der Reiter zu überweichen und konnten daher dem Publikum keinen Einhalt gebieten. So sehr nun auch der Kaiser über die Ehrenverletzung des Publikums erkreut war, so war ihm schließlich doch unangenehm, daß die Kasernenanlagen von Jung und Alt zertreten und ganz erheblich beschädigt wurden. Der Monarch hat dies auch seiner Begleitung zu verstehen gegeben und den Wunsch geäußert, daß Vorkehrungen getroffen würden, welche in Zukunft derartige Szenen zu verhüten geeignet sind. Infolgedessen wird fortan die „Stadensicherung“ unter den Linden eine gesteigerte sein. Ramentlich in der Nähe der Hauptverkehrsstraßen kann man bemerken, daß dort fast alle drei Schritte ein uniformierter Säugmann steht, und wer ein geübtes Auge hat, der wird auch die große Menge der Kriminalbeamten übersehen können. Nach ungefährer Schätzung wird die Strafe unter den Linden beim Passieren derselben durch den Kaiser annähernd von 70 uniformierten Beamten bewacht, denen etwa 30-40 Kriminalbeamte beibeordnet sind.

Es giebt mehr Beispiele dafür, daß der Berliner Patriotismus nicht alle Formen gesellschaftlicher Rücksicht wahrnimmt. Die Henschaffen z. B., welche zur Mittagsstunde ständig die Schloßwache begleiten, sind in gemessener Entfernung ebenfalls genießbarer als in handgreiflicher Nähe.

Abstriche vom Etat. Der Magistrat hat am Tiefbau-Etat nicht weniger als 4 Millionen Mark gestrichen, darunter 1 Million Mark für die Anpflasterung von Straßen. Die Baudeputation II beschäftigt sich gestern mit diesen Abstrichen und mit den Straßen, die vorläufig nicht umgepflastert werden können. Es sind dies folgende Straßenzüge: Die Rosenthalerstraße zwischen Weinacker- und Lothringerstraße, der Hasenpfad, die Königgräberstraße zwischen Kottbuser Platz und Mörnerstraße, die Dalenstraße zwischen Fichtes- und Jahnsstraße, die Rungestraße, die Saarbrückerstraße, die Grenzlaue Allee und Putzstraße.

Die Flucht Kardenfötters erfolgte nach den bisherigen amtlichen Feststellungen bereits am Freitagmorgen nach Beendigung der Prozessverhandlung in Moabit auf Grund eines sorgfältig ausgearbeiteten Planes. Veranlaßt wurde die Flucht des Kurfuschers vermutlich durch die Erkenntnis, daß er nicht nur eine Verurteilung wegen der unter Anklage stehenden Vergehen, sondern auch eine Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung wegen Steuerhinterziehungen zu erwarten hatte. Am vergangenen Freitag begab sich Kardenfötter von Moabit aus direkt nach seiner

Wohnung, wo er nur etwas Rührung zu sich nahm und sich dann wieder entfernte. Frau K., die in Berlin zurückgeblieben ist, will von dem Fluchtplane keine Kenntnis gehabt haben, und weiß auch angeblich nicht, wohin sich ihr Mann gewandt hat. Dies konnte auch bisher polizeilich umsoweniger festgestellt werden, als Kardenfötter wohl vorausgesehen hat, daß eine Befehlsgewalt seiner Briefe an seine Familie angeordnet wird und er demgemäß von einem schriftlichen Verkehr mit seiner Frau absieht, oder ihn auf Umwegen bewirkt. Es wird angenommen, daß der Kurfuscher nach London geflüchtet ist, wo er bereits am Sonntag eingetroffen sein dürfte. K. würde sich dort in vollständiger Sicherheit befinden, da England wegen Kurfuscherei nicht auslieferet.

Die neueste Kuppel-„Standalsgeschichte“ nimmt einen immer größeren Umfang an. Es erfolgen täglich viele Vernehmungen von jungen Mädchen und manche Verhaftung dürfte noch in Aussicht stehen. Das Ermittlungsverfahren wird mit großer Schnelligkeit betrieben und dürfte bald in das Stadium der Voruntersuchung hinfübergehen. Die strafbaren Handlungen beschränken sich zunächst auf die Gegend des Scheunenviertels. Es ist bezeichnend, daß wohlkultivierte Leute ihren Weg dahin fanden. Der Eigentümer Haberhorn besitzt in jener Gegend 41 Häuser, die alle von einem Comptoir in der Neuen Friedrichstraße aus verwaltet wurden. In einem dieser Häuser, einem alten, kleinen Gebäude, hatte die Witwe Kemme seit sechs Jahren die erste Etage inne. Die Kemme bestreitet, von dem Treiben irgend etwas gewußt zu haben, sie sei zum Zweck des Handels zumeist in der Markthalle oder auf der Straße gewesen. Ebenso stellt sie in Abrede, Vermögen oder Ersparnisse zu besitzen, Pferd und Wagen habe sie auf Abzahlung. Sie behauptet, daß die Mädchen ungläubwürdig und trotz ihrer Jugend bereits total verdorben seien. Als Beweis für die letztere Behauptung macht sie Angaben haarsträubender Natur. Der Hauptangeklagte, Landmesser Stelbel, hat dem Justizrat Dr. Sello, Frau Kemme dem Rechtsanwält Dr. Werthauer und die Witwengelöge Frau Jehme dem Rechtsanwält Dr. Schwindt die Verteidigung übertragen.

Der Roman der Gräfin Denstherka-Kwieda scheint eine sonderbare Wendung zu nehmen. Die „Kosener Morgenzeitung“ will erfahren haben, daß die Prozeßgegner der Gräfin, des Herrenhaus-Mitglied Graf Feltor Kwidel-Dorow, sowie dessen Sohn Graf Stanislaus Kwidel-Dobrojewo, durch ihren Vertreter, Rechtsanwält Lufowicz, die Erklärung abgegeben haben, daß sie den fraglichen Sohn der Gräfin als legalen Erben anerkennen. Das Berliner Volksblatt „Dziennik Berlinski“ hat von angeblich „sehr hochgestellter Seite“ die Mitteilung der Gräfin erhalten, daß die Gräfin unschuldig und das Opfer von Intrigen und Verleumdungen sei. Es wird darauf hingewiesen, daß alle bisher über die geheimnisvolle Affäre in die Öffentlichkeit gelangten Meldungen auf die Aussagen von Leuten in untergeordneter Stellung beruhten, die wahrscheinlich an der Beurteilung der Gräfin ein Interesse hätten. Das Blatt deutet an, daß man sich in der Sache noch auf mancherlei Ueberraschungen gefaßt machen könne, die das Verhalten der Gräfin in einem ganz andren Lichte erscheinen lassen würden. Ein Verdammungsurteil über die Gräfin sei durchaus noch nicht angebracht.

Eine Warnung vor einem internationalen Mädchenhändler, dem Münzenfabrikanten Josef Schilmann aus Moskau in Russland, erläßt das Landratsamt des Kreises Teltow. Schilmann, der sich abwechselnd auch Moritz Ein, Gutermann, Velonow, Wiron oder Weimer nennt, ist mehrfach wegen Betruges und Stillschleppersverbrechens verurteilt. Er versucht, junge Mädchen unter dem Vorwande, sie zu heiraten oder ihnen eine günstige Stellung als Gouvernante in Russland zu verschaffen, zu unsittlichen Zwecken zu verschleppen.

Der kürzlich hier verhaftete Bankier Hermann Wulff aus Dorfeld, der frühere Direktor der Dormmunder Handelsbank, ist infolge einer Beschwerde gegen den Haftbefehl auf Anordnung des Oberlandesgerichts Hamm wieder in Freiheit gesetzt worden, doch hat die Dormmunder Staatsanwaltschaft sofort einen neuen Haftbefehl gegen Wulff erlassen. Die Verhaftung war erfolgt wegen eines angeblich wertlosen Hypothekenscheines, den Wulff verpfändet haben soll.

Einem guten Gang machte die Kriminalpolizei auf dem hiesigen Leichter Bahnhof und in Friedrichsfelde. Vor einigen Tagen wurden aus einem Warenhause in Neu-Hippin viele Herrenkleider gestohlen. Die Eindrehen hatten die Anzüge in Säcke verpackt und in der Eisenbahn nach Berlin mitgenommen. Der Eindreh wurde in Neu-Hippin gleich bekannt, und die von dem Vorfalle verdächtige Berliner Polizei erwartete die Thäter auf dem Bahnhofe. Es gelang, einen der Verbrecher in dem Augenblicke zu fassen, als er sich mit einem Sack auf dem Rücken entfernen wollte. Der zweite entkam zunächst. Der Verhaftete nannte sich Koralewsky. Durch den Erkenntnisdienst wurde aber ermittelt, daß man einen alten Kunden Namens Ehlers ergriffen hatte, der als Haupt einer Eindrehbande eine neunjährige Jugendstrafe erst vor drei Tagen verbüßt hatte. Er hatte in Neu-Hippin mit einem jungen Geschäftsangestellten näher Verbindung angeknüpft und ihn zur Teilnahme an dem Zug verleitet. K. betrat nun zwar die Wohnung seines Spiegelglases in Friedrichsfelde, wo er Unterhalsputz finden sollte, nicht wollte aber doch erfahren, was aus ihm geworden sei und trieb sich in der Nähe der Wohnung umher. Dabei wurde er von demselben Beamten, dem er anfangs entwichen war, erkannt und festgenommen. Beide wurden am Mittwoch dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Eine Festschuld in Höhe von 350 M. bildet die Grundlage zu einer Klage, welche voraussichtlich auch noch den Strafrichter beschäftigen dürfte. Ein Agent, der mit einem Variétébesitzer in kaufmännischer Verbindung gestanden, besuchte mit zwei Freunden das Etablissement und veranlaßte angeblich die beiden zu bedeutenden Geldausgaben. Es geschah dies nur deswegen, weil der Agent hoffte, mit dem Variétébesitzer wieder in Geschäftsverbindung zu kommen, doch verhielt sich dieser jeder dahin zielenden Anbahnung gegenüber ablehnend. Als nun die Drei, die nicht nur den Wirt, sondern auch das gesamte Geschäftspersonal mit Wein, Bier usw. traktiert, zahlen sollten, verzweigten sie die Begleichung der Rechnung, und der Agent drohte einer etwaigen Klage gegenüber eine Anzeige wegen Anmierens und Uebertretung der Polizeistunde zu erstatten. Da Wirt und Personal Zeugen beibringen können, daß die Anzeige wegen Anmierens zu Unrecht erfolgt, so wird die Angelegenheit nicht nur das Civil-, sondern auch das Strafgericht beschäftigen.

Schwere Brandwunden erlitt am Dienstagmorgen die 23-jährige Frau des Arbeiters Thielow aus der Fehrbellinerstraße 29. Sie unterhielt in der Kochmaschine ein besonders starkes Feuer und wurde beim Nachsehen der Höhe von einer herausschlagenden Flamme erfaßt. Ihre Wunde geriet dabei in Brand und Frau Th. lief brennend und schreiend zu ihrer Mutter, die auf demselben Platz wohnt. Bei dem Versuch, das Feuer zu ersticken, zog sich die Mutter Verletzungen an den Händen zu. Erst Nachbarnleuten, die schnell mit Säcken und Decken hinzugeeilt waren, gelang es, die Flammen zu ersticken. Bis dahin war immerhin einige Zeit verstrichen, so daß Frau Thielow an Hals, Brust und Händen derartige Brandwunden davongetragen hatte, daß sie nach der Charité gebracht werden mußte.

Abgestoßen wurde ein alter bestraffter Eindreh, als er einen Ueberzieher verpfänden wollte. Der Eigentümer des aus glatten Seidm hergestellten Kleidungsstückes mit schwarzem gestreptem Seidenfutter und doppeltreihigen Steinmühlhöpsen ist der Polizei noch nicht bekannt. Der Ueberzieher liegt im Zimmer 37 auf dem Polizeipräsidium aus.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Mittwoch früh 7 Uhr wurde sie nach der Gormannstr. 1 gerufen, wo in einem Keller allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial brannte. Auch in der Niederwallstr. 17 und in der Kurstr. 34/35 mußten in der Nacht zum Mittwoch Kellerbrände abgelöscht werden. In der Potsdamerstr. 120 hatte die Wehr zur selben Zeit ein Feuer zu beseitigen, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Gardinen und Abfahrgänge gingen gegen 10 Uhr in der Dragonerstr. 18 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Königgräberstr. 112 Wäschestücke in Brand geraten waren. In der Kirchbachstr. 17 und in der Kurstr. 26 mußten gestern Abend Schornsteinbrände beobachtet werden. Feuermeldungen, die außerdem in der Zwischenzeit nach der Görlitzerstr. 48, Linienstr. 6 und nach verschiedenen anderen Stellen erfolgten, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Das Thema der diestwöchentlichen Vorträge lautet: Geschlechtskrankheiten. Die Vorträge finden an neun verschiedenen Stellen statt und zwar: Donnerstag, den 12., in den Schulanen Wrangelstr. 128, Schönhauser-Allee 166, Reibelsir. 31/32, Luigowstr. 115 und Rixdorf, Kaiser-Friedrichstr. 208/210, sowie Freitag, den 13., in den Schulanen Gneisenaustr. 7, Bankstr. 8, Lillienstr. 4/5, Winterfeldstr. 16. Vortragende sind die Doktoren Wienthal, Gehring, Richter, Feilchenfeld, L. Wienthal, Prof. Vosner, Franck, Geberl, Prof. Lefler. Beginn der Vorträge 8 Uhr. Zutritt unentgeltlich für jedermann.

Aus den Nachbarorten.

In der **Becker Lungenheilstätte** hat dieser Tage der dort wegen **Milchmarrschwindhust** untergebrachte 43-jährige Schlosser **Max Christian** aus Berlin Selbstmord durch Erdrosseln verübt. Er war seit dem 22. Januar d. J. in der Anstalt und hat wohl weil er die Unheilbarkeit seines Leidens eingesehen hat, während der Nacht in seinem Schlafzimmer die Vergewaltigung vollführt.

Durch **Vibendhände** ist an der rechten Seite der neuen Akademie in **Charlottenburg** an der von Professor **Gerter** entworfenen Gruppe die linke Seite des Nebengewölbes gewaltsam abgeschlagen worden. Die abgeschlagenen Stücke wurden in der Nähe gefunden. Der Täter konnte leider nicht ermittelt werden.

Friedenan. Die hiesige Gemeinde-Vertretung wählte in geheimer Sitzung Herrn **Dr. Schnadenburg**, z. Z. Stadtrat in Halle a. S., einstimmig als **Kreis- und Gemeinde-Vorsteher**. Herr **Schnadenburg** ist 36 Jahre alt, Jurist, und steht in dem Anse, ein tüchtiger Verwaltungsbeamter zu sein. Vor seiner Ueberfiedelung nach Halle war er Stadtrat in Posen.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter. (S. S. Nr. 3, Hamburg.) Die Mitglieder der Ortsverwaltungen Berlins und der Provinz versammelten sich am Freitag, den 13. Februar, abends 9^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal VII.

Vermischtes.

Die Poden in Hamburg. Nach amtlicher Mitteilung sind mehrere Fälle an schwarzen Poden in Hamburg vorgekommen. Die erste Erkrankung erfolgte am 23. Januar bei dem Arbeiter **Holtz** in der Hopfenstraße in St. Pauli, worauf am 29. Januar das Entleeren des Holst in der Hopfenstraße erkrankte und am 6. Februar der dritte Podenfall bei dem Arbeiter **Schäde** in der Jägerstraße in St. Pauli, der mit **Holtz** zusammen gearbeitet und den Erkrankten vor Hinzuziehung eines Arztes besucht hatte, konstatiert wurde. Die vierte Podenerkrankung betraf am gleichen Tage eine Nachbarin des **Holtz**, eine Frau **Eggerich**, welche die Vorname eine Wiederimpfung verweigert hatte. Am 7. Februar ist dann noch der Fischhändler **Lange** am **Uhlenkamp** (Eulenkamp) in **Barmbeck** (Dulsberg) an Poden erkrankt. Die sämtlichen Podenkranken sind im **Eppendorfer Krankenhaus** untergebracht und befinden sich dort auf dem Wege der Besserung. Eine weitere Ausdehnung der Krankheit ist nicht zu erwarten und es liegt deshalb kein Grund zur Beunruhigung vor.

Ueber das große Unglück, welches die Gesellschaftsinseln und die 80 Inseln des Tuamotu-Archipels heimgesucht hat, liegen heute eingehendere Nachrichten vor:

Am 11. Januar begann plötzlich der Himmel sich zu verdunkeln und die Zeichen eines nahenden Erdbebens oder unterirdischen vulkanischen Ausbruches zu markieren. Die Luft wurde stichig, die Hitze erdrückend, obwohl ein scharfer Südostwind mit rapid zunehmender Gewalt vom Meere her blies. Der Einwohner bemächtigte sich eine Panik, da alle ein Erdbeben befürchteten. Der Sturm nahm zu und bald rollte Welle auf Welle mit immer machtvollerem Andränge und immer steigender Höhe gegen die Inseln heran.

Viele Inselbewohner flohen auf die höchste Insel des Archipels, **Silivera**. Während der Nacht nahm der Sturm und die Eruptionen anzeichen zu.

Als der 12. Januar anbrach, steigerte sich die Gewalt des Sturmes zum furchtbarsten Grad, dessen die Eingeborenen sich zu erinnern vermochten und dessen Gewalt den ganzen Tag über bis Sonnenuntergang noch stetig zunahm. Das Meer wurde immer bewegter und schien von furchtbaren unterirdischen Gewalten aufgewühlt. Schwere elektrische Entladungen erhöhten die Angst der Eingeborenen.

Die Sturmzeichen nahmen zu, bis sie am 14. Januar ihre Höhe erreichten und nun wütete ein fesselloses Taiphun bis zum Abend des 16. Januar ununterbrochen über Inseln und Ocean. Plötzlich erhob sich aus den sturmgepeinigten Fluten unter furchtbaren Krachen eine riesige Wasserwand, deren Länge den ganzen Horizont abzusperrten schien, in einer Höhe von mindestens 40 Fuß und brach über die Inseln. Zehn lange Stunden hindurch folgte nun Sturzwellen auf Sturzwellen und als endlich der Sturm sich gelegt hatte und die Wasser verliefen, war auf den Inseln nichts übrig geblieben als Trümmer und Eingeborene, welche sich auf die Bäume der höchsten Hügel und hinter Felsen gestücht hatten. Auch von diesen waren viele vor Schreck gestorben. Häuser, Hütten und Boote waren fortgeschwemmt, Lebensmittel nicht mehr vorhanden, die Brunnen versiegt.

Der Verlust an Menschenleben wird jetzt bereits auf **zehn-tausend** angegeben. 400 von allem entblühte Ueberlebende sind auf dem Dampfer „**Excelsior**“ in **Papeete** und **Tahiti** eingetroffen. Auf der Insel **Silivera**, der höchst gelegenen von allen Inseln des Archipels waren doch noch 300 Menschen dem Sturm zum Opfer gefallen. Auf **Malofan** starben 400 Eingeborene. In **Has** 100, d. h. fast die ganze Bevölkerung. Weiße sind nur ganz wenige umgekommen, da die Bevölkerung dieser Inselgruppen fast ausschließlich aus Eingeborenen, **Berles** und **Berkuniterischen** besteht.

Eine schwere Katastrophe hat sich in der Nähe der **galizischen** Ortschaft **Strzysow** ereignet. Nach der Teilnahme an einer Trauerfeier für den verstorbenen **Starer** **Zabczynski** bestiegen etwa 60 Personen eine Fähre, um an das andre Ufer des **Wislokalusses** zu gelangen. Während des Ueberfahrens wurde eine große Eishölle mit solcher Gewalt gegen die Fähre getrieben, daß diese in Stücke ging. 40 Personen stürzten ins Wasser und ertranken, da ihnen in Folge des starken Eisganges keine Hilfe gebracht werden konnte. Bisher wurden acht Leichen aus dem Fluß gelandet.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Extra-Preise

Donnerstag
Freitag
Sonnabend:

Wäschestoffe

Hemdentuch kräftige Qualität	Mtr. 33 Pf.	Bettsatin Streifenmuster, Kissenbreite	Mtr. 50 Pf.
Renforcé	Mtr. 36 und 50 Pf.	Bettsatin Streifenmuster, Deckbettbreite	Mtr. 80 Pf.
Perkal für elegante Wäsche	Mtr. 50 Pf.	Bettdamast Kissenbreite	Mtr. 63 Pf.
Louisiana leinenartig	Mtr. 42 Pf.	Bettdamast Deckbettbreite	Mtr. 1.05 Mk.
Renforcé Kissenbreite	Mtr. 53 Pf.	Lakendowlas schwere Qual., ca. 160 cm, Mtr.	85 Pf.
Renforcé Deckbettbreite	Mtr. 80 Pf.	Köperbarchent f. Négligées	Mtr. 42 Pf.
Linon Kissenbreite	Mtr. 40 Pf.	Piqué Barchent	Mtr. 45 u. 55 Pf.
Linon Deckbettbreite	Mtr. 65 Pf.	Piqué double	Mtr. 70 u. 95 Pf.

Bewährte Wäschestoffe in Stücken von 20 Metern:

Louisiana starkfädig Stück	7.50	Renforcé feinfädig Stück	8.75 Mk.	Hemdentuch feinfädig Stück	7.20 Mk.	Hemdentuch starkfädig Stück	6.25 u. 8 Mk.
----------------------------	------	--------------------------	----------	----------------------------	----------	-----------------------------	---------------

Taschentücher

Taschentücher reinl. Dtz.	4.20, 5.20	Taschentücher 50, 85 Pf., 1.10	
Taschentücher Dtz.	1.70, 2.30	seidene, mit Spitze	
Linon, weiss und mit bunter Kante		englisch Batist mit farbigem Rand und Hohlraum	Dtz. 2.20

Regenschirme

Damenschirme	Herenschirme		
mit vernickeltem Stock u. Griff	Halbseide mit Futteral und Paragongestell	2.40	4.10
Halbseide, mit Futteral und Paragongestell	Reinseid. Serge, mit eleganten Griffen	4.10	6.25
reinseid. Serge m. langem Silbergriff		5.90	8.50

Eiserne Bettstellen

Bettstelle mit doppeltem Spiralboden	6.50 Mk.	Bettstelle schwarz lackiert mit Messingknöpfen und Rollen	15 Mk.
Bettstelle mit doppeltem Spiralboden, bronziert	8.75 Mk.	Bettstelle schwarz lackiert mit Stahlsprungfeder-Matratze	18 Mk.
Bettstelle mit doppeltem Spiralboden und Rollen	10.25 Mk.		
Kinder-Bettstellen	starkes Carrégeflecht, mit doppeltem Spiralboden und Rollen, Grösse ca. 140x70 cm, bronziert	11.50 Mk.	

Vorgezeichnete Tapisserie = Artikel

Stubenhandtücher reinlein.	65 Pf.	Aussussbehang Satin garniert	55 Pf.
Decken mit Durchbruch ca. 35x35 cm	35 Pf.	Wasserleit.-Schoner	55 Pf.
Decken „ ca. 65x65 cm	95 Pf.	Frühstücksbeutel Satin garniert	35 Pf.
Läufer „ „	1.10 Mk.	Brotbeutel	60 Pf.
Wandschoner grau	75 Pf.	Wäschebeutel	80 Pf.
Besenvorhänge Satin garniert	1.60 Mk.	Waschkorbdecken	90 Pf.
Küchenhandtücher	1.20 Mk.	Klammerschürzen	75 Pf.
Küchentischdecke	1.05 Mk.	Plättbrettbezüge	1.20 Mk.
Küchenspindeldecke	33 Pf.	Plätteisenbezüge	33 Pf.
Eimerspindeldecken	55 Pf.	Taschentuchbehälter	50 Pf.
Topflappentaschen	27 Pf.	Ruhekissen Satin garniert, mit Volant	65 Pf.

Schürzen

Tändelschürzen	Wirtschaftsschürzen		
weiss, mit Volant	Gingham mit Volant	50 Pf.	85 Pf.
imit. Bulgarenstoff	einfarbiger Satin mit Besatz	55 Pf.	85 Pf.
gemusterter Mull	einfarbig, mit Achselbändern	80 Pf.	1.20 Mk.
gestreifter Batist mit Stickerei	gestreifter Gingham, m. Achselbändern	1.30 Mk.	1.20 Mk.
schwarz Alpacca	weiss, mit Hohlraum	1 Mk.	95 Pf.
Hausschürzen alt-deutsch	Küchenschürze Blau-druck	75 Pf.	1.15 Mk.
Damen-Kleiderschürzen	gestreifter Gingham oder Cretonne	1.95 Mk.	